

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 1 Januar 2012 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Terror aus dem braunen Sumpf

In dieser Ausgabe: EuroCOP:
Erste Frau an der Spitze der
europäischen Polizeigewerkschaften

VDP-Sachbuch:
„Abgeknallt“ – schonungsloser
Blick auf gefährlichen Polizeialltag

Castor-Transport 2011:
Gleich und doch anders

Schöneberger Forum:
DGB warnt vor Kollaps

Digitalfunk:
Der Probelauf in Trier

Gewalt in Videospiele:
Tötungstrainer oder harmloser
Zeitvertreib

JUNGE GRUPPE (GdP)

Aktuelle Neuerscheinung

Suizid – Umgang mit gefährdeten Personen

Von **Guido Kolk** und **Jens Walkowiak**

Format: DIN A5 Broschur,
144 Seiten,
19,90 EUR [D]
ISBN 978-3-8011-0667-6

Jährlich nehmen sich etwa 10.000 Menschen in Deutschland das Leben. Die Anzahl der Suizidversuche liegt um ein Zehnfaches höher. Jeder Suizid und Suizidversuch hat auch Auswirkungen auf andere Menschen. Hierzu zählen auch Polizeibeamte des Wach- und Wechseldienstes und Angehörige von Spezialeinheiten. In Einsätzen treffen sie auf Menschen, die ihrem Leben ein Ende setzen wollen. Genau hier wird von den Einsatzkräften erwartet, besonnen und angemessen zu reagieren.

Mit diesem Buch wollen die Autoren die Handlungssicherheit von Berufspraktikern im Umgang mit Menschen in einer suizidalen Krise stärken und konkrete Hilfestellungen geben. Im ersten Teil nehmen sie eine Einordnung und Beschreibung des psychischen Zustandes gefährdeter Personen vor. Im zweiten Teil beschreiben sie Einsatzvorbereitung, Abstimmung mit der Leitstelle und den Einsatz vor Ort. Notwendige Gesprächsabläufe für unterschiedliche Problemfelder verdeutlichen sie anhand beispielhafter Dialoge. Durch Problemanalysen und die Darstellung konkreter Handlungsalternativen fördern sie zudem die Fehlervermeidung.



Die Autoren:

Guido Kolk ist Polizist und konnte seit 1994 in der Verhandlungsgruppe der Spezialeinheiten Münster Erfahrungen sammeln. Hinzu kommen zahlreiche Fortbildungen und Spezialisierungen wie z. B. als Sprecher in Geiselnahmelagen.

Dr. Jens Walkowiak studierte Psychologie und Pädagogik. Er ist seit 1992 als Dozent und Trainer für die Polizei tätig. Als selbstständiger Personalentwickler liegt einer seiner Schwerpunkte im Bereich des Kommunikationstrainings.



Dr. Jens Walkowiak

Guido Kolk



Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

„Abgeknallt“ – schonungsloser Blick auf gefährlichen Polizeialltag

Einen schonungslosen Blick auf den gefährlichen Alltag von Polizistinnen und Polizisten wirft das neu im Verlag Deutsche Polizeiliteratur (VDP) erschienene Sachbuch „Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten“.



S. 14

DGB warnt vor Kollaps



Reiche sollen stärker für das Gemeinwesen aufkommen. Der Staat brauche mehr Steuerentnahmen, forderten Gewerkschafter beim Schöneberger Forum in Berlin und erhielten Unterstützung aus der Wissenschaft.

S. 22

Der Probelauf in Trier



Das Polizeipräsidium Trier ist die erste Behörde in Rheinland-Pfalz, bei der der Digitalfunk eingeführt wird. Ein Bericht über den erweiterten Probetrieb (ePB) beim PP Trier.

S. 26

KURZ BERICHTET	2
KOMMENTAR Vertrauen steht auf dem Spiel	4
FORUM	4/5
TITEL/RECHTSEXTREMISMUS Terror aus dem braunen Sumpf	6
EUROGOP Erste Frau an der Spitze der europäischen Polizeigewerkschaften	11
VDP-SACHBUCH „Abgeknallt“ – schonungsloser Blick auf gefährlichen Polizeialltag	14
STUDIE Nordrhein-Westfalen will Gewalt gegen Polizei untersuchen	16
CASTOR-TRANSPORT 2011 Gleich und doch anders!	17
Ernüchternde Faszination beim Castor 14	18
„Grüne Engel“ im Wendland gesichtet	19
POLIZEITAGE 2011 Herausforderung Auslandseinsatz	20
SOZIALES Trostpflaster für Familienkonservative	21
SCHÖNEBERGER FORUM DGB warnt vor Kollaps	22
GdP-Projekt Grundsatzprogramm der GdP wird überarbeitet	25
DIGITALFUNK Der Probelauf in Trier	26
MOSAIK GdP-Verkehrsforum – zum Dritten	30
NRW-Polizisten müssen nicht mehr frieren	30
Familienbewusste Schichtarbeit	31
181. Internationale Skimeisterschaften	31
BFA-Schutzpolizei: Neuer Vorsitzender gewählt	31
BFA Kriminalpolizei: Zusammenarbeit der Landesfachausschüsse ist wichtig	32
SOZIALPOLITIK Familienpflegezeitgesetz in Kraft	33
GEWALTHALTIGE VIDEOSPIELE Tötungstrainer oder harmloser Zeitvertreib?	35
JUNGE GRUPPE (GdP)	38
BÜCHER/IMPRESSUM	40



GDP-SAARLAND:**Neuer Landesbezirksvorsitzender**

Nachdem Hugo Müller wegen seines neuen Amtes als Vizepräsident des Landespolizeipräsidiums den Landesvorsitz der GdP-Saarland niedergelegt hatte, ist Reinhold Schmitt am 13.12.2012 auf dem „kleinen Delegiertentag“ der GdP-Saarland, dem Landesbezirksbeirat, mit 92 % der Delegiertenstimmen zum neuen Landesvorsitzender gewählt worden.

Als (eine) stellvertretende Vorsitzende rückte im Amt nach die Frauenbeauftragte der saarländischen Polizei und Vorsitzende der Frauengruppe der GdP-Saarland, Vera Koch (79 %). Sie gehörte dem Geschäftsführenden Vorstand bereits als stellvertretende Schriftführerin an.

Lothar Schmidt



Hugo Müller (Mitte) gratuliert Reinhold Schmitt und Vera Koch.

Foto: Lothar Schmidt

TARIFPOLITIK:**Stand der Entgeltordnung zum TVöD**

Am 21.10.2011 fand ein Verfahrensgespräch mit dem Bund über die geplanten Verhandlungen einer Entgeltordnung zum TVöD (Bund) statt. Ein Verhandlungsergebnis soll bis zum 31. Januar 2012 bereits vorliegen. Man einigte sich, dass die Ergebnisse zur Entgeltordnung TV-L die Verhandlungsgrundlage bilden sollen. Ebenfalls einigte man sich darauf, dass bundesspezifische Tätigkeitsmerkmale verhandelt werden. Vier Arbeitsgruppen (allgemeine Verwaltung, technische Berufe, Bundeswehr und sonstige bundesspezifische Bereiche) sollen die Verhandlungen vorbereiten. Die Arbeitsgruppen sollen die bisherigen Tätigkeitsmerkmale kritisch bewerten und Empfehlungen für Zuordnungen von Tätigkeitsmerkmalen aussprechen. Eine kleine Verhandlungsgruppe soll die Verhandlungen führen. Zudem soll eine Sondierungskommission gebildet werden, deren Mitglieder noch benannt werden.

Anfang Oktober hat die Gewerkschaftsseite abermals die VKA angeschrieben und zur Fortsetzung der Verhandlungen auf der Grundlage der Entgeltordnung zum TV-L aufgefordert. Dabei wurde von der Gewerkschaftsseite auch die Bereit-

schaft bekundet, Rücksicht auf kommunale Besonderheiten zu nehmen.

Die VKA bleibt jedoch bei ihrem bisherigen Standpunkt – für sie kommt eine Entgeltordnung in Anlehnung an die

Entgeltordnung TV-L nicht in Frage aufgrund der damit verbundenen Kosten. Sie möchte jedoch noch einmal ein Gespräch mit der Gewerkschaftsseite führen, um ihre bekannten Positionen wiederholt zu erläutern. Die Gewerkschaftsseite sieht darin keinen Sinn. Für die Gewerkschaftsseite ist klar, dass das Thema Entgeltordnung TVöD (VKA) in der Tarifrunde 2012 geklärt werden muss.

Michaela Schenkluhn

Nachruf

Unser DP-Landesredakteur vom Saarland, Dirk Schnubel, ist nach langer schwerer Krankheit am 7. Dezember 2011 im Alter von 56 Jahren gestorben. Noch in den letzten Wochen hofften wir alle mit ihm gemeinsam auf eine Knochenmarkspende.

Wir haben Dirk als überzeugten Gewerkschafter und zuverlässigen Landesredakteur kennengelernt.

Wir werden ihn vermissen.

*Deutsche Polizei
Die Redaktion*



SACHSEN:**Wo ist unser Weihnachtsgeld?**

Zum 1. Dezember 2011 sahen die sächsischen Beamtinnen und Beamten auf ihrem Bezügeschein schwarz auf weiß, dass für sie das Weihnachtsgeld in Sachsen endgültig gestrichen worden ist. Durch die GdP Sachsen wurde sofort die Initiative ergriffen und kurzfristig eine Kundgebung vor der Sächsischen Staatskanzlei in Dresden organisiert. Schon im Vorfeld dieser Kundgebung gab es spontane Beifallsbekundungen durch die Mitglieder anderer Gewerkschaften und eine breite Bereitschaft, die GdP zu unterstützen. So befanden sich unter den über 1.000 Teilnehmern nicht nur Polizeibeschäftigte, sondern u.a. auch Mitarbeiter der Justiz, Lehrer, Richter, Feuerwehrleute und Beschäftigte der Finanz- und Steuerverwaltung.

Sehr öffentlichkeitswirksam wurde gefordert, die Streichung der Sonderzahlung



Demonstration in Sachsen

Foto: Mike Natschke

wieder zurückzunehmen. Es kann und darf nicht sein, dass die Beamtinnen und Beamten trotz steigender Konjunktur und Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe ständig für die Konsolidierung des sächsischen Haushalts herhalten müssen. Im

Falle, dass die Sächsische Staatsregierung nicht einlenken wolle, wurden neben den momentan eingehenden tausenden Widersprüchen weitere Maßnahmen angekündigt.

Hagen Husgen

GDP ZUR IMK-HERBSTTAGUNG:**Über den Schatten des Föderalismus springen**

Die GdP hat die Innenministerkonferenz (IMK) aufgefordert, über den Schatten des Föderalismus zu springen und für eine engere Kooperation der Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zu sorgen. GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Zu den Konsequenzen aus der rechtsterroristischen Mord- und Anschlagsserie gehört auch eine gemeinsame Datei rechtsextremistischer Gewalttäter und die Verpflichtung des Verfassungsschutzes, strafrechtlich relevante Informationen künftig an die Polizei zu geben.“

Die GdP unterstützt die Innenministerkonferenz, ein neues Verbotverfahren gegen die NPD anzustreben. Witthaut: „Hier und heute gilt es allerdings, dem braunen Spuk in Städten und Dörfern deutlich Einhalt zu gebieten. Wo immer

sich Neo-Nazis zusammenrotten, muss ihnen die Polizei auf den Füßen stehen. Das bedeutet: Schluss mit polizeilichen Neuorganisationen, die das Ziel haben, Polizei zu zentralisieren, Wachen zu schließen und Beamte aus der Fläche abzuziehen. Das bedeutet weiter: Schluss mit dem Personalabbau und deutlich mehr polizeiliche Präsenz dort, wo sie notwendig ist.“

An die Bundesjustizministerin appellierte der GdP-Vorsitzende, ihren Widerstand gegen eine Vorratsdatenspeicherung aufzugeben: „Hätten wir die Möglichkeit heute schon, herauszufinden, mit wem das Terror-Trio in den letzten Monaten telefoniert hat, wären die Ermittler bei der Aufklärung der schrecklichen Morde, Anschläge und Banküberfälle sicherlich ein gutes Stück weiter.“

red.

NATIONALES WAFFENREGISTER:**GdP begrüßt Gesetzentwurf**

Die GdP begrüßt den von der Bundesregierung beschlossenen Gesetzentwurf zur Einführung eines nationalen Waffenregisters. Damit wird eine langjährige GdP-Forderung erfüllt. „Wir hoffen, dass das Gesetz zügig beschlossen wird und in Kraft treten kann. Es ist für die Polizei überlebenswichtig, bei einer Fahndung oder vor einem Einsatz schnell erfahren zu können, ob sie Personen antreffen, die über – zumindest legale – Waffen verfügen oder ob Waffen im Haus sind. Dabei hilft die geplante zentrale Leitstelle“, sagte Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut dazu.

Mit dem nationalen Waffenregister sollen Daten zu erlaubnispflichtigen Schusswaffen, ihren Erwerbenden und Besitzern erstmals bundesweit elektronisch erfasst werden.

red.



Vertrauen steht auf dem Spiel

Fieberhaft arbeiten hunderte von Ermittlern an der Aufklärung der rechts-terroristischen Mord- und Anschlagserie. Jedes Ergebnis wirft neue Fragen auf. Darunter sind auch Fragen, die tief in die Struktur der Sicherheitsbehörden, aber auch in die Gesellschaft hineinreichen. Was zunächst wie das Werk einer in ihrer verabscheuungswürdigen Weltanschauung verbohrten, abgekapselten Gruppe erschien, erweist sich als

geplantes und gezieltes Ergebnis eines Netzwerkes mit Verflechtungen in die erlaubte NPD hinein, je mehr sich die Nebel um das Terror-Trio aus Zwickau lichten.

Das Vertrauen der Bevölkerung in die deutschen Sicherheitsbehörden, vielleicht sogar in den Staat selbst, hängt von der glaubwürdigen

Beantwortung dieser vielen Fragen ab. Nicht mehr und nicht weniger. Ebenso glaubwürdig müssen die Konsequenzen sein, die politisch, rechtlich und organisatorisch zu ziehen sind. Wenn sich die bisherige Auffassung von der Praxis des im Grundgesetz verankerten Trennunggebotes von Nachrichtendiensten und Polizei ebenso als Hindernis zur Verhütung und Bekämpfung rechtsextremistischen Terrors erweisen sollte, wie eine zu religiöse Huldigung des Föderalismus, hätten wir alle etwas falsch verstanden. Trennungsgesetz und auch Föderalismus sind Lehren aus der Geschichte und Verhinderungsinstrumente für einen erneuten totalitären Machtaufbau. Es wäre absurd, wenn ihre Auslegung gerade solche Angriffe auf unsere Demokratie und auf den Rechtsstaat erleichtern würden.

Aus diesem Grunde hat die Gewerkschaft der Polizei die Verpflichtung der Nachrichtendienste zu einer engeren Kooperation mit den Strafverfolgungsbehörden gefordert. Strafrechtlich relevante Erkenntnisse müssen der Polizei zugänglich sein – ebenso müssen

Grundlagen für einen Abwägungsprozess geschaffen werden, in dem über das Einsetzen der Strafverfolgung entschieden werden kann.

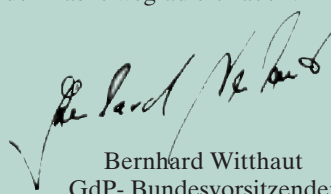
Wenn relevante Informationen, Bewertungen und Spuren auf den langen Wegen zwischen Ländern und Behörden verloren zu gehen drohen, hat der Föderalismus seine Grenzen als Schutzfunktion eines demokratischen Rechtsstaates erreicht.

Wenn Akten und Informationen „verschwunden“ sind, weil Datenschutz und gesetzliche Lösungsfristen das vorgeschrieben haben, sind Verschwörungstheorien über angeblich auf dem rechten Auge blinde Behörden lächerlich. Wenn heute Unterstützer der Terroristen unerkannt bleiben, weil die Ermittler nicht herausbekommen dürfen, mit wem sie in den letzten Monaten telefoniert haben, dem soll Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger Rede und Antwort stehen, die immer noch (!) mit dem Lügenmärchen einer Totalüberwachung der Bevölkerung die Vorratsdatenspeicherung torpediert.

Zu den Fragen, die sich an die Gesellschaft richten, gehört auch diese: Reichen runde Tische, Bündnisse gegen Rechts und erneut erhobene Forderungen an die Bildungspolitik, in den Schulen mehr über den Nationalsozialismus aufzuklären?

Jeder kann sie sehen: Neonazis, die in Gruppen in Dörfern herumhängen, in denen keine rechtsstaatliche Ordnungsmacht mehr präsent ist. Die durch Straßen in Städten marschieren und gegen die die Polizei machtlos ist, solange sie keine Straftaten begehen. Die Demonstrationenaufzüge gerichtlich durchsetzen und sich zu Versammlungen in geschlossenen Räumen ohnehin treffen dürfen, ohne jemanden fragen zu müssen.

Was verlangen also die, die sich seit langem vor allem aus ländlichen Gegenden zurückgezogen haben, von der Polizei, die sie mit immer neuen Neuorganisationen und Personalkürzungen ebenfalls von der Fläche wegradiert haben?



Bernhard Witthaut
GdP- Bundesvorsitzender

Zu: Gewalt gegen Polizei wird härter bestraft, DP 12/11

Wo liegt hier der Erfolg? Was nützt es, das Strafmaß für ein Delikt zu erhöhen, wenn das bisherige Strafmaß noch nie ausgeschöpft wurde? Das ist kein Erfolg! Es ist Augenwischerei! Dass die Politik uns so glauben macht, sie habe was für uns getan, daran haben wir uns gewöhnt. Aber die Gewerkschaft?!? Was die Justiz von dieser Erhöhung des Strafmaßes hält, haben uns die Bundesrichter doch erst wieder gezeigt.

Schwerstverbrecher bekommen größere Zellen und dürfen ihre Flachbildfernseher aufhängen (Woher haben die das Geld? Müsstent die nicht mit Schmerzensgeld- und Schadenersatzklagen überzogen sein und sollten sie nicht erst mal für ihre „Unterkunft“ bezahlen?).

Polizistenmörder werden dafür einfach frei gesprochen (spart das Geld für die größere Zelle). Und solange Staatsanwälte Widerstandsanzeigen wegen „mangelndem öffentlichen Interesse“ (kein Witz) oder weil sich die Situation vor Ort doch „nur hochgeschaukelt“ hat, einstellen, brauchen wir keine höheren Strafen.

Wenn überhaupt, dann bräuchten wir eine deutliche Erhöhung der Mindeststrafe. Aber auch das nützt nichts, wenn die Sache schon in der StA (Staatsanwaltschaft) verebbt.

Ich habe es schon mal geschrieben, jeder Staatsanwalt und jeder Richter müsste mindestens 8 Wochen Praktikum auf einem Revier in einem Ballungszentrum machen (nicht auf Sylt). Bevor sich jemand anmaßt, über uns und unsere Arbeit zu richten, müsste er sie wenigstens mal kennengelernt haben. Dann kommt die Erfahrung mit dem polizeilichen Gegenüber ganz von selber und dann wüssten die Herren in schwarz (und rot), was auf der Straße läuft. *Markus Ahner, per E-Mail*

Zu: Eiskalt und aggressiv, DP 11/11

Bei aller Hochachtung vor dem BGH ist für mich die „rote Linie“ überschritten. Erschossener Polizeibeamter, Freispruch und Putativnotwehr sind für mich nicht nachvollziehbar. Polizisten in einem Klima der Resignation und Sorge, begleitet von Albträumen, Burn-out und Schlafstörungen. Staat wo bist du? Sind wir nur noch Freiwillig? Was hätte es umgekehrt für ein Gezerre gegeben?

*Günter Klinger,
Landesseniorenvorsitzender Bayern*



Zu: Vorstellungskraft gesprengt, DP 12/11

Der Mord an einer Kollegin vom April 2007 wurde rechtsradikalen Tätern zugeordnet. In dem sichergestellten „Paulchen-Panther-Video“ der Rechtsradikalen wird mit der Erschießung von Kollegen kokettiert. Anschließend wurden Fehler über Fehler der Sicherheitsbehörden aufgedeckt. Waren es nur Fehler über Fehler oder Unzulänglichkeiten Einzelner, die bei den Sicherheitsbehörden in Thüringen gemacht worden sind und dazu führten, dass die sogenannten „Döner-Morde“ erst mit der Selbsttötung der rechtsradikalen Attentäter und dem Auffinden von Beweismaterial aufgeklärt werden konnten?

Es ist nicht auszuschließen, dass nach der Aufklärung der Morde und den veröffentlichten Verdachtsäußerungen gegen Sicherheitsbehörden, der Eindruck bei einigen Bürgern entstehen könnte, dass die Polizei auf dem rechten Auge blind sei. Solche Pauschalisierungen sind jedoch nie zu vermeiden. Das berechtigt jedoch nicht dazu, Demonstrationen gegen Rechts (die sind ja wohl gemeint mit Sonntagsreden und Lichterketten) zu diffamieren. Diese sind nämlich auch ein wichtiger Beitrag gegen den Rechtsradikalismus.

Für mehr Ausgewogenheit und etwas mehr Galle gegen Rechtsterrorismus.

Günter Roers, per E-Mail

Zu: Realität und Vorstellung, DP 10/11

Ganz im Gegensatz zu den dort vertretenen Meinungen bin ich mit meinem Beruf zufrieden und würde ihn auch jederzeit wieder ergreifen! Und noch dazu: Ich habe diesen Beruf meinem Sohn empfohlen! Er hat nun diesen Weg gewählt und wird 2012 als junger Schutzmann auf die Straße gehen.

Ich habe 1975 bei der Polizei angefangen und mich erst im Alter von fast 40 Jahren zum Studium entschlossen. Durch diesen späten Einstieg ins Studium habe ich aber über 25 Jahre im Funkwagen/Schichtdienst auf Innenstadttrevieren (zunächst Frankfurt und jetzt in Kassel) verbracht und denke, dass ich mir ein fundiertes Bild über unseren Beruf machen kann.

Mir hat die Arbeit im Funkwagen „auf der Straße“ immer Freude bereitet.

Natürlich gab es auch Ärger und Un-

zufriedenheit mit diversen Missständen in unserem Beruf. Aber dies war stets nur ein kleiner Teil des positiven Ganzen.

Momentan bin ich stellvertretender DGL auf dem hiesigen Innenstadttrevier und habe die „11“ vor 2 Jahren bekommen.

Wenn es gesundheitlich positiv weitergeht, werde ich vielleicht auf dieser Stelle in die Pension übergehen und sodann sagen können, dass ich mit meiner Berufswahl und dem von mir eingeschlagenen Weg ganz sicher nichts falsch gemacht habe.

Die Zufriedenheit mit dem Schutzmannsberuf kommt nach meiner Meinung zu größten Teilen aus der eigenen Einstellung. Hier geht es sicher nicht um das immer gleiche Thema Beförderung. Was nutzt mir die „11“ oder „12“, wenn mir die Arbeit keine Freude bereitet oder ich mit den Kollegen nicht klar komme?

Und wer kann schon aus seinem Bekannten- oder Freundeskreis „den“ Berufstätigen benennen, welcher jeden Tag glücklich lächelnd von seiner Arbeitsstelle heimkehrt und sich noch dazu allzeit gut und gerecht bezahlt fühlt.

Ich persönlich fände es traurig, meine jetzt noch verbleibenden 7 Jahre bis zur Pension grundfrustriert verbringen zu müssen. Wäre dem so gewesen, hätte ich meine Weichen in den 36 Jahren meines bisherigen Berufslebens anders stellen, oder aber gleich den Beruf wechseln müssen.

Wolfgang Zinke, per E-Mail

Zu: Vorstellung und Realität – der Beruf des Polizisten, DP 10/11

Ich kann den Ausführungen des anonymen Kollegen in seinem Leserbrief nur beipflichten. Und wenn man hierzu eine Mitarbeiterbefragung durchführen würde, würden sicherlich dreiviertel aller Kollegen dies bestätigen.

Wenn man sich vor Augen führt, welche Benachteiligungen man erdulden muss, fragt man sich echt, ob man wirklich so ein Idealist ist, dies so hinzunehmen. Dass man Schichtdienst versieht, war einem ja vorher klar, dass man Sonn- und Feiertags arbeitet ebenso. Dass man aber nahezu in keiner Woche einen dritten freien Tag bekommt, wo ein Feiertag reinfällt, dass man, speziell für unser Schichtmodellprojekt betreffend, kaum ein zusammenhängendes Wochenende frei hat, von einem langen Wochenende für ein überregionalen Ausflug beispielsweise ganz zu schweigen, dass Ferienabhängige

in den Sommerferien nur noch zwei Wochen Urlaub planen dürfen, und aufgrund der Schichtstärken im schlimmsten Fall auch noch bis Montagmorgen Nachtdienst versehen dürfen, das alles ist eine schwere soziale Benachteiligung der Schichtdienstler gegenüber dem geregelten Tagesdienst.

Für das Geld, was man für den Dienst zu ungünstigen Zeiten bekommt, würden die meisten zu diesen Zeiten lieber das Grundgehalt in die Kneipe tragen, als sich dann auch noch mit „ungünstigen“ Störern rumzuschlagen. Diese Beträge sollten um ein vielfaches erhöht werden, damit sich die Arbeit zu diesen Zeiten lohnt, und damit junge Beamte den Wechseldienst als lohnenswert empfinden, denn in jungen Jahren ist das Leben am teuersten, gerade hinsichtlich Familiengründung oder Immobilienschaffung.

Nein, auch ich kann diesen Job niemandem mehr empfehlen, es ist keine Struktur mehr erkennbar, es gibt keine planbaren Perspektiven, es gibt keine Rückendeckung und keine soziale Verantwortung des Dienstherrn.

Name ist der Redaktion bekannt

Korrekturen zu Heft 11/11

Das Foto auf Seite 32/33 ist nicht von H. Westphal, sondern von Stephan Hegger.

zu Heft 12/11

Verantwortliche Redakteurin war nicht Marion Tetzner, sondern verantwortlicher Redakteur war Rüdiger Holecek,.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de**



Terror aus dem braunen Sumpf

Hochkonspirativ, im Detail geplant, abgesichert und mit Unterstützern besprochen haben die mutmaßlichen Rechtsterroristen Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt ihre Taten begangen, sagte ein sichtlich bewegter BKA-Präsident gegenüber Journalisten, zwei Wochen nachdem am 4. November 2011 die Trümmer einer gesprengten Wohnung in Zwickau immer neue Puzzleteile einer Mordserie enthüllten, die Deutschland erschütterte. 14 Jahre lang lebte ein Terror-Trio unbehelligt im Untergrund und zog eine Blutspur durch das Land. Nach dem Stand der Ermittlungen waren sie für die sogenannten Ceska-Morde an neun Mitbürgern türkischer und griechischer Herkunft der Jahre 2000 bis 2006, den Mordanschlag auf zwei Polizisten in Heilbronn am 25. April 2007 sowie die Sprengsatzanschläge vom 19. Januar 2001 und vom 9. Juni 2004 in Köln verantwortlich. 500 Ermittler arbeiten derzeit fieberhaft an der Aufhellung der Hintergründe um die drei Terroristen. Sie werten vier Terabyte Daten auf sichergestellten Computern aus und untersuchen etwa 2.500 Asservate. 200 Hinweise gingen aus der Bevölkerung ein. Fast täglich können sie neue Ergebnisse präsentieren – aber mit jedem stellen sich neue Fragen.

Seit 1990 hat das Bundesinnenministerium zehn rechtsextremistische Organisationen inklusive ihrer eventuellen Teilorganisationen verboten: „Nationalistische Front“ (NF) (1992), „Deutsche Alternative“ (DA) (1992), „Nationale Offensive“ (NO) (1992), „Wiking-Jugend e.V.“ (WJ) (1994), „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) (1995), „Blood & Honour Division Deutschland“ und deren Jugendorganisation „White Youth“ (2000), „Collegium Humanum“ (CH) einschließlich seiner Teilorganisation „Bauernhilfe e.V.“ (2008), „Verein zur Rehabilitation der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV) (2008), „Heimattreue Deutsche Jugend – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V.“ (HDJ) (2009) „Hilfsorganisati-

Zu den bedrückendsten Erkenntnissen gehört, dass es sich nicht um eine ideologisch verbohrt, hasserfüllte ménage à trois handelte, die im luftleeren Raum ihre Gewaltphantasien in die Wirklichkeit mordete. Sie war geboren aus einem braunen Sumpf und stützte sich auf ein Netzwerk aus Unterstützern, Helfern, Mitwissern und Sympathisanten. Der Kreis derer, die nicht mehr an die Zufälligkeit der Tatorte und Opfer glauben, wird immer größer. Schon kursiert die Theorie eines „Mastermind“, eines Kopfes also, der das Mördertrio lenkte. Bernd Wagner, geht davon aus, dass es weitere vernetzte Zellen gibt. Wagner war Leiter der Abteilung Extremismus/Terrorismus im Zentralen Kriminalamt der DDR, nach der Wende wissenschaftlicher Mitarbeiter im Programm der Bundesregierung gegen „Aggression und Gewalt Jugendlicher in den Neuen Bundesländern“, Mitbegründer unter anderem der Amadeu Antonio Stiftung und gilt als einer der führenden Rechtsextremismusexperten. Auch er glaubt nicht an Zufälle. Er hält es für wahrscheinlich, dass die Gruppe als „Schakal“ in Erscheinung getreten ist, also im Auftrag und auf Anforderung von regionalen und lokalen Strukturen Taten ausgeführt haben könnten. In Neonazikreisen werde schon seit Jahren ein über Zellen und Netzwerke organisierter „führerloser Widerstand“ betrieben, so Wagner.



on für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) (2011).

Kein Beobachter der rechten Szene hängt der Illusion nach, alle Mitglieder dieser Gruppen hätten nach dem Verbot ihrer Ideologie abgeschworen und sich zu wertvollen Mitgliedern einer demokratischen Gesellschaft gewandelt. „Diese Bewegung gleicht einer Hydra, dem neunköpfigen schlangenähnlichen Ungeheuer aus der griechischen Mythologie: Wenn man durch ein Verbot einen Kopf abschlägt, wachsen an der Stelle zwei neue, wir wissen dann nur nicht mehr: Wo?“ sagt ein szenekundiger Verfassungsschützer.

Der Schock und die Fassungslosigkeit über den Rechtsterrorismus und seinen möglichen Verbindungen in die mit Steuermitteln finanzierte NPD lässt einen erneuten Verbotversuch wahrscheinlich werden. Anfang Dezember rangen die Innenminister und -senatoren der Länder und des Bundes auf ihrer Herbsttagung in Wiesbaden um eine einheitliche Haltung. Warner gibt es viele. Sie alle haben in der aufgeheizten Stimmung gegen den



Verdacht zu kämpfen, als Gegner eines erneuten Verbotverfahrens keine Gegner der NPD zu sein. Zu den Warnern zählen der Prozessvertreter der Bundesregierung beim ersten NPD-Verbotsverfahren im Jahr 2003, Prof. Hans Peter Bull, und der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier. „Man muss im Augenblick die Befürchtung haben, dass sich die Politik für einen neuen NPD-Verbotsantrag entscheidet oder schon entschieden hat, ohne vorher die Erfolgsaussichten genau zu prüfen, also den zweiten vor dem ersten Schritt zu tun“, sagte er auf der Herbsttagung des Bundeskriminalamtes. Papier: „Ein solches Verhaspeln geht meistens nicht gut. Die Politik ist also dabei, wieder einmal in eine unsägliche Falle hineinzulaufen.“

In der Falle sitzt sie schon. Selbst wenn sie aufgrund höherer Einsicht von einem erneuten Verbotverfahren jetzt Abstand nimmt, wird das die Neonazi-Partei als Bestätigung ihrer politischen Legitimität propagandistisch ausschalten, mit verheerender Signalwirkung auf die rechte Szene. Was aber, wenn das Bundesverfassungsgericht auch einen zweiten NPD-Verbotsantrag ablehnte? Wohl kaum jemand würde sich die Mühe machen, selbstkritisch ein derartiges Urteil zu le-

Bildschirmfoto aus dem Bekennervideo der terroristischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), das auf DVD in dem explodierten Haus in Zwickau gefunden wurde.
Foto: ddp

sen, äußerstes Unverständnis gegenüber dem höchsten Gericht wäre noch das kleinste Problem. Dies eine Zwickmühle zu nennen, ist höchst untertrieben.

So sieht das „deutliche Signal“ und die „klare Botschaft“, vor der Hessens Innenminister Boris Rhein (CDU) als Gastgeber der Tagung in Wiesbaden spricht, eher aus wie ein geordneter Rückzug.

„Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eine Daueraufgabe von hoher Priorität“, hieß es auf der der Abschlusspressekonferenz. Das hat niemanden wirklich überrascht. Und weiter: „Die Innenminister und -senatoren der Länder und der Bundesminister des Innern sind sich einig, dass die NPD eine Partei ist, die nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet ist, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen und zu beseitigen. Ihre Ideologie ist menschenverachtend, demokratiefeindlich, antidemokratisch und antisemitisch. Deshalb streben die Minister und Senatoren ein erfolgreiches NPD-Verbot an. Mit Blick auf die hohen verfassungswidrigen Hürden sieht die IMK die Notwendigkeit, zuvor die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen eines Verbots aufzuzeigen, abzuwägen und zu bewerten.“ Innenminister Boris Rhein: „Ein solches Verbot muss sorgfältig vor-



Rechtsextremisten demonstrieren Anfang September 2010 in Dortmund. Während die fast 40 Gegendemonstrationen größtenteils friedlich abliefen, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Neonazis.

Foto: Sascha Schuermann/ddp



bereitet sein. Deshalb bitten wir, die bestehende Bund-Länder-Arbeitsgruppe, einen Kriterienkatalog zu erarbeiten und entsprechendes Material zusammenzustellen. Ein erneutes Scheitern vor dem Bundesverfassungsgericht können wir uns nicht leisten.“

Mordserie zu verhindern oder die Taten in einen rechtsextremen Zusammenhang einzuordnen. Obwohl es Hinweise gab. Jetzt braucht es eine genaue Fehleranalyse.“ Und weiter: „Das gesamte Alarmsystem gegen rechts hat nicht funktioniert und das mehr als zehn Jahre.“ Damit das in Zukunft funktioniert, hat Bundesin-

verweigert werde, wie BKA-Chef Ziercke beklagte.

Immerhin sind sich zumindest die Innenminister darin einig, dass ein gemeinsames Abwehrzentrum, das beim Bundeskriminalamt angesiedelt sein soll, und eine zentrale Datei gegen den Rechtsextremismus „weitere wichtige Schritte“ seien, „dem braunen Spuk wirkungsvoll zu begegnen.“ Sie beschlossen auch eine verstärkte Internetbeobachtung der rechten Szene. Dazu zählen beispielsweise rechtsextremistische Kameradschaften, autonome Nationalisten, sowie andere gewaltbereite rechtsextremistische Zusammenschlüsse.

Ob die Einigkeit von Bund und Ländern und der Länder untereinander der wachsenden Entfernung zum Schock standhält, ist fraglich.

Die Stärkung der Rechte des Generalbundesanwaltes, der in Fällen schwerer Kriminalität mit länderübergreifendem Bezug durchgreifender ermitteln können sollte, erfuhr bereits im ersten Anlauf einen Dämpfer: Als Staatsanwälte der Bundesanwaltschaft aus Karlsruhe Akten beim hessischen Landesamt für Verfassungsschutz einsehen wollten, habe sich Hessens Innenminister Boris Rhein – ausgerechnet am Rande des Sondertreffens „Rechte Gewalt“ der Innen- und Justizminister von Bund und Ländern in Berlin – über den „schlechten Stil“ beklagt.

Peter Carstens brachte es in einem FAZ-Kommentar auf den Punkt: „Der Irrsinn der fragmentierten Abwehrorganisation wird dem Vernünftigen schon beim Anblick von mehr als siebzig Ministern, Präsidenten und Amtschefs deutlich, die hierzulande jeweils führend für jeweils siebzehn mal zwei Verfassungsministerien, Polizeibehörden und etliche Nachrichtendienste zuständig sein sollen.“

Wer in den ersten Tagen und Wochen nach dem 4. November lauthals von „Pannen“, „Desaster“ und „Blamage“ der Sicherheitsbehörden geredet hat, zeigt so zumindest im Nachhinein, wer dafür verantwortlich ist. Dabei gerät der eigentliche Gegner aus dem Blickfeld und das würde dann zum zweiten Mal passieren.

„Man wollte sich im wiedervereinigten Deutschland nicht eingestehen, dass sich militante rechtsterroristische Bewegungen etablieren“, sagt Bernd Wagner in „der Freitag“. Wagner weiter: „Wir hatten es nach der Wende mit einer auch in der Allgemeinbevölkerung breit verankerten rechtsradikalen Bewegung zu tun, mit einem Sympathisantenfeld bis in die Elterngeneration hinein. Mitte der 90er Jahre gingen aus dieser Bewegung viele Gruppen in eine Art organisierten



Mehrere hundert Menschen haben Mitte November 2011 mit einem Schweigemarsch im Stadtteil Altona in Hamburg demonstriert, um an die Opfer der Mordserie von Neonazis an Menschen mit ausländischen Wurzeln zu erinnern. Foto: Bodo Marks/dpa

Konkreter wurde Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann: Er warnte als Sprecher der CDU-Länder vor der Annahme, dass man praktisch kurz davor sei, die NPD zu verbieten. Erst müsse sauber nachgewiesen werden können, dass die NPD Gewalt gegen den Staat angewendet habe und dass eine Verbindung zum Rechtsterrorismus bestehe, so Schünemann.

Ohnehin geben sich die politischen Akteure alle Mühe, das Vertrauen in die Wehrhaftigkeit der Demokratie gegen ihre Feinde von rechts und von links zu verspielen. Ankündigungen, die Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den Terrorismus zu stärken, zerbröseln von Tag zu Tag.

An die Spitze der Kritiker über das „Versagen“ der deutschen Sicherheitsbehörden stellte sich unmittelbar nach Entdeckung des Terror-Trios von Zwickau Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger. Gegenüber der Süddeutschen Zeitung sagte sie: „Das gesamte System deutscher Sicherheitsinstitutionen, unter anderem 32 Landeskriminal- und Landesverfassungsschutzämter, haben es nicht geschafft, eine rechtsextreme

nenminister Friedrich eine Verbunddatei-Rechtsextremismus vorgeschlagen. Die wiederum hat die Bundesjustizministerin gleich im Ansatz ausgebremst. Ein Recherche- und Analyseinstrument gegen den Rechtsterrorismus, oder, wie sie es nennt, einen „Daten-Pool, aus dem sich alle Behörden frei bedienen“, will sie nicht.

Auch eine Erhöhung der Prüf- und Höchstspeicherfristen für bei den Nachrichtendiensten und den Polizeibehörden des Bundes gespeicherte Daten entbehre einer Rechtfertigung, so die Ministerin. Hartnäckig verweigert sie auch die Vorratsdatenspeicherung. In diesem Fall hat die fehlende Vorratsdatenspeicherung zur Folge, dass für die Ermittlungsbehörden wertvolle Daten zum terroristischen Umfeld der Gruppe nicht verfügbar sind oder ihre Herausgabe von privaten Providern



Widerstand mit militanten Aktionen und mit kultureller Subversion. Es gelang der Bewegung in vielen Teilen Deutschlands, eine rechtsradikale Lebensweise kulturell zu verankern. Das alles wurde von den Behörden leider nicht ernsthaft in den Blick genommen.“

Obwohl es ins Auge sprang. GdP-Vor-

durchsetzen und sich zu Versammlungen in geschlossenen Räumen ohnehin treffen dürfen, ohne jemanden fragen zu müssen.“

Der Direktor beim Polizeipräsidenten von Berlin, Prof. Michael Knappe, führt die Direktion 6, die sich aus den Berliner Verwaltungsbezirken Lichtenberg,

einer Großraffia gegen die rechte Musikszene mehr als 200 Wohnungen und Läden in allen Bundesländern durchsuchte, und mehr als 45.000 CDs und etwa 170 Computer von über 100 verdächtigen Personen beschlagnahmte sowie rund 70 Waffen fand, konzentrierten sich in Berlin die Maßnahmen vor allem in seinem Zuständigkeitsbereich. „Man muss den Rechten ständig auf den Füßen stehen“, sagte Prof. Knappe damals gegenüber „Deutsche Polizei“. Knappe's Devise für Rechtsextremisten: Keines ihrer Gipfeltreffen bleibt unbehelligt. Keine rechtsextreme Party ohne Polizeibesuch. Den Spagat zwischen Demonstrationsrecht und Bekämpfung des Rechtsextremismus beherrscht er seit Jahren. Er lässt für Neonazis die Straße frei räumen von Gegendemonstranten – aber ein volksverhetzender Satz aus einer Goebbels-Rede, unter Pflastern verborgene Hakenkreuz-Tattoos – die Polizei greift zu. Springerstiefel? Dann muss der nationale Widerstand auf Socken durch die Straßen. Alkoholverbot, Reden-Zensur. Knappe: „Man muss den Rechten zeigen, wer Herr im Hause ist.“ Seine konsequente Linie blieb für ihn nicht ohne Folgen: Neonazis terrorisierten seine Angehörigen nachts am Telefon, Steckbriefe mit seinem Konterfei wurden verteilt, eine Demonstration vor seiner Haustür wurde von den Rechten offiziell angemeldet.

Den rechten Sumpf austrocknen? „Wenn jeder, der sich im Kampf gegen Rechts engagiert, mal ein paar Jungens ins Auto packt und zu einem Fußballturnier fährt oder einen Grillabend für sie veranstaltet, der trifft die rechte Szene an ihrer empfindlichsten Stelle. Die meisten Jugendlichen sind noch umkehrbar, wir dürfen sie nicht kriminalisieren.“

Rüdiger Holeczek



Baseballschläger mit SS-Runen, Schlagring, Dolch, Schlagstöcke: Von der Polizei bei Rechtsextremisten beschlagnahmte Werkzeuge brutaler Gewalt werden im Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz ausgestellt. Foto: Oliver Berg/dpa

sitzender Bernhard Witthaut zeigt auf: „... Neonazis die in Gruppen in Dörfern herumhängen, in denen keine rechtsstaatliche Ordnungsmacht mehr präsent ist. Die durch Straßen in Städten marschieren und gegen die die Polizei machtlos ist, solange sie keine Straftaten begehen. Die Demonstrationen aufzügen gerichtlich

Marzahn-Hellersdorf und Köpenick-Treptow zusammensetzt, hat sie jeden Tag vor Augen: die Glatzen mit ihren Springerstiefel und Runen-Tattoos. Keine Schulbildung. Keine Perspektiven. Keine Mädchen. Dafür Alkohol weit über das Abwinken hinaus.

Als die Polizei vor zwei Jahren mit

Pläne des Bundesinnenministers zur Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt

Auf einer Pressekonferenz stellte Bundesinnenminister Friedrich einen Maßnahmenkatalog seines Hauses zur Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt vor.

Gemeinsames Abwehrzentrum

BfV und BKA sollen – nach dem Vorbild des GTAZ (Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum) zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus – ein Abwehrzentrum Rechtsextremismus einrich-

ten. Dabei soll übernommen werden, was sich im Berliner GTAZ bewährt hat: u.a. tägliche Lagebesprechung, operativer Informationsaustausch, Fallauswertung und Analysen. Friedrich: „Polizei- und Verfassungsschutzbehörden sitzen an einem Tisch, der Informationsfluss wird erleichtert und operative Maßnahmen können reibungsloser abgestimmt werden.“

Verbunddatei-Rechtsextremismus

Es soll eine gemeinsame Verbunddatei-Rechtsextremismus für Polizei und Verfassungsschutz (von Bund und Ländern) vergleichbar der Anti-Terror-Datei (ATD) für den Bereich Islamismus eingerichtet werden. Die Datei soll – vergleichbar dem erweiterten Datenkranz der ATD – Informationen zu Gewaltbereiten, Gewaltbefürwortenden und Kontaktpersonen,



RECHTSEXTREMISMUS

Vereinigungen, Strukturen und sonstige Daten enthalten.

Zwar führen Polizeien und Nachrichtendienste jeweils eigene Dateien zum Rechtsextremismus. Neu sei jedoch eine geplante Verknüpfung dieser Datenbestände. Eine Verbunddatei ermögliche ein genaueres Gesamtbild. Dieser Verbund von Daten aus dem repressiven Bereich und aus der Vorfeldbeobachtung ergäbe, so der Bundesinnenminister, einen realen Mehrwert gegenüber den bisherigen Insellösungen.

Stärkung des Generalbundesanwalts (GBA)

Der Generalbundesanwalt sollte in Fällen schwerer Kriminalität mit länderübergreifendem Bezug eine stärkere Rolle spielen. Die Ceska-Morde zeigten, dass es nicht ausreichte, dass die Ermittlungen nur dann beim GBA konzentriert werden können, wenn die Erkenntnisse von vornherein in Richtung Staatsschutzbezug deuteten.

Verlängerung der Speicherfristen

Die gesetzlichen Lösungsfristen für personenbezogene Daten über extremistische, insbesondere militante Bestrebungen, sollen verlängert werden. Heute müssen Daten zu Rechtsextremisten bereits nach 5 Jahren auf Löschung überprüft und nach 10 Jahren gelöscht werden, wenn keine neuen Erkenntnisse hinzugekommen sind. Gerade der aktuelle Fall der über viele Jahre „abgetauchten“ rechten Gewalttäter zeige, dass diese Fristen zu kurz seien.

Erweiterte Speicherbefugnis

Der Umfang der Speicherbefugnis der Verfassungsschutzbehörden in gemeinsamen Dateien (NADIS-neu) müsse an die tatsächlich verschwimmenden Grenzen zwischen gewaltfreiem und gewaltbereitem Extremismus angepasst werden. Es sollen umfassende Hintergrunddaten zu allen Extremisten gespeichert werden dürfen, auf die alle Verfassungsschutzbehörden zugreifen können. Derzeit gilt: Über gewaltfreie Extremisten dürfen nur wenig (Fundstellendaten), über gewalttätige Extremisten umfassendere Informationen gespeichert werden. Die Einteilung gewaltfrei/gewalttätig stammt von 1990 und gelte in der Lebenswirklichkeit nicht mehr. In allen Bereichen entwickelten sich Personen oftmals fließend von der Gewaltfreiheit in die Gewaltbereitschaft hinein; sie radikalisierten sich.

Notwendig sei daher eine Änderung von § 6 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG).

Zentralstellenfunktion des BfV stärken

Die grundsätzliche Struktur im Verfassungsschutzverbund mit hoher Eigenverantwortung der Länder bezeichnete der Bundesinnenminister als Teil des Föderalismus. In der Richtlinie zur Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern sei gemeinsam mit den Ländern die Federführung des Bundesamtes im islamistischen Terrorismus festgeschrieben und erfolgreich. Diese Federführung des Bundes sollte sich durch Anpassung der entsprechenden Vorschrift auf den Bereich des militanten Rechtsextremismus erstrecken. Dies stelle auch sicher, dass alle Informationen der LfV, insbesondere Quellenmeldungen, ungefiltert beim BfV ankommen und dort zentral ausgewertet werden.

Gesamtkonzeption zur Bekämpfung rechter Gewalt

Es werde eine Gesamtkonzeption von Polizei und Verfassungsschutz zur Bekämpfung rechter Gewalt erstellt. Diese beinhalte zum einen die wesentlichen Maßnahmen des Verfassungsschutzes und der Polizei, zum anderen identifiziere sie die wichtigsten Felder der Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz. Dazu gehörten zum Beispiel die Aufhellung relevanter Personenpotenziale und die Erstellung abgestimmter Lagebilder. Ein zentrales Instrument, um die Kooperation zwischen Polizei und Verfassungsschutz zu stärken, sei dabei die Einrichtung einer Koordinierungsgruppe PMK-rechts, in der das BKA, die Landeskriminalämter, BfV und Landesämter für Verfassungsschutz, aber auch der Generalbundesanwalt vertreten sein würden.

Internetbeobachtung stärken

Rechtsextremistische Seiten und Inhalte im Netz sollen stringent und konsequent beobachtet und ausgewertet werden. Hierzu werde ein Aufbaustab im BfV eingerichtet. Radikalisierungen im Internet sollen so frühzeitig erkannt und strafrechtliche Inhalte konsequent an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden.

Die bisherigen Ermittlungen deuteten zwar nicht darauf hin, dass die Mitglieder der Zelle im Internet radikalisiert worden

waren oder das Internet als Hilfs- und Planungsmittel für ihre Taten genutzt hätten. Dennoch sei es Fakt, dass Extremisten das Netz als Kommunikationsmittel, als Propagandaraum und als „Börse“ zur Anwerbung von Mitgliedern nutzten. Damit werde das Internet auch zum Instrument der Radikalisierung.



Diese DVD mit Aufnahmen von den Morden der terroristischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ wurde Anfang Dezember 2011 von der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe präsentiert.

Foto: Franziska Kraufmann/dpa

Die Konzeption werde sich im Wesentlichen an das Gemeinsame Internetzentrum anlehnen, das zur Sichtung islamistischer Internetinhalte eingerichtet wurde.

Kameradschaften überprüfen

Das BfV werde die Kameradschaften einer generellen Prüfung unterziehen. Hierzu soll eine neue Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft eingerichtet werden. Eine noch stärkere gemeinsame Erfassung und Bewertung dieser Szene, insbesondere der maßgeblich handelnden und gewaltbereiten Personen sei wichtig, weil sich das neonazistische Spektrum mehr und mehr zur treibenden Kraft des Rechtsextremismus in Deutschland entwickle.

Unaufgeklärte Fälle überprüfen

BKA und BfV sollen alle nicht aufgeklärten „Altfälle“ (insbesondere Banküberfälle, Sprengstoffanschläge, Morde) seit 1998, die entsprechend ihrer Begehungsweise ebenfalls für eine Täterschaft des Trios in Betracht kommen könnten, überprüfen.

Rüdiger Holecek





Erste Frau an der Spitze der europäischen Polizeigewerkschaften

Anna Nellberg ist 1. EuroCOP-Präsidentin

Die 39-jährige schwedische Polizeibeamtin Anna Nellberg ist vom EuroCOP-Kongress zur Nachfolgerin des scheidenden Präsidenten Heinz Kiefer gewählt worden.

fer nicht erneut an. Über viele Jahre hatten Gewerkschaftsfunktionäre aus Deutschland, allen voran Hermann Lutz und Heinz Kiefer, die Geschicke von EuroCOP und dem Vorgänger UISP



Die neue EuroCOP-Präsidentin Anna Nellberg und ihr Vorgänger, Heinz Kiefer.

Nellberg setzte sich in einer Kampfabstimmung mit 70 % der Delegiertenstimmen gegen den Nordiren Terrence Spence durch. Zum 1. Vize-Präsidenten wurde Frank Richter gewählt, der auch Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen ist.

Rund 150 ordentliche und Gast-Delegierte kamen vom 20. bis 23. November 2011 in Barcelona zusammen, um beim 3. Ordentlichen EuroCOP-Kongress einen neuen Vorstand zu wählen und die Weichen für die kommenden vier Jahre zu stellen. Nach achtjähriger Amtszeit trat der bisherige Präsident Heinz Kie-

geprägt. „Wir Deutschen haben uns intensiv dafür eingesetzt, dass mit Anna Nellberg es nicht nur zu einer deutlichen Verjüngung an der Spitze von EuroCOP kommt, sondern auch das Signal eine Frau zur 1. Präsidentin einer europäischen Polizeigewerkschaftsorganisation zu wählen, ist für uns enorm wichtig“, betont der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Bernhard Witthaut. „Es gibt Regionen in Europa, die einen erheblichen Nachholbedarf in der Geschlechtergleichstellung haben. Anna Nellberg ist ein starkes Signal für die weiblichen Bediensteten in diesen Regionen.“ >



COP® Specials Januar / Februar 2012 **„Gültig vom 20.12.11 - 29.02.12“**

1 Einsatzstiefel S&W® 8985 HI
Art.-Nr. 828985-Größe EU
Farbe: schwarz; Größen: (EU 36 - 49)
keine halben Größen
Obermaterial: Leder/ 1000 Denier Nylon Kombination
Stiefel mit athletischer Passform und geringem Gewicht.

Aktionspreis € 69,90**
statt 89,99*

Zertifiziert als Arbeitsschuh gem. EN347

Smith & Wesson®

Damen					Herren					EU-Größe an die Artikelnummer anfügen											
Größe US	6	7	8	9	9.5	Größe US	8	9	10	11	11.5	12	13	14	15						
Größe EU	36	37	38	39	40	Größe EU	41	42	43	44	45	46	47	48	49						

2 Funktionssocke COP® 7030
Art.-Nr. 7030-Größe
Farbe: schwarz; Größen: 35 - 38, 39 - 42, 43 - 46, 46 - 48.
Material: 54% Polyamid, 22% Polyester, 20% Polypropylen, 2% Nylon, 2% Elasthan
Funktionssocke mit „Ceraxet 40“, eine Keramikfaser. Das Hightech Cara Ceratex 40 garantiert eine perfekte Wärmeisolierung des Fußes - auch bei extremer Wittersituation und Temperaturen.

Aktionspreis € 5,90**
statt 9,99*

Kniehoch

COP

Knöchelschutz nach CSN EN 13994 Art. 6.8.2 u. CSN EN 1621-1 getestet.

EN 388

2 1 2 2

Abriebfestigkeit: Kategorie 2
Schnittfestigkeit: Kategorie 1
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 2
Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

3 Einsatz- und Zugriffshandschuh COP® DGF200
Art.-Nr. 32F200-Größe**
Farbe: schwarz; Größen: XS - 3XL
Material außen: 100% Rindsleder
Material innen: 100% Polyamid
Mit Innenfutter! Glatteleder im Bereich des Handrückens, Innenseite aus Wildleder für optimalen Griff, Protektoren im Bereich des Handrückens und der Finger.

Aktionspreis € 19,90**
statt 39,99*

COP

EN 388

2 1 2 2

Abriebfestigkeit: Kategorie 2
Schnittfestigkeit: Kategorie 1
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 2
Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

4 Taschenlampe COP® 8503N LED
Art.-Nr. 18503N
Länge: 12,9 cm
ø 2,7 cm Körper, 3 cm Kopf
Gewicht mit Batterien: 127 g
Leistung: 180 Lumen
Leuchtdauer: 30 Stunden
Leuchtweite: 100 m
Lebensdauer der LED: 100 000 h
Betriebsdauer: bis zu 30 Std/Satz Batterien
3 Mikro-Batterien (AAA) im Lieferumfang enthalten!

LED 180 Lumen

Aktionspreis € 29,90**
statt 49,99*

Mit Cree® XP-G LED Leuchtmittel

5 Tactical Crew Under Armour® ColdGear®
Art.-Nr. UA10055115-Größe (schwarz)
Art.-Nr. UA10055110-Größe (olivgrün)
Art.-Nr. UA1005511B-Größe (beige)
Art.-Nr. UA1005511N-Größe (navy)
Farben: schwarz, olivgrün, navy und beige; Größen: S - 3XL
Material: 63% Nylon, 25% Polyester, 12% Elasthan
Langärmeliges, hochfunktionelles Kompressionshirt.

Aktionspreis € 39,90**
statt 59,99*

UNDER ARMOUR
COMPRESSION

Eng anliegend, wie eine 2. Haut. Paßt sich dem Körper an, schlank und stützend.

6 Polizei-Clipboard POSSE 37S
Art.-Nr. CB-37S
Original US Polizei Clipboard von POSSE, USA.
Größe: 35 x 23 x 4 cm (L x B x H); Farbe: grau.
Aus eloxierten Aluminium. Seitlich ist ein robuster Schnappverschluss angebracht. Starker Metallclip am Deckel.
2 getrennte Fächer.

Aktionspreis € 39,90**
statt 59,99*

Mit intergerierter Stift-halteklammer unter der Hauptklammer!

coldgear®
FÜR KALTE TAGE
Hält warm und trocken

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

**Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Dezember 2011 bis 29. Februar 2012 | * Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.



Der GdP-Delegationsleiter Jörg Radek, bei der Stimmgabe zur Wahl der Präsidentin.
Fotos: Sascha Braun

Der Gezeitenwechsel im EuroCOP-Vorstand wird auch dadurch deutlich, dass mit dem Niederländer Han Busker und dem Schweizer Heinz Buttauer, der im Übrigen zum Schatzmeister gewählt wurde, neue Kräfte initiativ werden können. Mit dem Slowaken Miroslav Litva und dem Spanier Mauricio Moya wird auf bewährte Kräfte gesetzt. Der EuroCOP-Kongress verabschiedete darüber hinaus ebenfalls mit großem Dank den scheidenden Büroleiter, Jan Velleman, der eine neue Funktion im GdP-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen aufnehmen wird. Velleman war 11 Jahre lang eine starke Unterstützung des Exekutiv-Komitees von EuroCOP und begleitete den Prozess der Ausdehnung EuroCOPs intensiv. Sein Nachfolger, der Deutsche Reinhold Müller, stellte sich in einer kurzen Rede vor.

Die EuroCOP-Präsidentin Anna Nellberg skizzierte in ihrer Antrittsrede ihre Agenda für die kommenden vier Jahre. Es sei ihr Ziel, EuroCOP zu einer noch stärkeren politischen Stimme in Europa zu machen. Die vergangenen Jahre, die insbesondere von der Aufnahme vieler osteuropäischer Polizeiorganisationen geprägt waren, seien richtig und wichtig gewesen, denn so habe EuroCOP ganz tatkräftig Hilfe beim Aufbau der Gewerkschaftsbewegung leisten können. Mit 34 Mitgliedsorganisationen müsse EuroCOP nun sich einerseits dem Vorhaben widmen, eventuell noch wenige Organisati-

onen aus Frankreich oder Italien aufzunehmen und andererseits noch stärker in Brüssel an Einfluss zu gewinnen. Für diese verstärkte politische Arbeit solle genau geprüft werden, ob es dafür notwendig sei, den Sitz von EuroCOP von Luxemburg nach Brüssel zu verlegen. „Wir haben als GdP-Delegation einen fünfseitigen Grundsatzantrag in den EuroCOP-Kongress eingebracht und damit ganz wesentlich die inhaltliche Ausrichtung von EuroCOP mitgeprägt“, stellt der 1. Vize-Präsident von EuroCOP, Frank Richter, klar. „Wir wollen und müssen es schaffen, dass die Mitgliedsorganisationen



Der neue 1. EuroCOP-Vizepräsident Frank Richter.

im stärkeren Maße als bisher erkennen, dass es für sie nutzbringend ist, Teil der EuroCOP-Familie zu sein. Das geht nur über ein Mehr an politischem Einfluss und deshalb brauchen wir ein Büro in Brüssel“, so Richter weiter.

Bedingt auch durch die große Anzahl von Mitgliedsorganisationen, aber auch als Folge der europäischen Finanzkrise, muss EuroCOP seine Finanzen neu aufstellen. Die GdP hat dazu mit entspre-

chenden Anträgen auf dem EuroCOP-Kongress eine klare Beschlusslage für den Vorstand herbeigeführt. Nachdem der scheidende EuroCOP-Finanzchef, Jan Schonkeren, schon erhebliche Sparbemühungen eingeleitet hat, wird es insbesondere Aufgabe des neuen Schatzmeisters, Heinz Buttauer, sein, für ein gerechtes Beitragssystem zu sorgen. „EuroCOP braucht ein stabiles finanzielles Fundament, um gewerkschaftspolitisch aktiv sein zu können. Große Organisationen zahlen natürlich mehr Beiträge als kleine. Aber wir müssen erreichen, dass jede Organisation sich nach den eigenen Kräften möglichst kostendeckend an EuroCOP beteiligt“, betonte der Delegationsleiter der GdP, der stellv. Bundesvorsitzende, Jörg Radek, auf dem Kongress.

Die Delegierten beschäftigten sich in zahlreichen Anträgen darüber hinaus mit dem anhaltenden Gewaltproblem in Europa. Die sich verschärfende soziale Lage, die massive Proteste gegen die Folgen der Finanzkrise sowie grenzüberschreitende Fußballgewalt stellen neben internationalen Kriminalitätsphänomenen die Polizeien in Europa vor große Herausforderungen. „Auch wenn Europa gerade einen gewissen Zerfallsprozess offenbart, so wissen wir als Polizistinnen und Polizisten doch ganz genau, dass wir in Europa die Sicherheit der Menschen nur gemeinsam und mit Konzepten der partnerschaftlichen Kooperation von Polizeiorganisationen garantieren können. Interpol, Europol und die vielen Kooperationen zwischen den Dienststellen sind eine internationale Erfolgsgeschichte“, sagte Anna Nellberg.

Wie wichtig die internationale Zusammenarbeit ist, macht auch das Erstarken rechtsextremistischer Organisationen und Parteien in Europa deutlich. Durch die entsetzlichen Ereignisse in Norwegen und motiviert durch die jüngst erkannte Terrorzelle in Deutschland brachten die Delegationen der GdP und der norwegischen Polizeigewerkschaft eine gemeinsame Resolution (siehe nebenstehenden Kasten) ein. Frank Richter begründete diese Resolution in eindringlichen Worten, indem er ausführte, dass der Kampf gegen den organisierten Rechtsextremismus keine nationale Aufgabe sei. Unerlässlich sei es, die Rechtsextremisten und Neonazis nicht nur vor Ort mit unerbittlicher Härte zu bekämpfen, sondern internationale Verflechtungen und entsprechende Finanzströme im rechtsextremistischen Bereich müssten ebenso klar bekämpft werden. Es sei vor allem für Mitglieder einer in-



ternationalen Gewerkschaftsbewegung geradezu unerträglich zu erleben, wie politische Gewalttäter im rechtsextremen Spektrum versuchen, die gemeinsamen europäischen Werte wie Friedfertigkeit, Solidarität und Toleranz in den Abgrund zu treten. Die Resolution wurde einstimmig beschlossen.

Ein europäischer Gewerkschaftskongress kann jedem Teilnehmer auch immer eine gute Einschätzung über die gewerkschaftlichen Themenfelder anderer Organisationen bieten. Insbesondere die spanischen Kollegen machten mit ihren eindringlichen Appell an die Schaffung eines rechtsstaatlichen Disziplinarrechts deutlich, dass in anderen europäischen Staaten längst nicht die gleichen Standards herrschen. Nach wie vor wird in einigen Ländern Druck auf Gewerkschaftsvertreter bis hin zu Existenzbedrohung ausgeübt und noch immer ist es nicht selbstverständlich, dass sich jeder Beschäftigte gegen jede Form der Dienstanweisung in einem geordneten Verfahren wehren kann.

Sascha Braun

Resolution: Europa muss im Kampf gegen den Rechtsextremismus enger zusammenrücken

Als Konsequenz aus den Terroranschlägen und Morden mit rechtsextremistischem Hintergrund in Norwegen und Deutschland fordert der 3. Ordentliche EuroCOP-Kongress in Barcelona die europäischen Regierungen auf, im Kampf gegen den Rechtsextremismus enger zusammen zu rücken.

„Die europäischen Staaten müssen ihre Polizeien im Kampf gegen den Rechtsextremismus personell, materiell besser ausstatten und effizienter vernetzen. Rechtsextremismus ist kein nationales Phänomen, sondern ein gemeinsames europäisches Problem. Er zerstört die Grundlagen unserer Gesellschaften und greift die Wurzeln unserer

auf Freiheit, Friedlichkeit, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit gründenden Verfassungen an.“

Der EuroCOP-Kongress fordert des Weiteren die Regierungen der europäischen Staaten nachdrücklich auf, gegen ein europaweites Netzwerk von Neonazis mit großer Entschlossenheit vorzugehen. Es müssen Konzepte erarbeitet werden, aus denen klar hervorgeht, dass alle Staaten ein friedliches und tolerantes Europa wollen. Unverhohlener Hass und Menschenverachtung, der sich auch in brutaler Gewalt gegenüber Polizeibediensteten zeigt, darf kein Platz in Europa haben.

Anzeige



Nürnberg, Germany
9. – 12.3.2012

IWA 2012
& Outdoor Classics

High performance in target sports,
nature activities, protecting people

NEU!
Die Spezialmesse
Enforce Tac*
8. – 9.3.2012

www.iwa.info | www.ask-IWA.info
*ausschließlich für Behörden. Infos unter www.enforcetac.com

**NUR FÜR
FACHEINKÄUFER**
Legitimation ist
nachzuweisen
[www.iwa.info/
fachbesucher](http://www.iwa.info/fachbesucher)

Veranstalter
NürnbergMesse GmbH
Tel +49 (0) 9 11. 86 06-49 19
besucherservice@nuernbergmesse.de

NÜRNBERG MESSE

„Abgeknallt“ – schonungsloser Blick auf gefährlichen Polizeialltag

Einen schonungslosen Blick auf den gefährlichen Alltag von Polizistinnen und Polizisten wirft das neu im Verlag Deutsche Polizeiliteratur (VDP) erschienene Sachbuch „Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten“. Auf einer Pressekonferenz zur Vorstellung des Buches Ende November 2011 in Düsseldorf sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Bernhard Witthaut: „Zum ersten Mal wird die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte in hoher Intensität und großer Faktenfülle dargestellt. Wer den Gewalt-Report des Düsseldorfer Journalisten und Schriftstellers Peter Jamin liest, ist erschüttert.“ Jamin, der bereits 2007 für den VDP über das schwere Schicksal der Angehörigen von Vermissten schrieb, ergänzte „Es geht um das Feindbild Polizei, um die Radikalisierung von Gruppen, um Alkohol als Aufputzmittel für die Täter wie auch um Angstsituationen, Eigensicherung und Nachsorge.“

Der Mord an einem Polizeibeamten im bayerischen Augsburg Ende Oktober 2011, der wenig später durch den Karlsruher Bundesgerichtshof erfolgte Freispruch eines zunächst zu achteinhalb Jahren Haft wegen Totschlags an einem Beamten eines Spezialeinsatzkommandos verurteilten Angehörigen der „Hells Angels und die überraschende Aufklärung des Mordes an

haut, zuletzt eine tragische Aktualität verliehen.

Polizei als Vertreter eines verhassten Systems

Sachbuchautor Jamin berichtete indes über besorgniserregende Ergebnisse seiner Recherche über die Gewalt gegen Polizei.

schaft extremer Gruppen: „Seien es linke Autonome oder der ‚Nationaler Widerstand‘ – Polizeibeamte werden nicht als Menschen gesehen, sondern als sichtbare Vertreter eines verhassten Systems – nämlich unseres demokratischen Rechtsstaates. Ihren Hass setzen sie immer häufiger durch lebensbedrohliche Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten in Taten um. Das hinterlässt tiefe Spuren in der Polizei.“

Polizei in explosivem Spannungsfeld

In „Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten“ schildert der 60-jährige Sachbuchautor Jamin, wie ein Polizist nachts von einem bürgerlich wirkenden und zunächst Hilfe suchenden Mann in seiner Polizeiwache im bayerischen Passau überfallen und gefangen genommen wird. Es folgen 55 Minuten eines dramatischen Kampfes, in dessen Verlauf dem Polizisten mit der eigenen Dienstwaffe in den Kopf geschossen wird. Mit ungewöhnlich starkem Überlebenswillen und mit letzter Kraft versucht



GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut (2.v.l.) und Sachbuchautor Peter Jamin (2.v.r.) bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des neuen VDP-Titels „Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten“. Im Podium dabei: VDP-Geschäftsführer Joachim Kranz (l.); durch die Pressekonferenz führte GdP-Pressesprecher Rüdiger Holecek. Fotos: GdP

der 2007 in Heilbronn durch Rechtsterroristen getöteten Polizeibeamtin Michèle Kieseewetter hätten dem Buch, so Witt-

So werde beispielsweise alle 90 Minuten in Nordrhein-Westfalen ein Polizist im Dienst angegriffen. Das sei nicht nur für den einzelnen Betroffenen, seine Familie und Kollegen ein großes Problem. Jamin: „Da versagt ein Staat, dessen Bürger offenbar immer mehr den Respekt vor ihm verlieren und das nicht zuletzt durch Gewaltattacken gegen seine Vertreter zum Ausdruck bringen.“

Seit Jahren, führte GdP-Vorsitzender Witthaut an, wachse die Gewaltbereit-

der Polizist sein eigenes und das Leben seiner Kollegen zu retten. Anhand dieses Falles beleuchtet Jamin die vielen Aspekte dieses Themas und lässt dabei zahlreiche Experten zu Wort kommen, darunter auch den GdP-Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut.

Jamin: „Viele Polizisten befinden sich in ihrem Berufsalltag in einem explosivem Spannungsfeld von Frieden und Krieg. Gerade noch suchen sie nach einem vermissten Kind oder einem verwirrten Rent-





Peter Jamin (60), ist seit mehr als 35 Jahren als Journalist und Schriftsteller tätig. Der Düsseldorfer arbeitete u. a. als stellvertretender Redaktionsleiter in Redaktionen der WAZ-Gruppe, publizierte mehr als 30 Bücher

und veröffentlichte neben zahlreichen Artikeln und Kolumnen auch als Autor und Regisseur von Fernsehreihen und -dokumentationen. So entwickelte und betreute er fünf Jahre lang die TV-Reihe „WDR-Vermisst“ für den Westdeutschen Rundfunk, mit der er das Thema „Vermisste Menschen“ in Deutschland bekannt machte. Für den Verlag Deutsche Polizeiliteratur schrieb er bereits das Sachbuch „Vermisst – und manchmal Mord“, das 2007 im VDP erschienen ist (DP berichtete in 4/2007).

ner und im nächsten Moment geraten sie mitten hinein in einen Rockerkrieg oder Banküberfall.“ Sein Buch, so der Autor weiter, benenne neben erschreckenden Gewalttaten und Einzelschicksalen zahlreiche Daten und Fakten, bringe sie in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang und zeigt die Folgen für die Gesellschaft auf, „wenn Verbrechen wie diese zur Tagesordnung in Deutschland werden.“

Zugleich, so Witthaut, gegenüber den zahlreichen Pressevertretern, zeichne Jamins Buch vor allem dessen eindringliche Sprache aus. Dem Leser werde die seelische und körperliche Belastung der Polizistinnen und Polizisten draußen auf

den Straßen sehr nahe gebracht. Aber der Autor weiche auch kritischen Fragen nicht aus. Es gehe um Selbstverteidigung und Schusswaffengebrauch ebenso wie um Fragen der allgemeinen Sicherheit für die Bevölkerung oder um psychologische Themen wie Angstbewältigung oder den Umgang mit Aggressionen. Jamin: „Ich habe auch gefragt, was es bedeutet, einen Menschen bewusst zu töten und den sogenannten Finalen Rettungsschuss anzuwenden.“

Gefährdung für Polizeibeamte steigt

Polizeibeamtinnen und -beamte, so räumte der GdP-Vorsitzende ein, gingen von Berufs wegen ein deutlich höheres Risiko ein, in Ausübung ihrer Tätigkeit verletzt oder sogar getötet zu werden. Durch die Bürde der latenten Gefährdung von Leib und Leben gäben sie ihrem Arbeitgeber, dem Staat, einen erheblichen Vorschuss. Ein Preis, der angesichts von Kriminalstatistiken und gegenwärtigen wissenschaftlichen Gewalt-Studien, augenscheinlich permanent steige. Witthaut: „Seit 1945 sind nach Zahlen der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) 392 Polizistinnen und Polizisten durch Rechtsbrecher getötet worden. Nur unzureichend gezählt und kaum zu schätzen ist dagegen die Menge an lebensbedrohlichen Angriffen mit Stich-, Hieb- und Schusswaffen, durch gezielte Stein- oder Flaschenwürfe, durch das Bewerfen mit Feuerwerkskörpern und brennbaren Flüssigkeiten oder durch brutale körperliche Gewalt, die Polizeibeamtinnen und -beamte bei ihren Streifenfahrten, Demonstrationseinsätzen, dem Schutz von Castor-Transporten, der Begleitung von Fußballfans, dem Streitschlichten bei häuslicher Gewalt, nächtlichen Personen-



Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten, Peter Jamin, VDP, 2011, 248 Seiten, 12,99 Euro, ISBN 978-3-8011-0651-5

kontrollen oder weiteren Einsätzen ausgesetzt waren.“ Mehr Licht ins Dunkel hätten die bereits

veröffentlichen Zwischenergebnisse der vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. (KFN) durchgeführten Studie „Gewalt gegen Polizei“ (DP berichtete) gebracht. Die Konturen der Täter, also wer, in welchen Situationen Polizisten attackiere, würden immer schärfer, die teils schwerwiegenden Folgen solcher Angriffe auf die Beamten immer deutlicher.

Alltägliche Gewalt gegen die Polizei

Der Polizeiberuf, sagte VDP-Autor Jamin, sei besonders schwierig. Einerseits wünsche man sich durchsetzungsstarke Polizisten, andererseits würden genau diese Frauen und Männer immer häufiger Opfer. Witthaut: „Polizisten werden geschlagen, getreten, bespuckt oder beleidigt. Das ist heute Polizei-Alltag. Die Kollegen schreiben ja schon gar keine Anzeige mehr, wenn sie beleidigt werden“. Gewalt gegen Polizisten dürfe nicht mehr toleriert werden.

Dabei, so zitiert Jamins Buch aus einer repräsentativen Umfrage des Magazins „Reader's Digest“ unter 33.000 Lesern in 16 Ländern Europas, werde gerade der deutschen Polizei viel Vertrauen geschenkt. Polizisten in Deutschland er-

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel – Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWG als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenkassen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



hielten demnach einen Vertrauenswert von 79 Prozent und überflügelten damit ihre europäischen Kollegen um rund 20 Prozent sowie die Pfarrer und Priester im eigenen Land gar um 40 Prozent. „Das ist ein Spitzenergebnis und eine gute Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bürgern“, schreibt Jamin, sagt jedoch: Vertrauen sei gut – Engagement, Aufklärung und Unterstützung der Polizisten angesichts der veränderten Anforderungen aber wichtiger. Die gesellschaftliche über zukünftige Anforderungen an die Polizei und die Zukunft der Sicherheit in Deutschland sei längst fällig.

Dienstherr in der Pflicht

In seinem Buch, so Jamin, erkenne er an, in wie vielfältiger Weise sich die GdP mit der Gewalt gegen Polizisten auseinandergesetzt habe. In Interviews, Positionspapieren und Presse-Statements sei eine ganze Facette von Vorschlägen und Forderungen erkennbar geworden, die allein zum Ziel hätten, den dienstlichen Alltag von Polizistinnen und Polizisten wieder sicherer zu machen, darunter ein verbesserter Rechtsschutz verletzter Beamter durch den Dienstherrn und die Schaffung eines Paragraphen 115 StGB. Witthaut: „Tätliche Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte müssen mit einer Strafandrohung zwischen drei Monaten bis zu fünf Jahren deutlich härter bestraft werden als Widerstandshandlungen. Attacken auf nichtsahnende Streifenbeamte im täglichen Dienst werden von der Strafbarkeit bisher gar nicht erfasst. Die Täter gehören auch dann bestraft, wenn bei solch hinterhältigen Angriffen Beamter oder Beamtin nicht verletzt werden.“

Öfter mit Abwehr von Angriffen beschäftigt

An aufschlussreichem Zahlenmaterial mangelt es in „Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten“ nicht. Zwar seien die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) und die KFN-Studienenergebnisse mangels abweichender Erhebungsverfahren und inhaltlicher Unterschiede nur schwer vergleichbar, doch zeige sich deutlich, dass ein erhebliches Gewaltpotential schnell in der Bevölkerung heranwache. Dies bedürfe weiter einer gründlichen Betrachtung. Jamin: „Denn wenn die Polizei immer mehr damit beschäftigt ist, sich selbst gegen Angriffe zu wehren, verliert sie an Kampfstärke und verfügt nicht mehr über genug Kraft, die Menschen dieses Landes vor Kriminellen zu schützen.“

Michael Zielasko

Nordrhein-Westfalen will Gewalt gegen Polizei untersuchen

Die nordrhein-westfälische Polizei wird in einer neuen wissenschaftlichen Studie intensiv die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte untersuchen. Das kündigte NRW-Innenminister Ralf Jäger Anfang Dezember 2011 gegenüber der Presse an. Alle Polizistinnen und Polizisten könnten ihre persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen im Zusammenhang mit Gewalt gegen die Polizei äußern, sagte Jäger. Die im Februar 2012 beginnende Befragung der über 42.000 Beamtinnen und Beamten finde anonymisiert statt. Jäger: „Wesentlich für den Erfolg der Studie wird die hohe Beteiligung der Polizistinnen und Polizisten sein.“

Das Landeskriminalamt Düsseldorf, so der nordrhein-westfälische Innenminister weiter, erstelle seit 2010 das Lagebild „Gewalt gegen Polizeibeamte“. Darin würden alle relevanten Straftaten erfasst, die gegen Polizisten gerichtet seien. Über diese objek-

litten, so Jäger, noch heute unter den Folgen der Gewalttat. GdP-Landesbezirksvorsitzender Frank Richter: „Das NRW seinerzeit unter dem FDP-Innenminister Ingo Wolf aus parteipolitischen Gründen aus der bundesweiten Gewaltstudie ausgestiegen ist, war ein schwerer Fehler. Es

ist gut, dass die neue Landesregierung mit einer eigenen Studie diesen Fehler jetzt korrigiert.“ Die GdP-NRW, so Richter, habe eine solche Studie wiederholt gefordert.

Seit Februar 2010 läuft die von der Gewerkschaft der Polizei unterstützte Studie „Gewalt gegen Polizeibeamte“, die unter Leitung ihres Direktors Prof. Dr. Christian Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungs-

institut Niedersachsen e. V. (KFN) durchgeführt wird (DP berichtet mehrfach, zuletzt in der Ausgabe November 2011).

Nordrhein-Westfalen hatte sich neben dem Bund sowie Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Sachsen und Bayern gegen die Teilnahme an der KFN-Studie ausgesprochen. Begründet wurde dies mit der Besorgnis, das „der für die Durchführung der Studie entwickelte Fragebogen zu einer langen und kontroversen öffentlichen Diskussion mit der Gefahr mangelnder Akzeptanz bei den zu befragenden Polizeibeamtinnen und -beamten führte.“ Es sei, so die damalige NRW-Landesregierung überdies nicht gelungen, in Fragen der Nutzung der erhobenen Daten eine für Nordrhein-Westfalen zufrieden stellende Regelung zu erzielen.

MiZi



Tatort Gelsenkirchen: Ein junger Mann lockte am 9.8.2011 zwei Polizeibeamte in die Falle und greift unvermittelt mit dem Messer an.

Foto: dpa

tive Erfassung der Taten hinaus, sei es aber wichtig, erläuterte Jäger, „zu wissen, wie unsere Polizisten ihre Situation persönlich empfinden“. Von der Studie, für die der Kieler Psychologe Prof. Dr. Thomas Bliessener verantwortlich zeichnet, würden notwendige Erkenntnisse erwartet, um die NRW-Polizei bestmöglich zu schützen und zu betreuen.

Jäger: „Die Polizistinnen und Polizisten auf der Straße erleben immer häufiger aggressives und respektloses Verhalten.“ Es gebe eine neue Qualität und Intensität, betonte der Minister und erinnerte an einen brutalen Vorfall aus dem vergangenen Juli, als in Gelsenkirchen ein Streifen team in einen Hinterhalt gelockt und von einem jungen Mann unvermittelt mit einem Messer angegriffen worden war. Beide Beamte



Gleich und doch anders!

Oberflächlich betrachtet oder aus der Perspektive eines Parteitages, war es bei dem letzten CASTOR-Transport wie immer: Es war Herbst und das Wendland wurde zum Mittelpunkt in Deutschland. Wieder die gleichen Rituale – Blockieren, Anketten und vom Wegtragen. So, als gäbe es keinen beschlossenen Atomausstieg. Doch wer sich die Mühe macht und genauer hin sieht, wird Unterschiede feststellen. Vor allem, wenn er den Vergleich zum Vorjahr zieht.

Die Bundesregierung hat in Sachen „Atomenergie“ eine Kehrtwende vollzogen. Vielleicht lag hier ein Grund dafür, dass nicht mehr die Masse an Demonstranten des letzten Jahres zu mobilisieren war. Dennoch: Die zeitliche Inanspruchnahme unserer Kolleginnen und Kollegen war enorm. Die Blockaden einerseits und der Personalabbau andererseits zeigten ihre Wirkung.

Eine Erkenntnis hat auch dieser Großeinsatz wieder gezeigt: Das Personaldefizit bei den Polizeien in den Ländern und beim Bund kann auch durch Kräfte-Management nicht mehr ausgeglichen werden. Die Einsatzdichte dieser Tage muss als eine Konsequenz erhöhte Einstellungen haben. An einem Wochenende in Leitstade, am nächsten Wochenende in Bonn die Afghanistan-Konferenz und Fußballeinsatz – das zeigt, dass die Belastungsgrenze längst überschritten ist.

Hier ist parlamentarisches Handeln erforderlich.

Die niedersächsischen Einsatzverantwortlichen hatten gehandelt. Auf die Kritik an der Einsatzdauer, Versorgung und Entsorgung nach dem letzten Transport wurde reagiert. So hat sich die Einrichtung eines Einsatzabschnittes Versorgung als

Aber auch denen werden die für diese Einsatzkräfte zuständigen Personalräte sicher nachgehen.

Aufgerüstet

Zu den Besonderlichkeiten dieses Transportes gehört eine Debatte um Ge-



richtig erwiesen. Gab es beim letzten Castor-Einsatz noch massive Kritik, so reduziert sie sich jetzt auf einzelne Fälle.

Der Aufforderung zum Räumen der Sitzblockade nicht nachgekommen – die Kollegin und der Kollege dürfen wegtragen, was immer an Gewicht sich auf der Straße niedergelassen hat. Foto: Kay Nietfeld/dpa



Im Schatten der Demonstrationsfreiheit.

Foto: Julian Stratenschulte/dpa

walt. Festzustellen ist, die Gewalttätigkeit hat diesen Protest nicht geprägt, aber ihm geschadet. Es ist unerträglich, wie im Schatten des Demonstrationsrechtes in Einzelfällen unseren Kolleginnen und Kollegen massivste Gewalt entgegenschlug. Wer den Protest seit den 80er Jahren zwischen Dahlenburg, Metzingen und Hitzacker verfolgt hat, musste eines feststellen: Golfbälle mit Holzschrauben gespickt, Molotow-Cocktails, Gefahrstoffe, die bei Unterwasserschweißarbeiten eingesetzt werden, dieses Arsenal war für die GÖhrde neu.

Die Gegenmaßnahmen der Polizei



richteten sich konsequent gegen jene, die diese Gewalt verursachten. Daraus erfolgte eine politische Bewertung, deren Schlussfolgerungen über das Ziel hinaus schießen. Es ist inakzeptabel, dass sich diese Gewalttäter auf Parlamentarier berufen können, die bei der Polizei ein Übermaß an Gewalt festgestellt haben wollen. Das Recht auf Meinungsfreiheit wird nicht durch jene gefährdet, die es schützen. Konsequent ist auch nicht gleichbedeutend mit „brutal“.

Doch auch hier an die parlamentarische Adresse: Kritik an der Polizeiarbeit bei gleichzeitiger Haushaltskürzung ist

unverträglich. Für die Aufgabe und die Menschen.

Weitere Klärung nötig

Im Vorfeld weiterer Transport gilt es darüber hinaus, dringend weitere Klärungen herbeizuführen. Der Einsatz ist zu einer Zumutung für unsere Kolleginnen und Kollegen geworden, die wir nicht akzeptieren können. In den vergangenen Monaten waren immer wieder Bedenken laut geworden, dass es bei Messung und Berechnung der Strahlendosen zu folgenreichen Fehlern gekommen sei. Die Zwei-

fel an den offiziellen Messwerten sind bis auf den heutigen Tag nicht ausgeräumt.

Nicht nur aus diesem Fürsorgeaspekt sind derartige Transporte in Frage zu stellen.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, endlich Alternativen zu diesem umstrittenen Zwischenlager zu finden. Es kann nicht sein, dass unsere Kolleginnen und Kollegen wiederum den Atommüll unter Einsatz ihrer Gesundheit hunderte von Kilometern quer durch Deutschland begleiten müssen, weil die Bundesregierung nicht in der Lage ist, die Endlagerfrage zu lösen.

Jörg Radek

Ernüchternde Faszination beim CASTOR 14

Die Personalrätin Judith Hausknecht gehörte in diesem Jahr erstmals zum Betreuungsteam für die beim Castortransport eingesetzten Kolleginnen und Kollegen. Im Folgenden hat sie ihre Eindrücke und Überlegungen für unsere Zeitung zusammengefasst.

Da ich nicht das Gardemaß für den Polizeiberuf erreiche, konnte sich mein eigentlicher Berufswunsch nicht erfüllen. Dank der Alternative eines Verwaltungsstudiums im öffentlichen Dienst, bin ich trotzdem bei der Polizei „gelandet“ – bei der Bundespolizei am Frankfurter Flughafen. Vor ein paar Jahren entdeckte ich dann auch die Möglichkeit, polizeiliche operative Arbeit tiefer zu ergründen und mich nicht nur mit meinen Aufgaben als Sachbearbeiterin zu befassen. Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit macht's möglich. So war ich denn auch beim Castor 14 als Teil des Betreuungsteams erstmals bei einem Großeinsatz vor Ort.

Die gewonnenen Eindrücke waren von Anfang bis Ende meines Aufenthaltes im Einsatzraum Wendland erstmalig und beeindruckend. Das begann bereits bei Bezug der Unterkunft im Container 4 in der Schlieffen-Kaserne; habe ich bisher meine Kleidung doch noch nie in einem Stahlschrank verstauen müssen. Wie schafft ihr das nur, eure gesamte Einsatzausstattung dort reinzuquetschen? Auch hatte ich das Gefühl, dass die Breite des Bettes zugunsten der zweifelsohne notwendigen Länge hat leiden müssen. Da mir aber Kolleginnen und Kollegen schon

von Übernachtungen mit 200 anderen in einer Turnhalle, welche nur über 2 Toiletten und Duschen verfügte, erzählt haben, war ich von dieser amtlich unentgeltlichen Unterbringung durchaus angetan. Die konstruktive Kritik durch Personalräte in der Vergangenheit hat also einen gewissen Standard herbeigeführt.

Auf zur Laubesprechung und Einweisung beim Personalrat. Und schon hatte ich wieder Fragezeichen in den Augen. Den Begriff „taktische Zeichen“ konnte ich zwar, aber diese in eine Karte eingezeichnet, bedurften für mich doch einer eingehenden Erklärung. Dass ich verstanden habe und meine Rolle als „Fahrzeugführerin“ recht gut ausgefüllt habe, kann der „Kraftfahrer meiner Streife“ – auch diese Unterscheidung habe ich nunmehr durchschaut –, der stellvertretende Bundesvorsitzende der GdP, Jörg Radek, bezeugen. Als Angehöriger der Bereitschaftspolizei konnte er mir zudem



Judith Hausknecht

jede Menge Auskünfte über die unterschiedlichen Einsatzmittel und Fahrzeugtypen geben. Durch die imposante Polizeidichte von Kräften mit unterschiedlichen Hoheitsabzeichen wurden für mich auch die Unterschiede in der Ausstattung sehr deutlich; beispielsweise die Divergenz in Farbgebung und Form der Wasserwerfer und die dadurch erzielte Wirkung beim Betrachter.

Zurück zu den Fahrten zwischen Lüneburg und Dömitz. War die Bundesstraße über Dahlenburg und Dannenberg gewohntes Straßenbild, war ich anderenorts doch froh, dass unser Fahrzeug geländegängig war. Erst bei dem Anblick der Zufahrtswege zu den Streckenabschnitten an der Bahnlinie wurde mir klar, warum in den vergangenen Jahren Ver- und Entsorgung mit herkömmlichen Lösungen nur mangelhaft war und in diesem Jahr auf innovative und kreative Lösungen gesetzt wurde. Auch hier haben Interventionen der Personalräte und der GdP zu einem überwiegend akzeptablen Ergebnis geführt.

Bei Tageslicht habe ich bei Dahlenburg das „Katz- und Mausspiel“ zwischen Hundertschaften und Castor-Gegnern aus für mich sicherer Entfernung beobachten können. Beeindruckend, mit welcher Schnelligkeit und Präzision viele Kräfte zu einer wirksamen „Formation“ zusammenkamen. Gerade in der Nacht wurde jedoch deutlich, wie gern gesehen wir bei den Kolleginnen und Kollegen waren. Zwar nicht mehr der JUNGE GRUPPE (GdP) zugehörig (dafür bin auch ich inzwischen zu alt und Jörg erst recht), wurden wir als „Grüne Engel“ immer freundlich empfangen – sei es als nette Abwechslung an einem äußerst langwei-



lenden Einsatzpunkt oder als Versorger mit warmen Getränken und süßen Snacks bei Nieselregen an einer Eisenbahnbrücke oder Straßensperre.

Während der ganzen Zeit konnten wir uns erlauben, die Brennpunkte wie z.B. Metzungen zu meiden. Die exzessive Gewalt, die dort unseren Kolleginnen und Kollegen entgegenschlug, entnahmen wir den Lageberichten. Unsere sorgenden Gedanken waren stets bei diesen Kräften, die hoffentlich im Nachgang die Möglichkeit erhalten, das Erlebte aufzuarbeiten, trotzdem sie am folgenden Wochenende

bereits die Afghanistan-Konferenz oder andere Veranstaltungen sicherten. Auch das eine sehr ernüchternde Feststellung für mich: Am Einsatzort Vastorf befanden sich bei den vier festgeketteten Aktivisten jede Menge Sanitäter, Seelsorger, Betreuer und sogar musikalische und moralische Unterstützung durch eine Samba-Gruppe. Dass in dieser Situation selbst rechtlicher Beistand durch Anwälte für die Aktivisten gegeben war, verstärkte bei Einsatzkräften das ohnehin oft vorhandene Ohnmachtsgefühl in polizeilichen Situationen, die rein politischen Entscheidungen geschuldet sind.

Castor 14 führte bei mir in der Gesamtbetrachtung zur Einsicht, dass „Polizistsein“ heute nicht mehr viel mit meinen Kindheitsvorstellungen gemein hat. Stattdessen habe ich Polizei im Spannungsfeld zwischen „bürgernah und schützend“, „Blitzableiter“ für Unmut über Politik und „Zielscheibe Gewaltbereiter“ wahrgenommen. Umso mehr Grund für mich, auch in Zukunft für die Kolleginnen und Kollegen da zu sein. Euer Durchhaltevermögen, euer professionelles Arbeiten und euer kompetentes Auftreten machen mich stolz, Teil der Polizei zu sein.

Judith Hausknecht

„Grüne Engel“ im Wendland gesichtet

Auch dieses Jahr waren wieder 12 Kollegen von JUNGE GRUPPE (GdP) aus den verschiedensten Ecken Deutschlands für die Betreuung der Kolleginnen und Kollegen beim Castor-Einsatz vor Ort.

So kamen von Montag, dem 21.11. bis Donnerstag, dem 24.11., nach und nach die Betreuer angereist. Dieses Jahr waren nicht nur Polizeibeamtinnen und -beamte, sondern auch 2 Angestellte aus den Reihen der GdP mit im Einsatz.

Begonnen wurde jedoch schon am

in den Unterkünften aushängen wollte. Dabei ging es hier schlicht und einfach darum, den eingesetzten Kräften Unterstützung im Einsatz zukommen zu lassen.

Ab Donnerstag schließlich begannen der für den Einkaufsservice benötigter Sachen, sowie das Verteilen von heißem Kaffee, Cappuccino, Tee und Brühhe, Schokoriegeln, Traubenzucker und Bonbons. Begeisterung fanden auch der traditionelle Castor-Pin und das Castor-Kondom der JUNGE GRUPPE (GdP).

Stand eine Hundertschaft irgendwo im Wendland, konnte diese einen von drei eingesetzten Betreuungswagen telefonisch anfordern. Nicht immer gelang es zeitnah, zu den Kräften durchzukommen,

da immer öfter Straßen und Zufahrtswege blockiert wurden. Dennoch wurde alles möglich gemacht, um unsere Kolleginnen und Kollegen zu versorgen.

Trotz eines EA Versorgung, der dieses Jahr in dieser Form das erste Mal existierte, war es keine Seltenheit, dass Einsatzkräfte oft stundenlang an der Bahnstrecke oder sonst wo in der Kälte standen



Die „Grünen Engel“

Foto: JUNGE GRUPPE (GdP)

Dienstag und Mittwoch mit dem Verteilen von Plakaten in den Standorten der Polizeikräfte. Überwiegend waren dies Bundeswehrstandorte oder Polizeiareale, in denen Container oder sog. Festbauten aufgestellt waren.

Bedauerlicherweise waren nicht alle Unterkunftsverantwortlichen davon begeistert, dass eine Gewerkschaft Plakate

ohne ausreichende Versorgung. Umso begeisterter waren sie, als die „Grünen Engel“ schließlich vor Ort erschienen. Die „Grünen Engel“ legten so insgesamt 8.000 Kilometer mit 3 Fahrzeugen im Schichtdienst zurück.

Sven Barann

Anzeige



BRUNOX®

Waffenpflege ist

- Laufreinigung,
- Korrosionsschutz
- und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Handlernachweis:
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913



THOMAS BROCKHAUS

Automobile und mehr

NEU- oder GEBRAUCHTWAGEN?

Wir liefern Fahrzeuge aller **NAMHAFTER HERSTELLER** zu **GÜNSTIGEN PREISEN.**

SERVICE
wird bei uns groß geschrieben.

Informieren Sie sich!

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com

Schwerer Streit – Trennung??

Mediation = Konfliktbearbeitung auf Augenhöhe!

www.fairtragen-statt-verklagen.de

www.polizeifeste.de

Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick!



Herausforderung Auslandseinsatz

„Die deutsche Polizei geht gut vorbereitet und ausgerüstet in die Einsätze und wird vor Ort auch gut betreut“, erklärte Matthias Seeger, Präsident des Bundespolizeipräsidiums im Rahmen der Polizeitage 2011, einer Kooperation der Gewerkschaft der Polizei und des Behörden Spiegel, in Berlin. „Nichts ist höher als die Voraussetzung, dass die Polizisten im Auslandseinsatz nicht zu Schaden kommen“.

Mit Blick auf die Forderung nach einer Zusammenarbeit nur mit „guten“ Staaten sagte Seeger: „Wenn wir uns an den demokratischen Strukturen orientieren, können wir es gleich lassen.“ Denn es gehe gerade darum, demokratische und rechtsstaatliche Standards dort aufzubauen. Mit der Stabilisierung vor Ort begegne man

Hinsicht. Die vormals sehr schwammigen Regelungen seien mittlerweile aber so ausgelegt, dass beides vorausgesetzt werden könne: die Rechtssicherheit der Beamten vor Ort und die Modalitäten der Nachsorge nach der Rückkehr der Beamten, bei Unfällen oder auch im Todesfall. „Selten hören wir, dass noch nachgebessert werden muss“, erklärte

Dr. Berthold Stoppelkamp Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Sicherheit in der Wirtschaft (ASW). Grundsätzlich sei denkbar, Know-how, Dienstleistungen und Sicherheitstechnik aus der Hand deutscher Wirtschaft auch im Ausland einzusetzen. In der Vergangenheit seien enge Netzwerke zum Polizeibereich geknüpft worden, insbesondere in Hinblick auf die Beurteilung der Lage in den Einsatzgebieten. „Wir wollen kein Gegeneinander, sondern Kooperation.“

Allerdings gebe es auch Unternehmen, die sich auf dieses Segment nicht einlassen wollten. „Wir sind da derzeit in der Abstimmung“, so Stoppelkamp. „Wir sollten nicht ohne weiteres ausländischen Unternehmen das Feld überlassen“, erst mal gehe es nun aber darum, dass eine solche Beteiligung Privater einen rechtlichen Rahmen bekomme. „Wichtig ist, dass geregelt ist, welche Befugnisse da sind.“ Niemand könne verlangen, dass private Sicherheitsleute nur mit Kurzwaffen agierten, wenn es sich im Grunde bereits um einen militärischen Rahmen handle und der Gegner entsprechende Waffen besitze. Ganz wichtig sei deshalb der Bereich Zulassung und Zertifizierung: „Wir könnten uns gut vorstellen, dass durch die Bundespolizei entsprechende Zertifizierungen durchgeführt werden“, erklärte Stoppelkamp.

Parlament beteiligen

Auch Jörg Radek, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender, forderte eine gesetzliche Regelung der polizeilichen Auslandseinsätze: „Wir brauchen ein Gesetzeswerk sowohl für die Bundespolizei als auch für die Länder.“

Es gelte aus dem schlichten Verwaltungshandeln in einen gesetzlich abgesicherten Einsatz zu kommen, dies würde auch den im Einsatz befindlichen Polizisten eine höhere Wertschätzung verleihen. „Die Parlamentarier befassen sich nur damit, wenn etwas misslingt“, erklärte Radek. Das müsse sich ändern und für die Zukunft sollten Ziele definiert werden, damit die Abgeordneten im Nachhinein kontrollieren könnten, was erreicht worden sei. Eine parlamentarische Verfasstheit hätte zudem den Vorteil, dass klar abgegrenzte Haushaltsmittel für die Einsätze bereit gestellt werden müssten.

Martin Jung



Diskutierten zur „Herausforderung Auslandseinsätze“: Bernd Manthey, Matthias Seeger, R. Uwe Proll, Dr. Berthold Stoppelkamp und Jörg Radek (v.l.) Foto: Behördenspiegel

langfristig Belastungen, die ansonsten in Form von Flüchtlingsströmen auf die Bundesrepublik zukämen. „In Afghanistan sind wir heute schon gut, wenn wir stabile Strukturen bekommen und nicht mehr eine Demokratie nach westlichen Standards.“

„Hoch anerkannt“ seien die 360 deutschen Polizisten in den zwölf Auslandsmissionen, so Seeger. „Wir treten vielleicht auch anders auf als die eine oder andere Großmacht, die nicht die Herzen der Menschen gewinnt.“

Die Auslandseinsätze seien seit 1989 nicht nur in ihrem Umfang ausgeweitet worden, sondern auch in rechtlicher

Bernd Manthey (CDU), Vorsitzender des Landesfachausschuss Inneres. Eine gesetzliche Grundlage wäre zwar schön, „aber wenn wir noch nicht mal bei der Beamtenversorgung in der Lage sind, dass bestehende Gesetze von allen Bundesländern anerkannt werden, dann sollten wir uns erst mal diesen Fragen widmen und da versuchen auf einen Nenner kommen.“

Nicht nur mit Kurzwaffen

Genauso wie private Akteure in der Bundeswehr in vielen Bereichen gang und gäbe seien, könne sich auch die Sicherheitswirtschaft vorstellen, die Polizei mit Dienstleistungen zu unterstützen, erklärte



Trostpflaster für Familienkonservative

Das Betreuungsgeld soll 2013 unbedingt kommen – so will es die CSU gegen Widerstände beim Koalitionspartner FDP und in der CDU-Frauenunion. Die Opposition lehnt die „Herdprämie“ ohnehin ab.

Als 2007 die neue Elternzeit eingeführt wurde, war das eine politische Niederlage für die Verfechter der traditionellen Arbeitsteilung

Dann aber sprudelten die Steuereinnahmen unerwartet stark, von der Leyen war längst ins Arbeitsministerium gewechselt und bekam mit Kristina Schröder eine politisch schwache Nachfolgerin, die sich schon beim Ausbau des Elterngeldes nicht hatte durchsetzen können. Die CSU holte ihr Lieblingsprojekt Betreuungsgeld aus der Schublade, die FDP murrte, wird aber dafür nicht die Koalition aufs Spiel setzen. Sozialdemokraten, Grüne und Linke monieren, hier würden Milliarden verschwendet, die beim Ausbau der öffentlichen Einrichtungen fehlten.



Betreuungsgeld – eine gerechte Ausgleichszahlung?

Foto: Christian Ohde/dpa

zwischen den Geschlechtern. Nicht nur, dass Vätern ein „Wickelvolontariat“ nahegelegt wurde, wie ein bayerischer Politiker die obligatorischen „Partnermonate“ verspottete. Auch an die Mütter sendete die damals zuständige Ministerin Ursula von der Leyen eine klare Botschaft: Wir unterstützen euch großzügig, ihr bekommt ein Jahr lang eine Lohnersatzleistung! Danach bleibt ihr aber nicht wie früher zu Hause, sondern geht wieder Geld verdienen! Die Arbeitgeber, die in Zeiten des Fachkräftemangels qualifizierte Frauen im Betrieb halten wollen, applaudierten.

Die Christdemokratin von der Leyen, die einen ursprünglich sozialdemokratischen Vorschlag nach skandinavischem Vorbild umsetzte, konnte auf die Unterstützung der politischen Opposition hoffen. Die eigene Fraktion stimmte zwar für ihren Entwurf, war aber höchstens zur Hälfte überzeugt. Als Trostpflaster diente das schon vor fünf Jahren in Aussicht gestellte Betreuungsgeld, von Kritikern despektierlich „Herdprämie“ genannt. Mütter, die ihr Kind nicht in Krippen oder Tagesstätten geben wollten, sollte der Staat ab 2013 finanziell unterstützen. Eine Beruhigungsspielle, von der drei Viertel der Abgeordneten hofften, sie würde später an der Haushaltslage scheitern.

Dann aber sprudelten die Steuereinnahmen unerwartet stark, von der Leyen war längst ins Arbeitsministerium gewechselt und bekam mit Kristina Schröder eine politisch schwache Nachfolgerin, die sich schon beim Ausbau des Elterngeldes nicht hatte durchsetzen können. Die CSU holte ihr Lieblingsprojekt Betreuungsgeld aus der Schublade, die FDP murrte, wird aber dafür nicht die Koalition aufs Spiel setzen. Sozialdemokraten, Grüne und Linke monieren, hier würden Milliarden verschwendet, die beim Ausbau der öffentlichen Einrichtungen fehlten.

Vor allem die westlichen Flächenländer bleiben bisher weit hinter der vereinbarten Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren von mindestens 35 Prozent zurück. In den Schulen wird zwar mit Übermittagsbetreuung experimentiert; von einem flächendeckenden und verlässlichen Ganztagsystem, das auch die lange Ferienzeit überbrückt, kann aber keine Rede sein. Wo die entsprechenden Angebote fehlen oder nicht ausreichen, sind es meist immer noch die Mütter, die sich für die Familie und gegen ihren Beruf entschei-



Thomas Gesterkamp ist Autor von Büchern zu familien- und geschlechterpolitischen Themen, unter anderem „Gutesleben.de – Die neue Balance von Arbeit und Liebe“ (Klett Cotta) und „Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere“ (Budrich Verlag).

den. Die Ernährerehe unterstützt der Staat schon beim Ehegattensplitting und bei der Mitversicherung von nicht oder geringfügig erwerbstätigen Frauen in der Krankenkasse. Gegen zusätzliche Subventionen für ein geschlechterpolitisch überholtes Modell sprechen aber nicht nur finanzielle Gründe. Noch gewichtiger sind bildungspolitische Argumente. „Herdprämien“ sind gerade in einkommensschwachen Milieus der falsche Anreiz. Für arme Kinder aus Hartz-IV-Haushalten und aus vielen Migrantenfamilien ist der Besuch öffentlicher Betreuungseinrichtungen eine Chance zur Emanzipation. Erziehungswissenschaftler und auch manche Politiker fordern gar eine Kindergartenpflicht. Solcher Zwang muss gar nicht unbedingt sein: Wenn eine Mutter unbedingt zu Hause bleiben und den Nachwuchs privat erziehen will, sei ihr das gegönnt. Nur bezahlen muss der Staat ihr diese Leistung nicht.

Thomas Gesterkamp

GdP-Frauen fordern, statt ein Betreuungsgeld einzuführen, sollten die Mittel besser in den dringend erforderlichen Ausbau der frühkindlichen Bildung und Kinderbetreuung investiert werden.

Eltern mit geringen Einkommen sollen künftig nicht entscheiden müssen, ob sie Geld ausgeben um ihre Kinder in die Krippe zu schicken oder ob sie Geld bekommen, um die Kinder daheim zu versorgen.

Das Betreuungsgeld widerspricht außerdem den Zielen der Bundesregierung die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen und den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu steigern, da es eine längere berufliche Auszeit unterstützt!

Das Betreuungsgeld ist eine Geldleistung des Staates und soll ab 2013 in einer Höhe von 100 Euro pro Monat an Eltern gezahlt werden, die ganz bewusst auf einen Krippenplatz verzichten und Kinder in der Familie betreuen. Das Betreuungsgeld soll 2014 auf 150 Euro steigen und für Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr gezahlt werden.

Dagmar Hölzl, Vorsitzende Frauengruppe (Bund)



DGB warnt vor Kollaps

Schöneberger Forum sucht Wege aus dem Sparzwang im öffentlichen Dienst

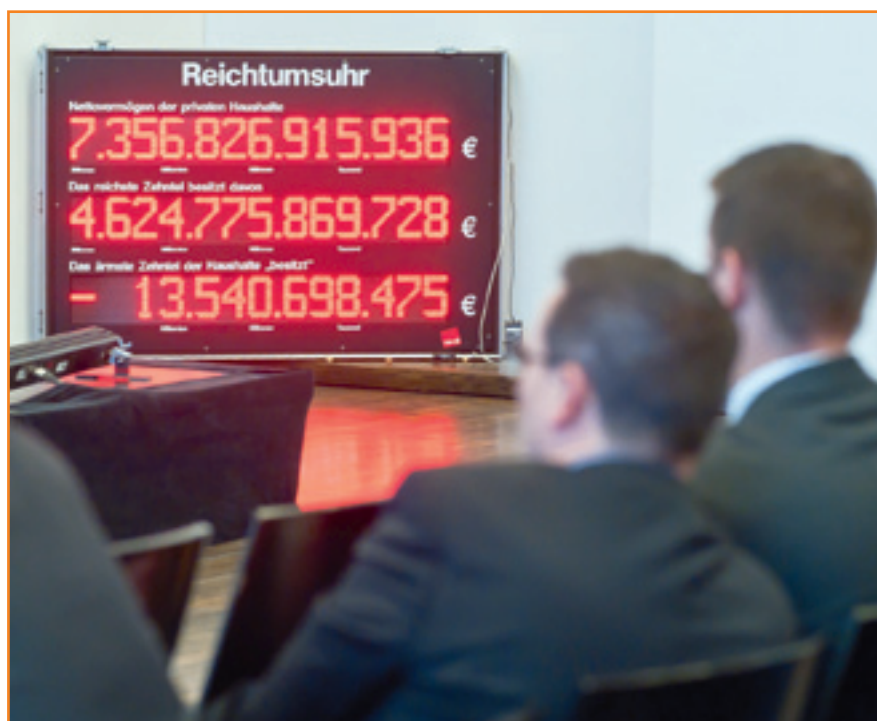
Reiche sollen stärker für das Gemeinwesen aufkommen. Der Staat brauche mehr Steuereinnahmen, forderten Gewerkschafter beim Schöneberger Forum in Berlin und erhielten Unterstützung aus der Wissenschaft. Schuldenbremse und Einsparungen hingegen brächten das Funktionieren öffentlicher Aufgaben in Gefahr. Über die Folgen des Sparzwangs im öffentlichen Dienst und Wege aus der Finanznot diskutierten 400 Teilnehmerinnen und -teilnehmer der DGB-Tagung im Schöneberger Rathaus unter dem Titel „Ausgebremst! Der öffentliche Dienst vor dem Kollaps?“.

Dienstes oder der Bildungsinfrastruktur dürfe nicht wegen der Schuldenbremse oder Steuersenkungen beschränkt werden. „Der Staat hat eine gesamtgesellschaftliche Führungsrolle“, betonte der Direktor des Instituts Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen. „Alle neoliberalen Phantasien vom schwachen Staat haben sich als schwerster Irrtum mit sozialen Folgen erwiesen“, kritisierte er.

Der DGB fordert eine Abkehr von der Sparpolitik in Bund und Ländern infolge der europäischen Finanz- und Staatsschuldenkrise. DGB-Vorstand Claus Matecki warnte beim Schöneberger Forum in Berlin vor den Folgen, die er in einer „katastrophalen öffentlichen Daseinsvorsorge“, verstärktem Personalabbau und „menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst“ sieht.

Die Gewerkschaften setzen der Politik des Sparens Vorschläge entgegen, die höhere öffentliche Einnahmen erzielen sollen. „Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sehen ein Einnahmeproblem“, sagte Matecki auf der beamtenpolitischen Tagung des DGB. Sie sprechen sich für Steuern auf Vermögen, Erbschaften und Gewinne privater Unternehmen aus. „Diejenigen, die dazu in der Lage sind, müssen das Gemeinwesen tragen“, forderte Matecki und unterstrich: „Der öffentliche Dienst ist die Grundlage für ein demokratisches Gemeinwesen und eine funktionierende solidarische Gesellschaft. Der öffentliche Dienst darf nicht kaputtgespart werden.“ Er kritisierte besonders die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse, die es Bund und Ländern in Zukunft weitgehend verbietet, neue Kredite aufzunehmen. Sie verhindere in konjunkturell schwierigen Zeiten notwendige Investitionen der öffentlichen Hand. Das Instrument verstärke den Spardruck auf die öffentlichen Haushalte, bekräftigte der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Rudolf Hickel. Sparzwang und Wirtschaftsabschwung mündeten in einen Teufelskreis, in dessen Folge weite Teile des öffentlichen Dienstes nicht mehr aufrechterhalten werden könnten.

Werner Gatzler vom Bundesfinanzministerium widersprach: Die Schuldenbremse berücksichtige Konjunkturzyklen. „Sie zwingt uns nicht, in konjunkturell schwierige Zeiten hinein zu sparen“, erklärte



Die „Reichtumsuhr“ auf dem Schöneberger Forum.

der Staatssekretär. Sparen bedeute in der aktuellen Situation nicht, dass Ausgaben reduziert würden, erläuterte Gatzler. Es gehe darum, die Ausgabenzuwächse zu begrenzen. Deutschland müsse jetzt die Defizite zurückführen, die in der Finanz- und Wirtschaftskrise entstanden seien. „Wir sehen erste Ergebnisse, ohne dass strikt Ausgaben gespart würden“, sagte Gatzler. Der Bundeshaushalt verzeichne in diesem Jahr nur 22 Milliarden Euro an neuen Schulden statt der ursprünglich geplanten 48.

Rudolf Hickel kritisierte neoliberale Steuerpolitik, derzufolge sich der Staat verhalten müsse wie die schwäbische Hausfrau. Die Finanzierung des öffentlichen

Finanzpolizei vorgeschlagen

Hickel forderte eine Diskussion über die Frage: Was sind zentrale Aufgaben des Staates und wie hoch sind die dafür erforderlichen Ausgaben? Er schlug eine Steuerreform mit höherem Spitzensteuersatz vor und unterstützte die Einführung einer Vermögenssteuer. Hickels Argument: „Wer Vermögen hat, nimmt mehr staatliche Leistungen in Anspruch, zum Beispiel für Sicherheit.“

Staatssekretär Gatzler kann sich nach eigenem Bekunden eine Vermögenssteuer vorstellen, politisch sieht er jedoch keine



Mehrheit dafür. Eine Absage erteilte er dem Vorschlag der GdP für eine Finanzpolizei, die Zoll und Steuerfahndung verzahnen würde. „Die jetzige Struktur ist gut“, sagte er zur Begründung. Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Jörg Radek drückte sein Unverständnis darüber aus, dass das Finanzministerium Vorschläge ablehnt, die zu Mehreinnahmen führen würden. Nach Auffassung der GdP könnte eine Finanzpolizei illegale Beschäftigung und Steuerhinterziehung besser bekämpfen. Gatzert beschied jedoch: „Mehr Personal würde nicht zu mehr Einnahmen führen.“

Gewerkschafter wiesen darauf hin, dass Deutschland im internationalen Ländervergleich mit 14 Prozent den niedrigsten Anteil an Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst habe. In der Bundesverwaltung müssen auf Beschluss der Bundesregierung 10.000 Stellen bis 2014 wegfallen. Weiteren Abbau von Personal hielt Gatzert nicht für vertretbar. „Wir sind am Ende angekommen bei pauschalen Stellenkürzungen“, befand der Jurist. Auch seine Amtskollegin aus dem Bundesinnenministerium, Cornelia Rogall-Grothe, lehnte prozentuale Einsparungen „nach dem Rasenmäherprinzip“ ab und plädierte für ein „differenziertes“ Vorgehen. So sei etwa der Bereich öffentliche Sicherheit von den Einsparungen ausgenommen worden. Als Zeichen dafür, „dass wir die Dinge mit Augenmaß sehen“, führte Rogall-Grothe außerdem an, dass den Bundesbeamtinnen und -beamten das Weihnachtsgeld wieder gewährt werde.

Weniger alte Einbrecher

Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU) zufolge macht die demographische Entwicklung Personalabbau unvermeidbar. Die Bevölkerung schrumpft und altert. Wenn weniger Kinder zur Schule gehen, würden zwangsläufig weniger Lehrer gebraucht. Die Polizei bekomme weniger zu tun, weil „70-Jährige nicht mehr so oft in Kioske einsteigen“.

Rogall-Grothe ließ nicht unerwähnt, dass der Stellenabbau eine Kraftanstrengung für die Beschäftigten sei. Sie sah den öffentlichen Dienst jedoch nicht vor dem Kollaps. Er stehe „sehr gut da“. Der öffentliche Dienst müsse Einsparungen „aus den Strukturen heraus“ erreichen durch effizientere und effektivere Abläufe, sagte die Staatssekretärin. Als Beispiel aus ihrem Geschäftsbereich nannte sie die Prozessbibliothek, in der bewährte Verfahrensabläufe gesammelt und für die Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden.

Laut Achim Meerkamp vom ver.di-



Prof. Rudolf Hickel: „Der Staat hat eine gesamtgesellschaftliche Führungsrolle.“

Bundesvorstand geht die Verwaltungsmodernisierung auf Kosten der Beschäftigten. Sie müssten immer mehr leisten, weil Arbeitsplätze abgebaut, aber Strukturen nicht verändert würden. „Nur an Symptomen zu arbeiten, reicht nicht“, kritisierte er. „Wir wollen an die Ursachen ran.“ Trotz Überlastung funktioniere das System, was auf die hohe Identifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückzuführen sei. Meerkamp verlangte eine Perspektive, damit der öffentliche Dienst attraktiv für Beschäftigte bleibe. Für Möllring ist das eine Frage dessen, wie sich der öffentliche Dienst selbst darstellt.

Aus Rogall-Grothes Sicht birgt Arbeitsverdichtung auch Chancen. Bediensteten biete sich die Möglichkeit, ihren Arbeitsbereich zu erweitern. Nicht nur übermäßige Belastung führe zu psychischen Erkrankungen, bemerkte Rogall-Grothe, in vielen Fällen sei Unterforderung der Auslöser. Junge Menschen kommen ihrer Erfahrung nach in den öffentlichen Dienst, weil sie sich für das Gemeinwohl einsetzen möchten und dort gute Rahmenbedingungen vorfinden wie etwa Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Minister Möllring gab sich zuversichtlich, dass auch die Länder wieder zu einheitlichen gesetzlichen Grundlagen für die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten wie im Bund zurückkehren. „Ich bin der Meinung, dass wir das Beamtenrecht wieder vereinheitlichen müssen“, sagte er.

Folgen der Sparpolitik: Sicherheit in Gefahr

Nach Darstellung von Fachleuten haben die Haushaltskürzungen bei der Polizei ein bedrohliches Maß erreicht: Sie gefährden die Gesundheit der Beschäftigten und die innere Sicherheit. Der Polizei fehle zunehmend Personal und Ausstattung, um die Sicherheit des Landes weiter zu garantieren, warnte der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut im Forum „Notruf Polizei! Kernbereiche des öffentlichen Dienstes im Sparszwang“. 10.000 Dienstposten sind Witthaut zufolge bereits abgebaut worden, mit der Einsparung weiterer 10.000 Stellen sei zu rechnen. Die alltägliche Kriminalitätsbekämpfung rücke in den Hintergrund. „Der Schutz der Bürger im Alltag kommt zu kurz“, bekannte Witthaut. Personalmangel führe dazu, dass die Zeiten vom Notruf bis zum Eintreffen der Polizei länger wer-



DGB-Vorstand Claus Matecki: „Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sehen ein Einnahmeproblem.“

den, ergänzten Zuhörer. In ostdeutschen Regionen könne die Polizei frühestens nach 45 Minuten am Ort eines Einbruchs sein.

Personalmangel verstärke auch die dienstliche Belastung und den Leistungsdruck, berichtete Witthaut. Er kritisierte, dass Länder mit besserer Personalpolitik wie Nordrhein-Westfalen (NRW) gleichwohl unter dem Sparszwang litten. Die Polizei aus NRW reise durch die Republik, um Länder zu unterstützen, die Großeinsätze



nicht mehr mit eigenen Kräften bewältigen können.

Die Bundespolizei hat nach Aussage von Prof. Gerd Strohmeier die Grenze der Belastbarkeit zum Teil deutlich überschritten. Laut einer Befragung des Chemnitzer Wissenschaftlers im Auftrag der GdP bewerten drei Viertel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Arbeitsbelastung als hoch oder sehr hoch. Ein Großteil der 40.000 Beschäftigten ist frustriert. In dieser Situation wirkten sich Haushaltskürzungen verheerend für Gesundheit und innere Sicherheit aus, sagte Strohmeier.

Referenten und Besucher des Forums monierten als wesentliches Problem, dass die Politik keine Aufgabenkritik vornehme. Witthaut forderte: „Über die Mindeststandards für die öffentliche Daseinsvorsorge muss diskutiert werden.“

Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende, warnte, die Sparpolitik im öffentlichen Dienst „geht auf die Knochen der Beschäftigten“. Zum Beleg führte die Gewerkschafterin Zahlen an: Die Fehlzeiten wegen Krankheit sind in der Bundesverwaltung innerhalb eines Jahres um 1,42 Arbeitstage gestiegen. Die Quote erreichte 2009 laut Gesundheitsförderungsbericht sieben Prozent – der höchste Anstieg in einem Jahr seit 1998. Demnach fehlen an



jedem Arbeitstag im Durchschnitt mehr als 18.900 Menschen wegen Krankheit.

Zähes Ringen um Gesundheitsförderung

Zu ihrem Bedauern musste Sehrbrock feststellen, dass öffentliche Arbeitgeber

Stellvert. GdP-Bundesvorsitzender Jörg Radek: Nach Auffassung der GdP könnte eine Finanzpolizei illegale Beschäftigung und Steuerhinterziehung besser bekämpfen.

trotz der angeführten Zahlen kaum Gesundheitsprävention betreiben. Sie zeigte sich enttäuscht über die Umsetzung der vom DGB 2009 mitunterzeichneten „Initiative zur Förderung des Gesundheitsmanagements in der Bundesverwaltung“. Es gehe nur „schleppend voran“, beklagte sie im Forum „Einsparungen – Personalabbau – Arbeitsverdichtung. Folgen der Sparpolitik für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst“.

Udo Kertz, Vorsitzender des Hauptpersonalrats im Bundesgesundheitsministerium, bestätigte: „Wir sind die einzigen, die für den gesamten Geschäftsbereich was Vorzeigbares haben.“ Doch bis zu einer Vereinbarung zu betrieblichem Gesundheitsmanagement sei es „ein zähes Ringen“ gewesen. Kertz zufolge fehlten das Bewusstsein und die Befürworter. „Gesundheitsmanagement ist mit Mehrarbeit verbunden, die muss im Wesentlichen die Verwaltung leisten.“ Ex-Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) habe dazu vermerkt „kw - künftig wichtig“. Kertz kam auch auf die Kosten zu sprechen: „Nirgendwo in den Ministerien gibt es einen Titel für Gesundheitsförderung. Das Geld



**Friedhelm Nachreiner, Dr. Eberhard Baden und Jörg Radek (v. r.) im Forum VI „Die Personalvertretung als Krisenmanager. Möglichkeiten der Mitbestimmung bei Arbeitsverdichtung“ – moderiert vom verantwortlichen Redakteur der Fachzeitschrift „Der Personalrat“, Michael Kröll (2 v. l.).
Fotos: Simone Neumann**



wird aus Fortbildung oder Haushaltsresten genommen.“

Höhere Zulagen für Schichtdienste

Dr. Hans Hofmann, Abteilungsleiter im Bundesinnenministerium, zeigte Möglichkeiten auf, um den Einsparungen zu begegnen. Eine Schlüsselrolle dabei falle der Fortbildung zu. „Vorgesetztenfähigkeit ausbilden“ lautete eines der Stichworte – u. a. als Reaktion auf den erhöhten Krankenstand. Denn der Grund dafür liege manchmal im Verhalten der Führungskräfte. Der Bund investiere auch in arbeitserleichternde Technik und in Personalgewinnung. Er wende 57 Millionen Euro auf, um Fachkräfte konkurrenzfähig bezahlen zu können. Ein Gesetz zur Fachkräftegewinnung ermöglicht es, jungen Computerspezialisten monatlich bis zu 690 Euro mehr zu zahlen. Hofmann kündigte weitere Zulagen an, u. a. sollen die „besonderen Belastungen“ durch Schicht- und Wechseldienst bei Zoll und bei der Bundespolizei besser honoriert werden. Für diese Reform würden „mindestens 15 Millionen Euro“ aufgewendet. Heinfried Keithahn von der GdP Bremen merkte an, dass nicht nur an Zulagen für leistungsfähige Beschäftigte gedacht werden dürfe. Er beklagte, dass es kaum noch Verwaltungsstellen gebe, um Menschen einzusetzen, die wegen gesundheitlicher Einschränkungen nicht mehr im Einsatzdienst arbeiten können.

Wie Personalvertreter Gesundheitsmanagement fördern und bei belastenden Arbeitsbedingungen eingreifen können, war Thema im Forum „Die Personalvertretung als Krisenmanager. Möglichkeiten der Mitbestimmung bei Arbeitsverdichtung“.

Friedhelm Nachreiner, Vorsitzender der Gesellschaft für Arbeits-, Wirtschafts- und Organisationspsychologische Forschung, empfahl die gesetzlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten bei Veränderungen in der Gestaltung der Arbeit und der Arbeitsab-

läufe. Er nannte zum einen die gesetzlich vorgeschriebenen Gefährdungsbeurteilungen sowie Betriebsvereinbarungen zwischen Dienstherr und Personalrat, z. B. zu Arbeitszeiten. Rechtsanwalt Dr. Eberhard Baden schränkte die Aussichten auf Erfolg jedoch ein. Gesundheitsschutz und „Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistungen“ seien zwar mitbestimmungspflichtig, in der gerichtlichen und behördlichen Praxis würden die Voraussetzungen zur Mitbestimmung jedoch stark restriktiv ausgelegt. „Greifen Sie sich Arbeitszeit und Arbeitsplatzausstattung“, riet er Personalräten.



Bernhard GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut:
„Der Schutz der Bürger im Alltag kommt zu kurz.“

Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Jörg Radek sprach sich dafür aus, intensiver und öffentlichkeitswirksamer auf die Legislative einzuwirken. In die gesetzgebenden Parlamente müsse die Kunde getragen werden: Mittelkürzung ist Arbeitsverdichtung, und Arbeitsverdichtung bringt Verschlechterung. Dem einzelnen Abgeordneten müsse bewusst gemacht werden, dass er die Folgen von Kürzungen mitverantwortet.

Anwalt Baden sah Lobbyarbeit über die Gewerkschaften als den richtigen Weg an. Der Personalrat solle Informationen aus den Dienststellen an die Öffentlichkeit bringen. Falls deren Leitung sich „nicht reinregieren lassen will“, sollen die Gerichte angerufen werden.

Barbara Haas

Grundsatzprogramm der GdP wird überarbeitet

Der 24. Ordentliche Bundeskongress der GdP (November 2010 in Berlin) beauftragte den Bundesvorstand, das auf dem 19. Ordentlichen Bundeskongress (Oktober 1990 in Frankfurt) beschlossene Grundsatzprogramm der GdP zu überarbeiten. Der Antragsteller war der Auffassung, das Programm sei nach 20 Jahren deutlich in die Tage gekommen und bedürfe einer Runderneuerung. Die Berliner Delegierten schlossen sich letztes Jahr dieser Auffassung an.

Den damit verbundenen Auftrag haben sich Jörg Radek und Jörg Bruchmüller, beide Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, gleichermaßen auf ihre Fahne geschrieben – und in der GdP-Bundesgeschäftsstelle eine Steuerungsgruppe gegründet, die von deren Geschäftsführerin Alberdina Körner (in Personalunion gleichzeitig Chefin der Grundsatzabteilung) geleitet wird.

Der Kongressantrag, der als Arbeitsmaterial angenommen wurde und damit verfahrenstechnisch noch mit Leben zu erfüllen war, sieht mehrere Schritte bis hin zur fertigen Auflage des Grundsatzprogramms vor. Im ersten Schritt sollten unter „Einsatz“ der GdP-Bundesfachausschüsse die Elemente des Grundsatzprogramms und eines aus dem Jahr 2004 stammenden Workshop-Papiers, dem Grundsatzcharakter zugeschrieben wird, festgestellt werden. Also Aussagen, denen eine besonders hohe Relevanz beizumessen ist und solche, die dringend überarbeitungsbedürftig erscheinen. Diese Arbeit, die mit Hilfe empirischer Erfassungs- und Auswertemethoden erfolgt ist, hat bereits ihren Abschluss gefunden. Dabei hat sich gezeigt, dass der eingeschlagene Weg, auf diese Weise festzustellen, worauf die Vertreter der Länder besonderen Wert legen, richtig war. Denn die Auswertungen haben in der Tat der Schwerpunktsetzung gedient und damit geholfen, die vor uns stehenden Arbeiten sinnvoll und zweckmäßig zu strukturieren.

Die o.a. Steuerungsgruppe wird Mitte Januar tagen, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Ein großer Spielraum besteht hierzu allerdings nicht, denn der Kongressantrag schreibt vor, einige Arbeitsgruppen mit dem Programm zu befassen. Wie dies geschehen kann, wer daran teilnimmt, wann und wo die AG's tagen werden, hat die Lenkungsgruppe zu diskutieren und schließlich auch zu entscheiden. Soweit der Sachstand zu den Arbeiten am GdP-Grundsatzprogramm.

Hans-Jürgen Marker



Der Probelauf in Trier

Das Polizeipräsidium Trier ist die erste Behörde in Rheinland-Pfalz, bei der der Digitalfunk eingeführt wird. Nach den Fragen zu den gesundheitlichen Risiken (DP 12/11) wollen wir im folgenden Artikel über den erweiterten Probetrieb (ePB) beim PP Trier berichten.

Nachdem am 28.5.2011 der ePB im Abschnitt Trier offiziell begonnen wurde, konnte in den folgenden sechs Monaten das Zusammenspiel der einzelnen technischen Elemente erstmals in Rheinland-Pfalz unter praxisnahen Bedingungen erprobt werden. Insbesondere auf die Leitstellentechnik

einem hochmodernem Digitalfunknetz nicht einfach werden würde, war uns durchaus bewusst. Dass es bei diesem Umstieg naturgemäß auch zu berechtigten Kritikpunkten kommt, liegt in der Natur der Sache, zumal in Einzelfällen die gewohnten Standards nicht mehr zur Verfügung standen. Der Umstand, dass bereits zu Beginn des ePB nicht alle Dienste und Funktionen uneingeschränkt genutzt werden konnten, mag man kritisieren, darf aber dabei nicht außer Acht lassen, dass hierdurch der Einstieg auch erleichtert wurde und die Nutzerinnen und Nutzer nicht überfordert wurden.

Angestrebt wurde ein sanfter Übergang in den technischen Wirkbetrieb, unter Beibehaltung der Möglichkeit, jederzeit auf Analogfunk umzuschalten, bis alle Teile des Gesamtnetzes – vom Endgerät über die Basisstationen und Vermittlungsstellen bis hin zu den Leitstellen und den Nutzerinnen und Nutzern – unter praxisnahen Bedingungen ihre Funktionsfähigkeit und Interoperabilität unter Beweis gestellt hatten.

In drei jeweils zwei Monate andauernden Phasen liefen während des ePB vorher genau definierte Prozesse ab. In der sogenannten Stabilitätsphase stand die Systemtechnik im Vordergrund. Hier wurde

z.B. geprüft, ob sich das Funkgerät nach dem Einschalten automatisch in die richtige (Heimat-)Gruppe einbucht, ob sich die Gruppen im Gerät schalten lassen, ob eine störungsfreie Kommunikation in den gewählten Gruppen möglich und die notwendige Versorgungsgüte vorhanden ist. Gerade im Netzabschnitt Trier wurden die Polizeibeamtinnen und -beamten funktechnisch bislang nicht besonders verwöhnt. So versorgte rein rechnerisch bislang in der analogen Welt eine Relais-

station eine Fläche von 275 km², während dies nunmehr im digitalen Zeitalter nur noch 53 km² sind. Von daher war das Interesse herauszufinden, ob und wo es noch Funklöcher gibt, sehr groß.

In der zweiten Phase erfolgten bereits koordinierte funktions- und dienstorientierte Tests. Die Testumfänge zielten gegenüber den bisherigen unstrukturierten Tests auf personell und räumlich größere Einsatzszenarien ab. Dazu zählten Funkübungen auf örtlicher und Kreisebene, Marschübungen zur strukturierten Exploration des Versorgungsbereichs und der gezielte Einsatz des DMO/TMO-Gateways.

In der dritten Phase sollten die Einzelmaßnahmen der vorangegangenen Phasen weiter strukturiert und intensiviert werden. In diesem finalen Abschnitt des ePB wurde auch eine großflächige Funkübung mit hohem Personal- und Geräteinsatz BOS-intern und BOS-übergreifend durchgeführt, um das Digitalfunknetz damit einem sogenannten Stresstest zu unterziehen. Von großer Wichtigkeit war auch die Feststellung des Netzverhaltens in der Bewegung, dort speziell bei höheren Geschwindigkeiten auf Bundesautobahnen.

Die Ergebnisse aus den jeweiligen Phasen wurden in Workshops mit den beteiligten BOS erörtert, erforderliche Maßnahmen identifiziert und soweit möglich zeitnah umgesetzt. Im letzten Workshop stimmten alle Beteiligten dem Übergang in den technischen Wirkbetrieb zu, sodass dieser am 15. Dezember 2011 beginnen konnte.

Die Anpassungs- und Optimierungsphase wird permanent andauern, sodass die Anwenderinnen und Anwender auch weiterhin aufgerufen sind, der Autorisierten Stelle, die den Betrieb des Digitalfunks in Rheinland-Pfalz organisiert, Mängel und Probleme zu melden.

Die GdP in Trier hat sich nach gut einem halben Jahr ePB mit der Frage beschäftigt: „Wie kommt der Digitalfunk bei den Kolleginnen und Kollegen in der Praxis an?“ Dazu sagten uns Kolleginnen und Kollegen vor Ort, dass es noch die ein oder andere Problemstellung gebe: so wird allgemein die Qualität der Handendgeräte gelobt, klein kompakt und sehr gut im Empfang. Funklöcher gibt es offensichtlich immer noch, aber im Endeffekt auf sehr geringem Niveau. Einzelne Kollegen nehmen die neue Technik zwar



Analoges Altgerät (l.) und mobiles Endgerät

wurde ein besonderes Augenmerk gelegt, ging Rheinland-Pfalz doch erstmals mit einem extra selbstentwickelten Konzentrador an den Start.

Das Ziel des ePB lag insbesondere auch in der „Feinjustierung“ der technischen Komponenten in Relation zu den Erwartungen und Bedürfnissen der Nutzer.

Dass der Umstieg von einem über viele Jahre ganz stringent auf die BOS-spezifischen und lokalen Anforderungen zugeschnittenen Analognetz hin zu



2012 – Alle Termine im Griff...

... mit dem VDP-Kalenderprogramm



4,20 €

Polizeiterminer 2012

Ein Terminer der Spitzenklasse im Format 17 x 23 cm. Speziell auf den Bedarf der Polizei zugeschnitten!

- Übersichtliches Kalendarium
- Dreimonatsübersicht auf jeder Doppelseite
- Strapazierfähiger Umschlag
- Hochwertige Verarbeitung
- Elegantes Outfit



4,50 €

Polizeikalender 2012

Der Taschenkalender im praktischen DIN-A6-Format (10 x 14 cm).

- Jahrbuch und Nachschlagewerk in einem
- Zahlreiche Übersichten und Tabellen
- Wie immer mit dem bewährten „Polizei-ABC“
- Weitere redaktionelle Beiträge zu den Themen „Die Entwicklung des Fahrerlaubnisrechts“ und „Der Digitalfunk kommt“



10,90 €

Cartoon-Wandkalender Polizei 2012

25 Jahre Jubiläums-Edition

Seit nunmehr 25 Jahren lädt der beliebte Cartoon-Wandkalender im Format 40 x 56,5 cm zum Schmunzeln ein.

- 12 der besten großformatigen farbigen Cartoons aus mehr als zwei Jahrzehnten zu „polizei(un)typischen“ Situationen
- Versehen mit einer Wire-O-Bindung, sodass Sie Blatt für Blatt umschlagen können
- Ideal als Geschenk zu Weihnachten und zum Jahreswechsel – nicht nur für Polizeibeschäftigte

Zu unserem 60-jährigen Verlagsjubiläum bieten wir Ihnen folgende

Jubiläums-Angebote

Paket 1:
Alle 3 Kalender
zusammen für nur

15,00 €



Paket 2:
Polizeiterminer und
Polizeikalender für nur

6,00 €



Tipp: Alle Preise zuzüglich Versandkosten von 3,50 €, die ab einem Auftragswert von 50,00 € entfallen. Sparen Sie Geld, indem Sie sich einer Sammelbestellung bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) oder Ihrer Dienststelle anschließen – oder organisieren Sie selbst eine Sammelbestellung mit Ihren Kolleginnen und Kollegen. Buchhandelsbestellungen sind nicht möglich.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

nur sehr zögerlich an, Beschwerden wegen Verständigung, blechernem Klang, relativ lauter Stimmlage werden hier angeführt. Die Anbringung in Kopfhöhe und damit die evtl. Belastung wird dagegen nicht diskutiert. Die sogenannte „Gateway-Schaltung“ sei im Einsatzfalle zu kompliziert einzustellen. Die Funktion sollte

über einen einfach zu bedienenden „Notknopf“ erfolgen.“ Grundsätzlich kann bis zum heutigen Zeitpunkt von einer durchgehenden Zufriedenheit ausgegangen werden.

Ein Erfahrungsaustausch und Austausch über Problemstellungen ist durch die Projektgruppe gewährleistet, so dass

davon ausgegangen werden kann, dass auftretende Probleme auch schnell gelöst werden können.

(Mit freundlicher Unterstützung der Projektgruppe und Kolleginnen und Kollegen des PP Trier; Kürzungen aus Platzgründen erforderlich) **Josef Schumacher**

Interne Telefonie entlastet gesamten Funkverkehr

Wir wollten nicht nur auf die Erfahrungen einzelner Kolleginnen und Kollegen im erweiterten Probetrieb (ePB) zurückgreifen, sondern auch die Erfahrung der Projektgruppe Digitalfunk entsprechend einbringen, Leiter der Projektgruppe Digitalfunk Rheinland-Pfalz/Polizei ist Reiner Hamm. Josef Schumacher befragte ihn nach dem gegenwärtigen Stand, nach Erfahrungen und Problemen im Zusammenhang mit dem Probelauf:

Das PP Trier wurde als erste Behörde für den Probetrieb auserkoren. Wie verliefen der Aufbau bzw. die Einführung – auch vor dem Hintergrund, dass man im Süden Deutschlands allenthalben von heftiger Gegenwehr seitens der Bevölkerung hört?

Seit Juni 2011 können die rheinland-pfälzischen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) im Großraum Trier neben dem bisherigen Analogfunk auch den neuen digitalen TETRA-Funk nutzen. Mit insgesamt 94 Basisstationen wurde zugleich die bislang größte Anzahl von Standorten in ganz Deutschland zusammenhängend in Betrieb genommen. Nicht ohne Grund hatte man sich zu Beginn der Planungen entschieden, den Netzaufbau in der Region Trier zu beginnen. Insbesondere die Eifel mit ihren Bergen und Tälern zählt zu den geografisch anspruchsvollsten Gebieten in ganz Deutschland, was sich in der mehr als unbefriedigenden Analogfunkversorgung in weiten Bereichen widerspiegelte. Fehlende Funk- und auch Handyreichbarkeiten hatten bei zahlreichen Einsatzlagen in der Vergangenheit immer wieder zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen bei der Hilfeleistung geführt.

Um die weitestgehend flächendeckende Versorgung sicherzustellen, mussten zunächst die optimalen Standorte für die Basisstationen gefunden werden. In der überwiegenden Mehrheit wurden bereits bestehende Masten für eine Mitnutzung ausgewählt, nur in Einzelfällen waren Neubauten erforderlich.

Die Bevölkerung steht der Einführung des Digitalfunks grundsätzlich positiv gegenüber. Nur in Ausnahmefällen gab es Einwände gegen einzelne geplante Standorte. Ursache für diese Gegenwehr ist die Befürchtung, dass durch die Mobilfunkstrahlung Gesundheitsschäden bei der Bevölkerung auftreten könnten.

Die Projektgruppe Digitalfunk Rheinland-Pfalz begegnet dem Thema elektromagnetische Verträglichkeit zur Umwelt

trag gegeben (London, Imperial Collage). Wie sieht es bei uns aus? Auch durch die BDBOS wurde meiner Kenntnis nach Studien in Auftrag gegeben.

Nach dem heutigen Stand der Wissenschaft gibt es keine Beweise dafür, dass sich die bei TETRA verwendeten Funkwellen nachteilig auf die Gesundheit auswirken können, solange die bestehenden Grenzwerte eingehalten werden. Einige Nachbarstaaten wie Belgien, die Niederlande und Großbritannien nutzen bereits seit einiger Zeit TETRA-Netze für ihre Sicherheitsbehörden und begleiten die Nutzung mit Forschungsstudien.

Ergänzend zu den vorhandenen wissenschaftlichen Arbeiten hat die BDBOS zwei Studien in Auftrag gegeben, die den Einfluss der TETRA-Endgeräte bei den Nutzerinnen und Nutzern, d.h. den Einsatzkräften, untersucht, um das Vertrauen der Nutzer in diese Technologie auch langfristig zu stärken. Die Themen der Studien wurden vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) empfohlen, das auch die Koordinierung übernommen hat. Die Beschreibung finden

Sie unter (www.bfs.de/de/bfs/forschung/dm_forschung/studien_tetra). Ergebnisse der Studien stehen voraussichtlich ab 2013 zur Verfügung.

Im Zusammenhang mit der Einführung des TETRA-Digitalfunks in Großbritannien wurden einige Aufsätze veröffentlicht, die mögliche gesundheitliche Einflüsse durch TETRA nahelegen. Wissenschaftlich anerkannte Studien stützen diese Ergebnisse bislang nicht.

Wie sind die ersten Erfahrungen im Umgang mit TETRA hier vor Ort aus deiner Sicht? Gibt es beim Probetrieb erkennbare Probleme?



Trageweise beim Fahrer im Funkwagen – wegen des Sicherheitsgurts

Fotos: Schumacher

(EMVU) mit großer Offenheit. In mehreren öffentlichen Veranstaltungen wurde interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Wirkungsweise elektromagnetischer Felder und deren Eigenschaften erklärt. Dabei wurden auch die bereits im Rahmen des Netzaufbaus und im Betrieb selbst getroffenen Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz erläutert.

Bei der Digitalfunk-Einführung 2001 in England und Wales kamen dort Gesundheitsbeeinträchtigungen bei Kolleginnen und Kollegen auf, die offenbar im Zusammenhang mit dem Digitalfunk standen; hierzu wurde eine Studie in Auf-





Reiner Hamm, Leiter der Projektgruppe Digitalfunk Rheinland-Pfalz/Polizei

Der in drei Phasen gegliederte Erweiterte Probetrieb (EPB) befindet sich in Rheinland-Pfalz seit Anfang Oktober 2011 in der dritten Phase, in der unter anderem koordinierte Tests, mobile Funkübungen und Lasttests vorgesehen sind. Jeweils zum Ende der ersten beiden Phasen fanden Workshops mit allen am ePB beteiligten BOS statt, in denen die bisherigen Erfahrungen ausgetauscht und Optimierungsmöglichkeiten diskutiert wurden. Die Rückmeldungen der Anwenderinnen und Anwender ist überwiegend positiv. Gelobt werden insbesondere die verbesserte Sprachqualität und die leichte Handhabung der Geräte. Bemängelt wurden vielfach die Freisprecheinrichtungen in den Streifenwagen. Die Ursache hierfür wurde inzwischen identifiziert und wird in Kürze in allen betroffenen Fahrzeugen behoben werden.

Ein Hauptärgernis des alten Analogfunks waren die sogenannten Funklöcher – sind diese nunmehr ausgemerzt? Oder muss noch nachgebessert werden?

Die Planung des Netzes und die Berechnung der flächendeckenden Funkversorgung erfolgt mit Hilfe topographischer Modelle am Computer. Die bisherigen Messungen bestätigen die Korrektheit dieser Planungen, wobei die Versorgung in der Realität oftmals sogar besser ist als berechnet. Dennoch kann eine theoretische Planung niemals die Bedingungen der Wirklichkeit zu 100 % darstellen. Deshalb sind Prüfungen vor Ort unentbehrlich. Nur so können die tatsächlich vorhandenen Bedingungen erhoben und mit den Vorgaben verglichen werden. Negative Abweichungen von den Soll-Werten können dann gegebenenfalls



Zwei Endgeräte: das HRT Digitalfunk (I.) und das 4 m-Analoghandgerät.

durch geeignete Maßnahmen vor Ort korrigiert werden.

BOS-spezifisch wird die Netzversorgung durchaus differenziert gesehen. Während zum Beispiel die Polizeibeamtinnen und -beamten, die im Vergleich zum Analogfunk wesentlich verbesserte Netzabdeckung begrüßen, beklagen in einzelnen Gemeinden Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr eine Verschlech-

terung der Empfangsbedingungen. Dies ist zumeist dort der Fall, wo mit großem Aufwand lokal eng begrenzte Inzellösungen geschaffen wurden. Die Funkversorgung im TETRA-Netz gewährleistet demgegenüber eine bundesweit flächendeckende Versorgung in 96 % der Gesamtfläche, was naturgemäß auch unversorgte Bereiche beinhaltet. Derzeit werden aufgrund der eingegangenen Meldungen und eigener Messungen die unversorgten Bereiche identifiziert und Lösungserfordernisse geprüft. Durch technische Veränderungen an den bestehenden Standorten kann dann gegebenenfalls je nach Sachlage eine bessere Netzabdeckung erreicht werden.

Gab es schon Einsätze, wo das Netz überlastet war?

Die Projektgruppe Digitalfunk Rheinland-Pfalz hatte mit den am ePB teilnehmenden BOS im Vorfeld vereinbart, dass größere Übungen und Einsätze gemeldet werden, um speziell zu diesen Zeiten ein gezieltes Netzmonitoring zu betreiben. Der bislang größte Einsatz unter Verwendung des Digitalfunks fand vom 27.- 29. Juli 2011 unter Federführung des Polizeipräsidiiums Trier mit rund 50 teilnehmenden Polizeibeamtinnen und -beamten, dem Zoll und Kolleginnen und Kollegen aus Luxemburg, Frankreich und Belgien statt – eine Großkontrolle des gewerblichen Reise- und Güterverkehrs.

Der gesamte Funkverkehr wurde, da an der grenznahen Kontrollstelle weder Analogfunk noch deutsches Mobilfunknetz verfügbar war, über das Digitalfunknetz abgewickelt. Überraschend war dabei, dass eine der neuen Möglichkeiten, die interne Telefonie, so selbstverständlich genutzt wurde, als hätte es diese Funktion schon immer gegeben. Im Ergebnis beeinflusste diese zusätzliche Kommunikationsmöglichkeit das einsatztaktische Geschehen in sehr positiver Weise. Gerade bei Gefahrguttransporten ist es immer wieder erforderlich, Details zur Fracht und deren gesetzlich vorgeschriebener Kennzeichnung zu erfragen, was üblicherweise dann den Funkverkehr nicht unerheblich belastet. Da die interne Telefonie aber die Gruppenkommunikation nicht tangiert, führte diese Option zu einer großen Entlastung des gesamten Funkverkehrs.

Die Auswertungen der dabei entstandenen Netzlast belegten im Nachhinein, dass trotz intensiver Nutzung die Auslastung selbst in Spitzenzeiten maximal bei rund 35 % lag.

Das Gespräch führte Josef Schumacher



VERKEHRSPOLITIK

GdP-Verkehrsforum – zum Dritten

Die Gewerkschaft der Polizei plant derzeit die dritte Auflage eines Verkehrsforums.

Die GdP wird sich im nächsten Jahr auf ihrem dritten Verkehrsforum um ein für sie zwar nicht neues, aber zumindest in dieser Weise dargebotenes Thema kümmern, nämlich um die Frage, welche Mittel und Stoffe geeignet sind, eine Fahruntüchtigkeit im Straßenverkehr herbeizuführen, welche Grenzwerte gelten sollen und wie man einschlägige Verfehlungen am besten – möglichst gerichtsverwertbar – messen und sichern kann. Kurzum, es geht um die Einnahme von Alkohol, (klassischen) Drogen und Medikamenten beim Führen von Straßenfahrzeugen und um die Möglichkeiten gerichtsverwertbarer Beweisführungen außerhalb der Blutprobenentnahme.

Das Design des GdP-Verkehrsforums wird nach den derzeitigen Planungen dem

des Deutschen Verkehrsgerichtstags, der alljährlich in Goslar stattfindet, vergleichbar sein. D. h. die ca. 100 Teilnehmer des Forums haben die Gelegenheit, in vier Arbeitsgruppen gewisse thematische Fragestellungen zu diskutieren und anschließend eine Empfehlung an den Bundesvorstand der GdP abzugeben. Das Ganze wird umrahmt von sachdienlichen Leitvorträgen aus Politik und Wissenschaft.

Arbeitsgruppen gibt es zu folgenden Themen:

AK I: Genuss alkoholischer Getränke bzw. anderer alkoholhaltiger Substanzen

Mit der Fragestellung: Welcher Grenzwert für die absolute/relative Fahruntüchtigkeit beim Führen von Straßenfahrzeugen ist der richtige?

AK II: Welche Substanzen sollen beim Führen von Straßenfahrzeugen als Drogen gelten und welche Grenzwerte für die absolute/relative Fahruntüchtigkeit sind zu setzen?

AK III: Stellt die Einnahme von Medikamenten durch Führer von Fahrzeugen ein Problem für die Straßenverkehrssicherheit dar? Mit der Fragestellung: Welche Medikamente sind hierzu geeignet? Darf es Ausnahmen für medikamentenpflichtige Erkrankte geben? Welche Grenzwerte für die absolute/relative Fahruntüchtigkeit sollen gelten? Und schließlich, wie ist die Einnahme entsprechender Substanzen gerichtsverwertbar nachzuweisen?

AK IV: Sind die marktgängigen Atemalkoholtestgeräte mittlerweile „reif“ für den Gerichtssaal bei festgestellter absoluter Fahruntüchtigkeit?

Das III. Verkehrsforum der GdP findet am 24. und 25. April 2012 in Potsdam statt. Die Teilnehmer werden von ihren Landesbezirken und Bezirken entsandt. Eine direkte Anmeldung beim Veranstalter (GdP-Bund) ist leider nicht möglich.

Hans-Jürgen Marker

STREIT UM DIE RUSSENMÜTZE

NRW-Polizisten müssen nicht mehr frieren

Anders als in fast allen anderen Bundesländern steht den Beamten des Wach- und Wechseldienstes in NRW im Winter nur die Russenmütze zur Verfügung, wenn sie sich gegen die Kälte schützen wollen. Die Mütze stößt aber weder bei den Polizisten, noch in der Bevölkerung auf Akzeptanz. Weil die Verhandlungen des Hautpersonalrats mit dem Innenministerium über die Einführung einer neuen Wintermütze gescheitert sind, hat der GdP-Landesbezirk NRW jetzt zur Selbsthilfe gegriffen. Unter dem Motto „Die GdP lässt niemanden in der Kälte allein“ wurden am 30. November zeitgleich an etlichen Orten in NRW 5.000 Wollmützen an die Kolleginnen und Kollegen verteilt, die den Schutz am nötigsten haben, die Beamten des Wach- und Wechseldienstes, die bei Wind und Wetter ihren Dienst draußen versehen. Das Wort „Polizei“ steht vorne auf der Mütze eingestickt, an der Seite prangt das GdP-Logo.



Start der Aktion Wintermütze am 30.11.2011 in Düsseldorf

Foto: GdP

Die Aktion war nicht nur von einem großen Medieninteresse begleitet, sondern auch von Erfolg gekrönt. Am 8. Dezember hat die vom Hauptpersonal-

rat angerufene Einigungsstelle entschieden, dass den NRW-Polizisten in Zukunft neben der Russenmütze eine Fleecemütze als Alternative zur Verfügung gestellt werden muss. Welche Mütze getragen wird, können die Kolleginnen und Kollegen selbst entscheiden. „Ohne den massiven Widerstand der GdP gegen die ungeliebte Russenmütze hätte es diesen

Erfolg nicht gegeben“, zeigte sich GdP-Landesbezirksvorsitzender Frank Richter mit der Entscheidung der Einigungsstelle zufrieden.

Stephan Hegger



VEREINBARKEIT

Familienbewusste Schichtarbeit

Schichtarbeit stellt in jeder Hinsicht eine Herausforderung für das persönliche und betriebliche Zeitmanagement dar. Die 17 % Schichtbeschäftigten in



Deutschland haben es besonders schwer, ihr Arbeits- und Privatleben in Einklang zu bringen. Hinzu treten die seit langem bekannten Schwierigkeiten, Schicht- und Dienstpläne gesundheitsförderlich, ergonomisch und alter(n)sgerecht zu gestalten.

Die neue DGB-Broschüre „Familienbewusste Schichtarbeit“ verbindet bestehende Empfehlungen für die Schichtgestaltung und zeigt anhand von Beispielen und Umsetzungsstrategien, wie Schichtarbeit familienbewusster gestaltet werden kann.

Die Broschüre kann unter <https://familie.dgb.de/++co++cb9a8056-218c-11e1-5115-00188b4dc422> heruntergeladen werden oder über den DGB Bestellservice unter www.dgb-bestellservice.de (in Kürze) bestellt werden (für 1 Euro Schutzgebühr).

Christina Stockfisch

18. Internationale Polizei-Skimeisterschaft in Ofterschwang, Allgäu

vom 16.-18.3. 2012



Ein Winter-Highlight der besonderen Art, mit Sport für Jedermann (Alpin, Nordisch, Kombination und Mannschaftspokal) einer Schnee-Bar für alle und Party pur mit tollen Bands!



Liebe Kolleginnen und Kollegen (Dienstgruppen und Dienststellen),

überlegt nicht lange, tragt Eueren Urlaub, Überstunden oder Freizeit rechtzeitig ein und meldet Euch umgehend an!

Seit dem Winter 1992/93 haben sich unsere Skimeisterschaften bestens etabliert und sind für die meisten gar nicht mehr wegzudenken. Wer einmal daran teilgenommen hat, kommt garantiert wieder und bringt Freunde, Bekannte oder die ganze Familie mit.

Nähere Einzelheiten (Anmeldeformulare, Quartiere u.v.m.) gibt es im Internet unter www.swbayern.de

Die Organisatoren freuen sich auf Euch!



Gemeinde Ofterschwang

089/57 83 88 22 • www.swbayern.de



Mitgliederservice der GdP Sozialwerk der GdP Bayern GmbH

Hansastraße 17/1
80586 München
Tel. 089 / 57 83 88 22
Fax 089 / 57 83 88 21
www.swbayern.de

BFA-SCHUTZPOLIZEI:

Neuer Vorsitzender gewählt

Bei der letzten Sitzung des Bundesfachausschuss „Schutzpolizei“ wurde Rainer Schlipat (Landesbezirk Berlin) zum neuen Vorsitzenden einstimmig gewählt. Rainer Schlipat war zuvor Stellvertretender Vorsitzender. Zum neuen Stellvertretenden Vorsitzenden wurde Reiner Mader (Landesbezirk Bayern) gewählt

und zum Schriftführer Björn Neureuter (Landesbezirk Rheinland-Pfalz).

Das zuständige Bundesvorstandsmitglied Jörg Bruchmüller beglückwünschte den neuen Vorstand. Der langjährige Vorsitzende des BFA „Schutzpolizei“ Lothar Hölzgen (Landesbezirk Hessen) trat nicht

mehr an. Auch ihm dankte Jörg Bruchmüller für die jahrelange gute Arbeit.

Der Bundesfachausschuss für die Schutzpolizei kümmert sich um Themen, die polizeipraktischer Natur sind und nicht in den Spezialsparten Arbeitsschutz, Ausstattung & Technik, I & K - Technik, Beamtenpolitik etc. enthalten sind.

Speziell befasst sich der Ausschuss insbesondere mit Informationen über Arbeitszeitbestimmungen, Schicht-/Nachtarbeit, Wach- und Wechseldienst wie auch mit aktuellen Themen rund um die Schutzpolizeien der Länder.

Im Geschäftsführenden Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei ist Jörg Bruchmüller für das Sachgebiet „Schutzpolizei“ verantwortlich. **TM**



BFA KRIMINALPOLIZEI: Zusammenarbeit der Landesfachausschüsse ist wichtig

Außergewöhnlich, weil bereits zur zweiten diesjährigen Sitzung hat sich der Bundesfachausschuss Kriminalpolizei (BFA K) am 2. und 3.11.2011 in Berlin getroffen. Bereits im Frühjahr hatte es eine Sitzung in Berlin gegeben. Dort wurde eindeutig beschlossen, dass die Zusammenarbeit der Landesfachausschüsse im BFA weiterhin für wichtig und alternativlos halten. Wir haben zunächst eine neue Geschäftsordnung beschlossen und dann einen neuen Vorstand gewählt.: Der neue Vorsitzende des BFA K ist Norbert Meiners (Saarland). Stellvertreter ist Gerhard Knorr (Bayern).

In der Folge hatten wir alle Gelegenheit, Lageberichte aus unseren Ländern auszutauschen. Einigkeit herrscht insbesondere in einem Punkt: Sparzwang und Personalabbau in der Polizei. Mehrere Vertreter berichteten, dass gleichzeitig die polizeilichen Aufgaben und Anforderungen steigen.

In der nächsten Zeit wird der BFA K sein Hauptaugenmerk auf folgende Themen richten: Drogen/Alkohol, Jugendkriminalität, Extremismus. Gegenwärtig werden

nach längerem Diskussionsprozess, zwei Positionspapiere – „Bekämpfung der Roter Kriminalität“ und zur „Organisierten

Kriminalität“ – erarbeitet. Weitere Themenschwerpunkte in diesem Zusammenhang waren u.a. Cyber-Crime, internationale Rechtshilfe, Vermögensabschöpfung, Prostitutionsgesetz. Die Position der GdP wird in einem Katalog von Forderungen Ausdruck finden.
Rolf Strehler



Fachthemen erörtert: Der BFA Kriminalpolizei tagte in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle (v. l. Oliver Malchow, Sascha Braun, Norbert Meiners).
Foto: MIZI

Reise & Erholung

Mittlerer Schwarzwald
Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos, 50-90 m², für 2-6 Pers., ab 35 €/Tag, (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem Schwarzwaldtal viele interessante Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark, Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Tiberger Wasserfälle) in nächster Umgebung und **Natur pur**. Hausprospekt unter Tel. 0 78 23 / 9 65 65, Fax 9 65 66 www.mittelschwarzwald.de
Sie werden begeistert sein!

Waging am See (Oberbayern)
Bauernhof, Pony's, komf. Fewos****
Tel. 0 86 81 / 5 22, www.hirhof.de

Ostfriesland / Nordsee
Kollege bietet komf. FeWo (100 m²/3 SZ.), ab 2 Pers. 40,- €/ Tag, in 26524 Hage, Tel. 0 49 31 / 7 44 03 www.ferienwohnung-waltraut.de

Berliner FeWo Villa Mahlsdorf
Tel. 0 30 / 56 58 58 58 oder 01 79 / 4 93 68 42

Franken, bei Bamberg, walddreiche Gegend, Lift, Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 139,- €. Zur Sonne, 96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

Nordseeküste/Neßmersiel
Top-Fehs/FeWo am Meer!
0 23 92/6 41 05, www.Nordseewoge.de

wasser-craft
rafting wassersport center
Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour,
1x grillen am Lagerfeuer und
2 UF / Pension DU-WC
Preis pro Person ab € 155,-
office@rafting-oststal.at
www.rafting-oststal.at
Telefon: 0043 3552 6721

Dahme – Ostsee
Ferienhäuser und Ferienwohnungen
www.strandurlaub-dahme.de

Ferienhaus in Mittelschweden, schwedisches Holzhaus, 60 m², 40 km nördl. des Vätternsees. Ausstattung: Waschm./TR., Gefrierschrank, Sat-TV, Angeln, Boot, Naturfreibäder. Preis 300 €/Woche.
Tel.: 0 41 54/55 52 0.
www.ferienhaus-schweden-koencke.de

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax: 0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

TIROL: „Wintertraum“ SEE-ISCHGL
Urgemütliches, freundliches u. sehr komfortables Hotel Garni (FW u. Komfortzimmer) lädt zum Verweilen ein. Schöne Aufenthaltsräume, Tagesbar, Sauna, Softbad, Infrarotkabine, Solarium, Hobbyraum, Massagen usw. machen Sie fit für den nächsten Wintertag. Eines der schönsten Skigebiete der Alpen mit über 360 Pistenkilometern verlangt Ihnen alles ab. Längste Naturrodelbahn Tirols, Winterwanderweg, Schneeschuhwandern, Langlaufen uvm. Gemeinsamer Skippass mit Ischgl, Samnaun, Galtür, Kappell u. See. **Pauschalangebote inkl. Unterkunft u. Skipass, stark ermäßigte Preise f. Kollegen u. Familien!**
Info: Hotel Garni BERGWELT, A-6553 See 19
Tel.: 00 43-54 41-83 97, Fax: -8397-19
E-Mail: bergwelt@aon.at,
Homepage: www.bergwelt-see.at

MAURITIUS >NEU+EXKLUSIV<
Kollege bietet lux. App. u. Bung.-Anlage am Strand ab 75,- € p. P./Tag/inkl. HP, Tel. 0 21 58/40 08 05, Fax 40 46 71 www.mauritius-traumvilla.de

Bayerischer/Oberpfälzer Wald
Exkl. FeWo ab 30 Euro/Tag, Tel.: 0 99 72/15 60 www.ferienwohnung-gruber.de

Ostsee
Exkl. FeWo. in neuem Haus in Sierksdorf, 60-90 m², EBK, direkte Strandlage, Seeblick, Hansapark, auch f. Gruppen. Erm. Kollegenpreise.
Tel.: 0 45 63/70 21, Fax: 0 45 63/70 22
jochen.lipke@online.de

SPANIEN: Costa Dorada
– Südl. Tarragona –
Preisgünstiger Urlaub im Ferienhaus bis 4/5 Pers. in kleiner gemütl. deutsch. Ferienanl. mit großem SW-Pool, Grill, Gästebar mit TV. Hunde sind willkommen.
E-Mail: los-vagos@gmx.net,
Infos: www.los-vagos.de,
Tel.: 00 34/9 77 17 05 29

Sylt/Westerland
Kollege vermietet FeWo, 40 m², zentral (Friedrichstr.), strandnah (Promenade 2 Min.), bis 3 Pers., Saisonpreise ab 49,- Euro
Tel.: 01 73-665 1306
E-Mail: berndjuergensen@versanet.de

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf
CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof, Zolkollege bietet komf. Fewos für 2-6 Pers. in schöner Jugendstiltvilla, Fahrradverleih
Fam. Zein, Tel.: 03 58 44/7 27 23
www.heidehof-jonsdorf.de

INSELN IM INDISCHEN OZEAN
kl. priv. Anlagen mit Kollegentarifen ab € 45,- p. P./Tag
Tel. 0 21 58/4 01 82 91
www.inseln-im-indischen-ozean.de

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Südstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarnfamily.de



Familienpflegezeitgesetz in Kraft

Am 1. Januar 2012 ist das Familienpflegezeitgesetz (FPfZG) in Kraft getreten. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, neben einer Beschäftigung die Pflege eines pflegebedürftigen nahen Angehörigen auszuüben.

Ein Rechtsanspruch auf die Familienpflegezeit besteht nicht, sondern erfolgt im Rahmen einer freiwilligen Vereinbarung zwischen Beschäftigtem und Arbeitgeber.

Beschäftigte können ihre Arbeitszeit für die Dauer von bis zu 24 Monaten auf einen Mindestumfang von 15 Stunden pro Woche reduzieren.

Während der Pflegezeit wird das durch

ein Guthaben, das entweder im Vorfeld (in der sogenannten Vorpflegephase) oder im Nachhinein (in der sogenannten Nachpflegephase) aufgebaut wird.

Der Normalfall wird sein, dass das Wertguthaben erst im Nachhinein, also in der Nachpflegephase aufgebaut wird, da die Pflegebedürftigkeit von Angehörigen in der Regel unerwartet eintritt.

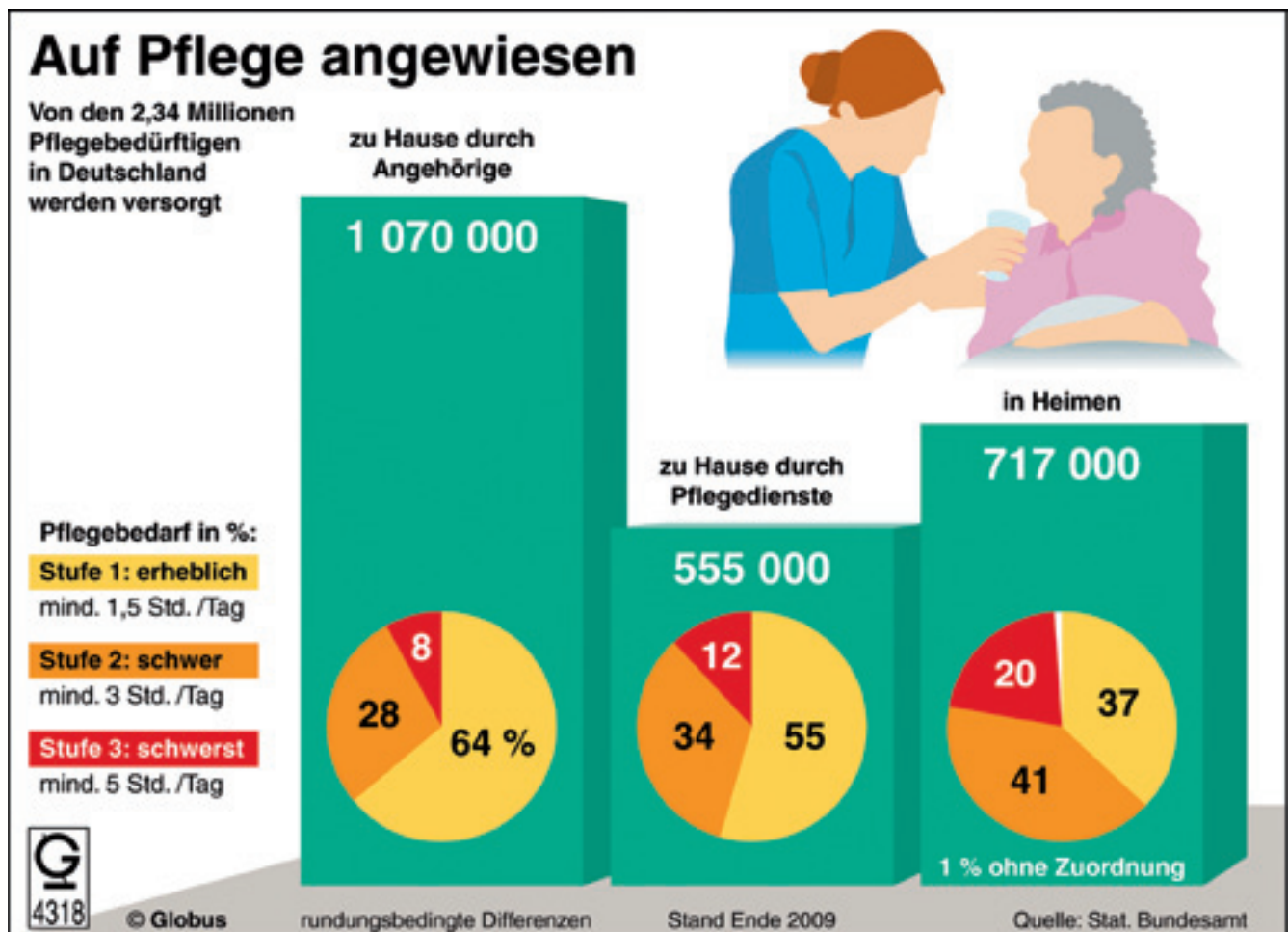
Da der Arbeitgeber damit in Vorleistung

den können, sind Angehörige, die bereits im Pflegezeitgesetz genannt sind. Dabei handelt es sich um Eltern, Schwiegereltern, Großeltern, Ehegatten, Lebenspartner, Geschwister, Kinder, Schwieger- und Enkelkinder, Adoptiv- und Pflegekinder und Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft.

Während der Familienpflegezeit besteht für die pflegenden Beschäftigten Kündigungsschutz.

Wegen Fragen zur Rentenversicherungspflicht während der Pflegezeit sollte die zuständige Pflegekasse eingeschaltet werden, damit die Rentenversicherungspflicht geprüft werden kann.

Es gibt positive, wie negative Äußerungen zu dem neuen Gesetz. <http://sozialversicherung-kompetent.de>: „Mit dem



die Arbeitszeitreduzierung entfallene Arbeitsentgelt vom Arbeitgeber um 50 Prozent aufgestockt. Ein Beispiel:

Während der Pflegephase 50 % Arbeit, 75 % Arbeitsentgelt. Nach der Pflegephase: 100 % Arbeit, 75 % Arbeitsentgelt.

Die Entgeltaufstockung erfolgt durch

gegenüber seiner/m Beschäftigten tritt, besteht für ihn die Möglichkeit, ein zinsloses Darlehen beim Bundesamt für Familien und zivilgesellschaftliche Aufgaben zu beanspruchen.

Nahe Angehörige, die im Rahmen des Familienpflegezeitgesetzes gepflegt wer-

Familienpflegezeitgesetz versucht der Gesetzgeber ein weiteres Arbeitszeitmodell zu schaffen, welches die Erwerbstätigkeit und die Pflege von pflegebedürftigen nahen Angehörigen vereinbar macht. Durch die Familienpflegezeit werden die finanziellen Einbußen aufgrund der Arbeitszeitredu-



SOZIALPOLITIK

zierung abgemildert. Für die Arbeitgeber ergibt sich der Vorteil, dass diese die Erfahrung und Kompetenz ihrer Mitarbeiter wegen der Pflege von Angehörigen nicht vollständig verlieren.“

Andere sehen das anders: Anlässlich der Expertenanhörung zum Familienpflegezeitgesetz am 19.9.2011, forderten DGB, Deutscher Frauenrat, Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, Verband binationaler Familien und Partnerschaften und Zukunftsforum Familie die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in einer gemeinsamen Erklärung auf, das parlamentarische Verfahren zu nutzen und einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeiten im Gesetz zu verankern. In der Erklärung heißt es:

„Wer Familienpflegezeiten schaffen will,

muss für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch schaffen, auf den sich die Beschäftigten berufen können. Alles andere ist umständlich und arbeitsrechtlich nicht zufriedenstellend.

Ohne einen Rechtsanspruch sind weder Beginn noch Ende der Familienpflegezeit ordentlich geregelt. Alle zu treffenden Vereinbarungen müssten in einer vom Gesetzgeber nicht näher definierten Übereinkunft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgehandelt werden. Und das in einer Zeit, in der sich die Beschäftigten unter der großen Belastung eines Pflegefalls in der Familie befinden.“

Die Unterzeichner fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, in den Ausschüssen ganz klare Regelungen zu erarbeiten:

• Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen Familienpflegezeiten gesetzlich in Anspruch nehmen können,

• der Kündigungsschutz muss entsprechend der Regelung im Pflegezeitgesetz bereits bei der Beantragung der Familienpflegezeit greifen, und im Falle des Todes des Pflegebedürftigen müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unmittelbar wieder auf ihr altes Arbeitszeitvolumen zurückkehren können ...“

Bereits im Juli 2008 trat das Pflegezeitgesetz (PflegeZG) in Kraft. Es gibt Beschäftigten die Möglichkeit, sich bei einer akut aufgetretenen Pflegesituation für maximal zehn Arbeitstage von der Arbeit befreien zu lassen. Eine andere Variante ist die vollständige oder teilweise Befreiung für die Dauer von maximal sechs Monaten. **kör**

Kapitalmarkt

BARGELD noch HEUTE!
Tel. 0201/22 1348
Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH Kredite von 1000–100 000 €.
• Laufzeit bis 240 Monate
• ohne Auskunfts bis 7 000 €
45127 Essen · Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Feststanzgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.



Top-Finanz.de · Nulltarif · 0800-33 10 332
Andreas Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite
Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.
Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:
IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

SEIT 20 JAHREN IHR FINANZPARTNER
RATEN ZU HOCH? JETZT CLEVER UMSCHULDEN
KREDIT - DARLEHEN? BESSER GLEICH ZU UNS
NULLTARIF: 0800 056 7836
BFS BEAMTENFINANZIERUNGSSERVICE
Paegelow & Partner GBR, Dorfstr.53, 13597 Berlin, Fax: 030 - 35 10 37 36
www.sonderdarlehen.de - info@sonderdarlehen.de

Wer Tausenden zu einem Platz an der Sonne verhilft, kann Millionen gewinnen.



low gibt es bei allen Banken, Sparkassen und der Post
Oder unter Tel 030 4 31 41
www.ard-fernsehlotterie.de

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD
0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER Mehrfachgenerallagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt · P. 3136 · 46314 Borken-Wesek

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamtendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
66150 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, Keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.



Tötungstrainer oder harmloser Zeitvertreib?

In der öffentlichen Diskussion zu Gefahren durch Videospiele haben sich zwischen den politischen Lagern der Befürworter und Kritiker tiefe Gräben gebildet. Es existieren viele extreme Ansichten, doch nur sehr wenig gutes Datenmaterial, um derartig starke Meinungen zu rechtfertigen. So schreiben die Forscher Lawrence Kutner und Cheryl Olson zu recht: „Wir begegneten einer großen Menge von wirren Gedankengängen, missbräuchlicher Nutzung wissenschaftlicher Daten und politischem Wahlkampfgetöse.“ Ein guter Grund also zu klären, was auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft wirklich ausgesagt werden kann.

bevorzugen, nutzen Mädchen stärker Party- und Geschicklichkeits- oder Denkspiele. Dennoch nannten auch 5 % der Mädchen intensiv-gewalthaltige Spiele als ihre Lieblingsspiele. Beobachtet man die jährlichen Computerspielemessen in Deutschland und die aktuellen Fachzeitschriften sowie Forendiskussionen im Internet, zeigt sich jedoch, dass diese Tendenzen sich verändern: Musik- und Bewegungsspiele lassen die Grenzen zwi-

Videospieler

Schon die öffentliche Darstellung von Video- und Computerspielern ist meist eher Meinungsmache als Realität. Immer wieder erliegen gerade Massenmedien der Versuchung, die Spieler als eigenbrödlische Jungen darzustellen. Der jüngste Bericht von einem großen deutschen Privatsender zur Gamescom-Spielemesse fügte sogar noch hinzu, die Spieler seien sozial derart inkompetent, dass sie keine Frauen ansprechen könnten und sich selten waschen würden. Erst als ein wahrer Proteststurm erfolgte, ruderte der Sender zurück und entschuldigte sich.

De facto zeichnen aktuelle Statistiken (2011) zur Nutzung von Computer- und Videospiele in Deutschland ein ganz anderes Bild: Eine für Deutschland repräsentative Befragung von 25.000 Konsumenten durch die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) kam zu dem Ergebnis, dass jeder dritte Deutsche mehrmals pro Monat Computer- und Videospiele spielt. Diese 23 Millionen Spieler entstammen recht gleichmäßig verteilt allen gesellschaftlichen Bildungsschichten und Einkommensgruppen. Und völlig unpassend zum öffentlich vermittelten Bild sind sie im Durchschnitt 31 Jahre alt. Noch dazu sind 44 % weiblich.

Fokussiert man auf die Rolle der Spiele für Jugendliche, dann geben die jährlichen und ebenfalls repräsentativen Basisstudien zum Umgang der 12- bis 19-Jährigen mit Medien einen guten Eindruck der Relevanz dieser Spiele für Jugendliche in Deutschland. Die vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest (mpfs) umgesetzten Studien zeigen auf, dass gut die Hälfte der Jungs und ein knappes Drittel der Mädchen täglich



Jugendlicher Spieler auf der Gamescom 2010 (@games.ch)

oder mehrfach pro Woche online Computer- und Konsolenspiele nutzen. Die geschätzte durchschnittliche Nutzungsdauer der Spieler liegt bei 80 Minuten an einem Werktag, wobei der Unterschied zwischen Jungen (104 Min.) und Mädchen (45 Min.) sehr deutlich ausfällt. Eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen (KFN) von 2009 gibt zudem einen Einblick in die Art der Spiele. Während Jungen neben Sport- und Rennspielen auch gewalthaltige Videospiele

schen Altersgruppen und Geschlechtern zunehmend verschwimmen.

Gewalthaltige Videospiele

Relevanter für diesen Beitrag sind gewalthaltige, oft als „Killerspiele“ bezeichnete Spiele. Doch schon die Eingrenzung dieses Begriffs bereitet arge Probleme. Obwohl er in Politik und Presse allzu gern genutzt wird, existieren nur vage



Über den Autor



Der Kriminologe Dr. Frank J. Robertz, Leiter des Instituts für Gewaltprävention und angewandte Kriminologie (IGaK) in Berlin, führt europaweit praxisorientierte Fortbildungen zur Prävention und Interventi-

on von Gewalt durch und verfasste neun Fachbücher – darunter auch ein Sachbuch unter dem Titel „Orte der Wirklichkeit. Über Gefahren in medialen Lebenswelten Jugendlicher“ (Springer Medizin Verlag, Heidelberg 2010). Nähere Informationen unter office@igak.org und www.igak.org

selbstzweckhafte und detaillierte Darstellungen von Gewalthandlungen, insbesondere von Mord- und Metzelszenen, dargeboten werden, wenn Medieninhalte Selbstjustiz als einzig bewährtes Mittel zur Durchsetzung nahe legen und wenn die Medieninhalte verrohend wirken oder Gewalttätigkeit bzw. Verbrechen anreizen.

Dabei unterliegen diese Wertungsprozesse natürlich auch gesellschaftlichen Veränderungen. Ein Beispiel: Den in Deutschland indizierten Spielen „Gears of War“ 1 & 2 folgte Ende September die Veröffentlichung des dritten Teils der Spieleserie. Zur allgemeinen Überraschung wurde das noch expliziter gewalttätige Spiel in Deutschland nicht durch die BPjM indiziert, sondern von der USK mit der mildereren Einstufung „ab 18 Jahre“ versehen. Als Begründung nannte Jürgen

cziks Aussage ohne weiteres sauber mit einer Vielfalt von unterschiedlichsten Studien belegbar. Doch müssen ein paar Einschränkungen beachtet werden: Wissenschaftliche Studien neigen dazu, der technischen Entwicklung hinterherzuhinken. Der Aufwand und die Gründlichkeit der Herangehensweise bedingt zumeist, dass die genutzten Spiele bei Drucklegung der Studie schon wieder längst veraltet sind. Bei den schnellen Veränderungen von einer groben „Klötzchengrafik“ zu fast fotorealistischen Spielumgebungen und einer immer emotionaleren und tabubrechenden Erzählweise der Spiele müssen ältere Ergebnisse heutzutage als fragwürdig betrachtet werden. Noch dazu gibt es erhebliche methodische Probleme. Man kann keineswegs davon ausgehen, dass man 10 verschiedene Jugendliche ein beliebiges gewalthaltiges Spiel spielen

und praktisch unbrauchbare Kriterien, um zu unterscheiden, ob es sich bei einem spezifischen Spiel um ein Killerspiel handelt, oder nicht. Ein pragmatischer Weg aus diesem Problem könnte es sein, die Einschätzungskriterien deutscher Jugendschutzbehörden zu nutzen. Die Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) kennzeichnet Spiele mit verpflichtenden Alterseinstufungen. Gemäß Jugendschutzgesetz darf ein Spiel Jugendlichen in der Öffentlichkeit nur dann zugänglich gemacht werden, wenn es für das Alter des jeweiligen Jugendlichen freigegeben ist. Zudem ist die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) in der Lage, Spiele zu indizieren – also die Abgabe und Verbreitung einzelner Spiele einzuschränken. Solche indizierten Spiele dürfen nicht mehr beworben und Jugendlichen nicht zugänglich gemacht werden. Werfen wir daher einen Blick auf die konkreten Kennzeichen, die ein Spiel nach Meinung der Prüfstellen als so gewalthaltig erscheinen lassen, dass der Zugang für Jugendliche eingeschränkt werden muss.

Im Juni dieses Jahres veröffentlichte die USK ihre Leitkriterien. In Bezug auf den Aspekt „Gewalt“ wird dabei etwa bewertet, ob Gewalt das einzige Mittel der Konfliktlösung ist, inwiefern Gewalt legitimiert und belohnt wird, ob gewalthaltigen Inhalten Sinn zugeschrieben wird und wie deutlich die Folgen der Gewalthandlungen dargestellt werden. Relevant sind dabei u.a. die Darstellung von Blut, Verletzungsfolgen oder die Möglichkeit, Gliedmaßen von Gegnerfiguren abzutrennen.

Die BPjM indiziert die Spiele, wenn

Positive Wirkungen

Vom Fokus auf das Gefährdungspotential der Spiele abgesehen, gibt es natürlich auch Studien, die diesen Spielen positive Konsequenzen zuweisen. Jene Studien sind ungerechtfertigterweise in aller Regel weit weniger bekannt. Sie belegen eine Stärkung der Sozialkompetenz, ein Anwachsen des Selbstvertrauens und eine höhere Kreativität bei Problemlösungen. Auch die Koordination zwischen Hand und Raum, die Orientierung, visuelle Intelligenz und visuelle Erinnerung werden demzufolge durch das Spielen verbessert.

Hilse, der ständige Vertreter der Landesjugendbehörden bei der USK, die geringere Anzahl menschenähnlicher Gegner, und argumentierte gleichzeitig, dass die Vorbehalte gegen Killerspiele in Deutschland immer mehr abnehmen würden.

Effekt gewalthaltiger Videospiele

Wenn wir diesen Kriterien der Prüfstellen folgen, lässt sich unterscheiden, welche Spiele von Fachkräften als gefährlicher für unsere Jugendlichen angesehen werden. Nun ist es wichtig herauszufinden, worin diese Gefährdung eigentlich besteht. Der Kernsatz einer Metaanalyse im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend klingt zunächst wenig besorgniserregend. Prof. Dr. Michael Kunzick fasst darin zusammen: „Manche Formen von Mediengewalt können für manche Individuen unter manchen Bedingungen negative Folgen nach sich ziehen.“ Das klingt deutlich anders als die lautstarken und vollmundigen Äußerungen, die wir aus der Presse gewohnt sind. Als ein hervorragender Wissenschaftler ist Kun-

lässt und das Ergebnis immer gleich ist. Wie schon die Kriterien der USK und BPjM andeuten, müssen die konkreten Medieninhalte betrachtet werden. Je nach Ausmaß und Grad der expliziten Darstellung von Gewalt, der Attraktivität des Gewalttäters, der Rechtfertigung von Gewalt, dem Realitätsgehalt der Darstellung usw. unterscheidet sich auch die Wirkung. Diese Variablen sind aber innerhalb von Spielen und sogar je nach subjektivem Spielerleben völlig unterschiedlich. Auch die Einflüsse des Umfelds, wie etwa Familie, Schule, Freunde oder die realen Gewalterfahrungen eines Jugendlichen verändern die Wirkung – von Faktoren der Person selbst, wie intellektuelle Fähigkeiten und Persönlichkeitseigenschaften ganz zu schweigen.

Hochrisikospieler

Die Medienwirkung von verschiedenen Killerspielen auf verschiedene Jugendliche unterscheidet sich also ganz erheblich. Weder wirken alle Medieninhalte gleich, noch ist jeder Nutzer eines Mediuminhalts von dessen möglichen Effekten gleich



GEWALTHALTIGE VIDEOSPIELE

betroffen. Konsequenterweise forschte Jeanne B. Funk intensiv, wie sich denn die „Hochrisikogruppe“ erkennen lässt. Sie kam zu dem Schluss, dass bereits vorhandene Charakteristika von Spielern in Verbindung mit ihren Spielgewohnheiten negative Auswirkungen haben können. Charakteristika fand sie bspw. im Alter (jünger als 11 oder 12), in exzessiver Nutzung (2+ Stunden/Tag), in geringen

zur Wirkung der Spiele auf Aggression, Empathie und prosoziales Verhalten (2010) darauf hin, dass es bei einem derart vielfältig beeinflussten Phänomen wie der Aggression auch keinen einzelnen Faktor mit extrem hoher Erklärungskraft geben kann. Es gibt dutzende bekannter Risikofaktoren für das Auftreten kurzzeitiger Aggression und auch für die Entwicklung zu einem grundlegend aggressiven In-

Begehen von schweren zielgerichteten Gewalttaten an Schulen hätte.“

Fazit

Erneut gilt also, dass wir die Spiele keineswegs als alleiniges Übel für Jugendgewalt ansehen können – erst recht nicht so, wie es uns Presse und Politik oft vorgaukeln will. Allerdings besteht eine zumindest schwache Beziehung zwischen den Spielen und dem Anwachsen von Aggression bei Jugendlichen mit bestimmten Vorprägungen.

Eine konkrete Konsequenz für den Alltag lautet somit, dass es nicht zu einem grundsätzlichen Schreien der Alarmglocken führen sollte, wenn unsere Kinder ein Computerspiel geschenkt haben wollen. Es gibt zahlreiche prosozial ausgerichtete und harmlose Party-, Geschicklichkeits-



Spiel „Gears of War 3“ (Quelle des Screenshots: gearsofwar.xbox.com)

Problemlösungskompetenzen und Frustrationstoleranzen, sowie in Problemen der Stimmungsregulation und dem Aufwachsen in gewalttätigen Umgebungen.

Ursache oder Wirkung?

In jüngster Zeit wird nun der etwas gewagte Versuch unternommen, die Wirkung von gewalthaltigen Videospielen in Zahlen zu fassen. Geht man davon aus, dass eine „sehr starke kausale Beziehung“ den Wert „1“ repräsentiert und „gar keine Beziehung“ den Wert „0“, dann finden aktuelle Metastudien sehr geringe Effektstärken – bspw. beziffert Patrick Markey diesen Wert mit 0,17. Nur wenn Menschen bestimmte Anlagen mitbringen, wenn sie etwa keine gute Impulskontrolle haben und starken Stimmungsschwankungen unterliegen, steigt dieser Wert auf 0,25.

Was bedeutet das nun konkret? Die messbaren Effekte sind extrem gering, doch weist Craig Anderson in der aktuell besten und umfassendsten Metastudie

dividuum. Vergleicht man die Wirkung von gewalthaltigen Videospielen mit bekannten Risikofaktoren für Jugendgewalt, dann erweist sich nach Anderson selbst ein Wert von 0,17 als relevant im Vergleich zu Risikofaktoren wie etwa

Wertungen der Bundesprüfstellen

Im Jahre 2010 wurden 11,1 % der Spiele erst ab 16 Jahren freigegeben, 6,3 % der Spiele erst ab 18. Eine Indizierung durch die BPjM erhielten 0,8 % der Spiele.

Drogenmissbrauch, gewaltgeprägte Elternbeziehungen und Armut.

Auf der anderen Seite beschreibt Christopher Ferguson ebenso richtig, dass keinerlei wissenschaftlich fundierten Hinweise existieren, „dass die Nutzung von gewalthaltigen Videospielen irgendeine Voraussagekraft als Risikofaktor für das

oder Sportspiele. Wenn ein gewalthaltiges Spiel auf der Wunschliste steht, muss allerdings unbedingt Wert auf die Einhaltung der korrekten Alterseinstufungen dieser Spiele gelegt und ein kritischer Blick auf die Persönlichkeit des jeweiligen Jugendlichen geworfen werden. Hat der Jugendliche ohnehin Probleme, mit Frustrationen umzugehen und nutzt er solche Spiele exzessiv, dann sollte vielleicht eher nach Spiel-Alternativen in der realen Welt oder einem friedfertigen Spiel gesucht werden.

Zudem ist es generell ratsam, ab und zu auch gemeinsam mit den Jugendlichen zu spielen oder sich Spiele interessiert zeigen zu lassen. Es ist notwendig, sich aktiv mit der medialen Lebenswelt unserer Kinder zu befassen, um ihnen Anleitung und Orientierung bieten zu können. Fragen Sie dabei etwa danach, was gespielt wird, warum es gespielt wird und warum eine bestimmte Rolle im Spiel bevorzugt wird. Nur wenn wir mediale Lebenswelten unserer Kinder kennen und verstehen, können wir auch Orientierung bieten.

Dr. Frank Robertz



JUNGE GRUPPE (GdP) organisiert bundesweites polizeispezifisches Zugriffs- und Einsatztraining

Die Gefährdung von Kollegen und Kolleginnen im Polizeialltag hat zugenommen. Das Polizisten/innen der Durchsetzung politischer Entscheidungen dienen, gehört zu ihrem Aufgabengebiet dazu. Leider erfüllen sie dabei immer häufiger eine Pufferfunktion und stehen dabei zunehmend Entladungen gesellschaftlicher Spannungen gegenüber. Sie sind aber keine anonymen Objekte, die jeden Angriff unverletzt überstehen und gegebenenfalls austauschbar sind wie Maschinen.

„AUCH MENSCH – Polizei im Spannungsfeld“, so heißt die seit einem halben Jahr bundesweit laufende Kampagne der JUNGE GRUPPE (GdP), die gezielt auf den Menschen unter der Uniform hinweist. In dieses Bild passt auch das im Sommer 2012 geplante und unter Schirmherr-

schaft des saarländischen Innenministers Stephan Toscani stehende polizeispezifische Zugriffs- und Einsatztraining der JUNGE GRUPPE (GdP) in Kooperation mit der Europäischen WingTsun Organisation (EWTO). Das unter Federführung der JUNGE GRUPPE (GdP) Landesbezirke Saarland, Rheinland-Pfalz und Hessen vom 22. bis 24. Juni 2012 in Saarbrücken stattfindende Seminar wird nicht nur einen bundesweiten Teilnehmerkreis ansprechen, sondern Polizeibeamten und -beamtinnen unabhängig einer gewerkschaftlichen Mitgliedschaft zur Verfügung stehen. Jedoch werden GdP-Mitglieder von einem günstigeren Teilnahmebeitrag profitieren. „Es ist das Ziel dieses Seminars, den Teilnehmern/-innen innerhalb von zweieinhalb Tagen die Gelegenheit zu

geben, in verschiedenen Workshops neue Kenntnisse im Bereich der Einsatz- und Zugriffstechniken zu erwerben, diese zu trainieren und auch das Radar hinsichtlich potentieller Gefahren im polizeilichen Alltag zu schulen und sensibilisieren. Zudem sollen auch Einsatztrainer mit diesem Seminar angesprochen werden. Wir wollen ihnen die Möglichkeit geben, neue Ideen für das eigene polizeiliche Aus- und Fortbildungsprogramm zu sammeln“, so die stellv. Landesjugendvorsitzende aus dem Saarland, Esther Schneider.

Weitere Informationen zum Seminar und über die genauen Anmeldemodalitäten werden Euch in Kürze über Eure Landesbezirke zugehen oder auf der Homepage www.gdpjg.de abrufbar sein. Ihr dürft gespannt sein. **Torsten Rohde/Esther Schneider**

Der Polizeibeamte als Zeuge vor Gericht

Am 22.11.2011 war es wieder so weit. Die JUNGE GRUPPE (GdP) hat erneut zu einem interessanten und praxisorientierten Seminar mit dem Thema „Der Polizeibeamte als Zeuge vor Gericht“ nach

Karlsruhe eingeladen. An insgesamt drei Tagen konnten die 19 Teilnehmer/innen, die sich aus Kollegen vom Zoll, Landes- und Bundespolizei zusammensetzten, viele inhaltliche Bezüge zu ihrem Beruf-

salldag herstellen und einen regen Erfahrungsaustausch untereinander betreiben. Für die fachliche Führung konnte die JUNGE GRUPPE (GdP) den renommierten Staatsanwalt Wolf Jördens von der



JUNGE GRUPPE (GdP) zu Gast im Bundesverfassungsgericht im November 2011

Foto: JUNGE GRUPPE (GdP)



Staatsanwaltschaft Wiesbaden gewinnen. Staatsanwalt Jördens blickt nicht nur auf eine langjährige Berufserfahrung zurück, sondern konnte auch als Dozent an der hessischen Polizeiakademie bereits viele Erfahrungen sammeln.

Anhand seiner lebhaften und praxisbezogenen Beispiele aus dreißig Jahren Berufserfahrung erläuterte er so manche „Fallstricke“ nicht nur sehr verständlich, sondern auch aus den verschiedenen Blickwinkeln der Verteidigung, des Richters und der Staatsanwaltschaft. Die Teilnehmer/innen merkten früh, dass hier ein richtiger Fachmann am Werk ist, der eine Gruppe junger Kollegen und Kolleginnen nicht zum ersten Mal in die Grundsätze der Vernehmung im Strafprozess, den Umgang mit aggressiven Verteidigungsstrategien und die Eigensicherung vor Gericht einführte. Hierfür bedanken wir uns recht herzlich.

Praktisch ergänzt und abgerundet wurde das Seminar durch Exkursionen zum Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht. Vor Ort wurden wir von geschulten wissenschaftlichen Mitarbeitern und Oberamtsräten der jeweiligen Gerichte durch die Räumlichkeiten geführt und erhielten vielerlei Hintergrundinformationen über Entstehung, Aufbau und Aufgaben der systemrelevanten Gerichte. Ferner konnten wir sogar an einer Verhandlung am Bundesgerichtshof samt Gerichtsurteil beiwohnen. Die Arbeit an den für unser demokratisches Rechtssystem symbolträchtigen Gerichte „live“ zu erleben, war etwas ganz Besonderes. Auch wenn schon jeder/jede Teilnehmer/in Berührungspunkte mit der Seminarthematik hatte, konnte Erlerntes wieder aufgefrischt und neues Wissen dem eigenen Kenntnisstand hinzugefügt werden. Das Seminar war in allen Punkten eine tolle und interessante Erfahrung.

Die Unterbringung erfolgte in einem unscheinbaren Hotel, und für das leibliche Wohl wurde wieder einmal exzellent gesorgt. Ohne Weiteres konnte das Abendessen mit jedem „Rach Kochstudio“ mithalten. Natürlich wurden auch wieder die Abendstunden für interessante Gespräche und den Informationsaustausch untereinander genutzt. Nach drei sehr interessanten und lehrreichen Tagen hieß es dann wieder „Tschüss und Auf Wiedersehen“. Wir bedanken uns bei den Organisatoren und bei Torsten Roh-

Durchblick schaffen!

Seminare 2012

JUNGE GRUPPE (GdP) - Wir machen dich fit für die Praxis.

<p>S1 Soziale Unruhen in Deutschland - eine ernste Gefahr für die innere Sicherheit?! 30. März bis 01. April Veranstaltungsort: Berlin</p>	<p>S2 Fit im Job - das etwas andere Gewerkschafts-seminar 11. bis 14. Juni Veranstaltungsort: Sportpark Rabenberg Brilon/Herborn</p>	<p>S3 Russland - ein Land zwischen Moderne und Vergangenheit?! 18. bis 22. September** Veranstaltungsort: Moskau</p>	<p>S4 Internetkriminalität - polizeiliche Ermittlungen in sozialen Netzwerken 18. bis 19. November Veranstaltungsort: Wiesbaden</p>
--	--	--	---

Anmeldung* ab dem 01. Dezember 2011 unter www.gdpjg.de**

Weitere Informationen findest Du unter www.gdpjg.de oder schreib einfach eine Mail an seminare2012@gdpjg.de.

JUNGE GRUPPE

Seit dem 1. Dezember 2011 ist die Seminaranmeldung unter www.gdpjg.de online und es sind nur noch wenige Seminarplätze zu vergeben. Wer sich also gerne für ein Seminar anmelden möchte, sollte sich beeilen. Das Seminar „Fit im Job“ ist allerdings bereits ausgebucht und Anmeldungen können vorerst nur noch auf der Warteliste Berücksichtigung finden und im Falle von Seminarabsagen zugeteilt werden.

de von der Bundesgeschäftsstelle. Die JUNGE GRUPPE (GdP) hat wieder einmal ein mehr als gelungenes Seminar auf die Beine gestellt und wir dürfen auf die künftigen Seminarinhalte gespannt sein und sind schon ganz neugierig, was sich die JUNGE GRUPPE (GdP) für das nächste Jahr einfallen lassen wird.

Christoph Güttler

IMPRESSUM:
Herausgeber:
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21-105;
Fax: (030) 39 99 21-200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sabrina Kunz

Redaktion:
Torsten Rohde, Sabrina Kunz





Grundlagen der Kriminaltechnik I und II

Die kriminaltechnischen Untersuchungsmethoden wurden in den letzten Jahren zunehmend verfeinert. Der Sachbeweis hat damit sowohl im Ermittlungsverfahren als auch im Strafprozess vor den Gerichten in erheblichem Maße an Bedeutung gewonnen. Beweisführung und Urteilsfindung vor Gericht stützen sich mehr und mehr auf eben diesen Sachbeweis.

Umso erfreulicher, dass mit den Lehr- und Studienbriefen „Kriminaltechnik I und II“ jetzt eine umfassende und praxisgerechte Abhandlung über den derzeit aktuellen Stand der kriminal-technischen



Möglichkeiten vorliegt. Methodisch und didaktisch geschickt erläutern die Autoren Christoph Frings und Frank Rabe in den beiden Bänden anhand eines Leitsachverhaltes, einem versuchten Sexualdelikt, die wesentlichen Spurenkomplexe. Hervorzuheben ist zudem das durchgängig farbig gehaltene, umfangreiche Bildmaterial, das die Inhalte angemessen veranschaulicht.

Im ersten Band stellen sie die kriminaltechnischen Begriffe, die Grundlagen der Spurensuche und Spurensicherung sowie die wesentlichen Formspuren vor. Im zweiten Band widmen sie sich u.a. DNA-Spuren, Schussspuren, Haarspuren, Faserspuren sowie Geruchsspuren und chemischen Fangmitteln. Zudem findet sich hier eine komplette Lösungsskizze zur kriminalistischen Fallanalyse des Leitsachverhaltes.

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie, herausgegeben von Horst Clages, Klaus Neidhardt, Nr. 16: Grundlagen der Kriminaltechnik I, Christoph Frings, Frank Rabe, 1. Auflage

2011, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR, 122 Seiten, Format 17x24 cm, Broschur, ISBN 978-3-8011-0663-8
Nr. 17: Grundlagen der Kriminaltechnik II, Christoph Frings, Frank Rabe, 1. Auflage 2011, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR, 112 Seiten, Format 17x24 cm, Broschur, ISBN 978-3-8011-0664-5
Je Band 12,90 Euro, 23,30 sFr. im Abonnement und 14,90 Euro, 26,70 sFr. im Einzelbezug

Suizid – Umgang mit gefährdeten Personen

Jährlich nehmen sich etwa 10.000 Menschen in Deutschland das Leben. Die Anzahl der Suizidversuche liegt um ein Zehnfaches höher. Jeder Suizid und Suizidversuch hat auch Auswirkungen auf andere



Menschen. Hierzu zählen auch Polizeibeamte des Wach- und Wechseldienstes und Angehörige von Spezialeinheiten. In Einsätzen treffen sie auf Menschen, die ihrem Leben ein Ende setzen wollen. Genau hier wird von den Einsatzkräften

erwartet, besonnen und angemessen zu reagieren.

Mit diesem Buch wollen die Autoren die Handlungssicherheit von Berufspraktikern im Umgang mit Menschen in einer suizidalen Krise stärken und konkrete Hilfestellungen geben. Im ersten Teil nehmen sie eine Einordnung und Beschreibung des psychischen Zustandes gefährdeter Personen vor. Im zweiten Teil beschreiben sie Einsatzvorbereitung, Abstimmung mit der Leitstelle und den Einsatz vor Ort. Notwendige Gesprächsabläufe für unterschiedliche Problemfelder verdeutlichen sie anhand beispielhafter Dialoge. Durch

Problemanalysen und die Darstellung konkreter Handlungsalternativen fördern sie zudem die Fehlervermeidung.

Suizid – Umgang mit gefährdeten Personen, Guido Kolk, Jens Walkowiak, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR, 1. Auflage 2011, 140 Seiten, Format DIN A 5 Broschur, 19,90 Euro, ISBN 978-3-8011-0667-6

Kooperation von öffentlicher Jugendhilfe und Strafjustiz bei Sexualdelikten gegen Kinder

„Die Kooperation zwischen Justiz und Jugendhilfe stößt heute noch vielfach auf Hemmnisse und an Grenzen. Wir dürfen diese Probleme nicht nur nicht verleugnen [...], wir müssen vor allem dafür arbeiten, sie zu überwinden. Durch eine optimierte Zusammenarbeit muss es gelingen, unser gemeinsames Ziel, Kinder zu schützen, noch besser zu erreichen.“ (Brigitte Zypries 2006)



Dieses Anliegen teilend führte die Kriminologische Zentralstelle mit ihren Partnerinnen aus der Schweiz und Österreich zwischen 2008 und 2010 das Forschungsprojekt Kooperation von öffentlicher Jugendhilfe und Strafjustiz bei Sexualdelikten gegen Kinder durch, das mit Mitteln der Europäischen Kommission gefördert wurde.

Kooperation von öffentlicher Jugendhilfe und Strafjustiz bei Sexualdelikten gegen Kinder – Entwicklung eines Modellkonzepts zur Umsetzung der Kinderrechte in Strafverfahren, Kriminologie und Praxis: Band 60, Wiesbaden: Kriminologische Zentralstelle e. V. (KrimZ), Evelyn Dawid, Jutta Elz, Birgitt Haller, 348 Seiten, 28 Euro, ISBN 978-3-926371-92-8



Deutsche
Polizei

Nr. 1 • 61. Jahrgang 2012 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, Fax (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titel

Fotos: Michael Sohn/ddp
Frank Doebert/Ostthueringer Zeitung/ddp
Gestaltung: Rembergt Stolzenfeld



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: ay@vdpolizei.de
Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 34 vom 1. Januar 2012



Druckaufgabe dieser Ausgabe:
176.352 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887



Aktuelle Neuerscheinung

Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten

Von **Peter Jamin**

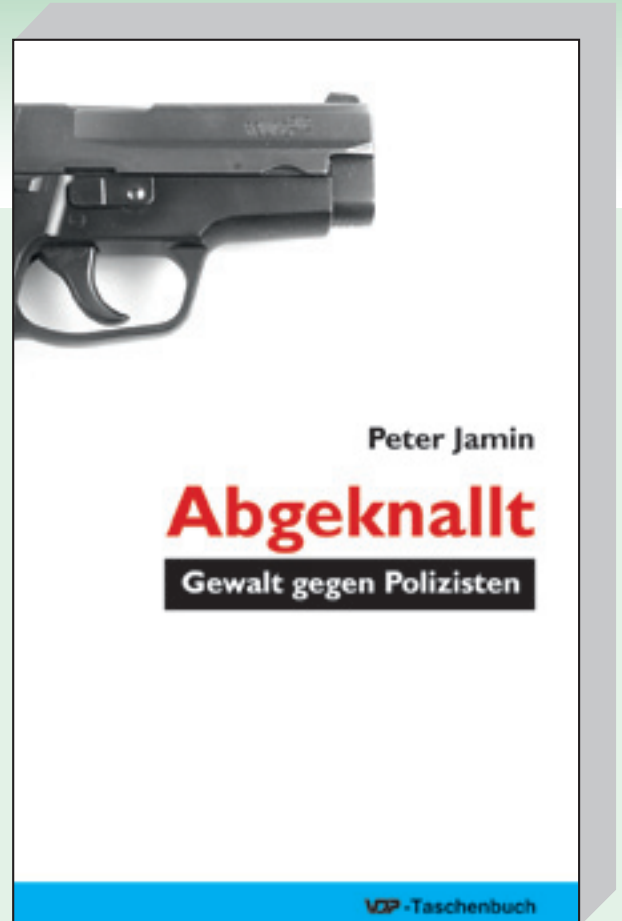
Format: 11,8 x 18,5 cm,
248 Seiten,
12,99 EUR [D]
ISBN 978-3-8011-0651-5

Dies ist die dramatische Geschichte eines Polizisten, Ehemannes und Vaters von vier Kindern. Er wird im Dienst als Geisel genommen und niedergeschossen. Mit letzter Kraft versucht er, sein Leben und das seiner Kollegen zu retten.

Es ist gleichzeitig eine Geschichte über die gefährliche Arbeit von Polizeibeamten in Deutschland. Tagtäglich müssen sie mit Anfeindungen und brutalen Übergriffen rechnen.

Und es ist eine Geschichte über die Gewalt gegen den Staat und seine Institutionen – für den die Polizeibeamten im wahrsten Sinne des Wortes „den Kopf hinhalten müssen“.

Packend und anschaulich erzählt Peter Jamin über die „Tat“, das „Davor“ und „Danach“. Er schildert die Handlungen und Überlegungen des Opfers, den Strafprozess gegen den Täter, die Reaktionen von Polizeiführung und Politik. Er benennt Fakten, bringt sie in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang und zeigt die Folgen für unsere Gesellschaft auf, wenn Verbrechen wie diese zur Tagesordnung in Deutschland werden.



Der Autor:

Peter Jamin arbeitet seit über 30 Jahren als Journalist und Schriftsteller. Immer wieder greift er in Büchern und Fernsehfilmen gesellschaftskritische Themen auf, um auf Missstände oder fragwürdige gesellschaftliche Zustände aufmerksam zu machen.



Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 02 11/71 04-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

Geldbörsen und Etais der *Quadrat*-Serie

sind kleine Multitalente und somit unentbehrliche Begleiter in jeder Tasche. Mit sinnvollen Einteilungen bieten die Börsen den wertvollen Utensilien ein sicheres Zuhause.

Damen Geldbörse „Alassio®“

Geldbörse mit Fächerkartenfach.

Ausstattung:

16 Kartenfächer, extra RV-Fach außen.
Schein- und Münzfach, 2 Ausweisfächer.
11 cm x 13,5 cm.

04-0769

23,95 €



Leder-Kombibörse „Quadrat“

Geldbörse im Querformat.

Ausstattung:

9 Kreditkartenfächer, Scheinfach,
Münzfach mit Reserveschlüsselfach,
9 Ausweisfächer davon 1 Netzausweisfach,
Einkaufswagenchip.
Metallapplikation mit GdP-Stern.

11,5 cm x 9,5 cm.

07-0756

14,90 €



Leder-Minibörse „Quadrat“

Ausstattung:

4 Kreditkartenfächer, Schein- und Münzfach, Reserveschlüsselfach, 2 Ausweisfächer davon 1 Netzausweisfach, Einkaufswagenchip. Metallapplikation mit GdP-Stern.

6,5 x 10 cm.

07-0761

9,90 €



Leder-Visitenkartenmäppchen „Quadrat“

Ausstattung:

1 geräumiges Hauptfach für Visitenkarten,
2 zusätzliche Fächer für Kreditkarten,
1 Reißverschlussfach und Einschubfach außen.
Metallapplikation mit GdP-Stern.

6,5 cm x 10 cm.

07-0759

7,90 €



Leder-Ausweisetui „Quadrat“

Ausstattung:

3 Kreditkartenfächer und 3 Ausweisfächer
davon 1 Netzausweisfach.
Metallapplikation mit GdP-Stern.

12 cm x 8,5 cm.

07-0758

7,90 €



Leder-Schlüsselmäppchen „Quadrat“

Ausstattung:

Druckknopfverschluss und
ausreichend Platz für Schlüssel
und Scheckkarten, 2 Schlüsselketten,
extra Fächer innen, Reißverschlussfach an der Rückseite.
Metallapplikation mit GdP-Stern.

6,5 cm x 11 cm.

07-0760

8,00 €



Leder-Scheintasche „Quadrat“

Geldbörse im Hochformat.

Ausstattung:

9 Kreditkartenfächer, Scheinfach,
Münzfach (zweigeteilt) inkl. Reserveschlüsselfach, 3 Ausweisfächer
davon 1 Netzausweisfach,
Einkaufswagenchip.
Metallapplikation mit GdP-Stern.

9,5 cm x 12 cm.

07-0757

16,90 €



Alle Börsen aus hochwertigem Nappaleder



Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -165 • E-Mail: osg.werbemittel@gdp-online.de • www.osg-werbemittel.de